

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft Fernen:
Daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Daß unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Weiber nicht mehr betteln gehen.
O. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Checkkonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentogasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das
übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Nr. 13

Wien, den 1. Mai 1912.

20. Jahrg.

Erwecker Mai

Von Robert Preußler.

Und wieder zog der holde Mai ins Land'
Ein blonder Reiter und ein blühend Leben,
Und wo er ausstreckt seine milde Hand,
Begann ein Leuchten und ein süßes Weben.

Die Sonne strahlte über Berg und Tal,
Es sang und blühte wonnig in den Weiten,
Und losgelöst von aller Wintersqual
Entbot der Frühling seine Herrlichkeiten.

Auf einem Hügel hält der Reiter an
Und schaut zu Tale, wo sich seinen Blicken,
Auf einer Großstadt ungeheu'rem Plan
Aus weiter Ferne zeigten die Fabriken.

Rauchsäulen stiegen aus dem Lärm empor
Und senkten sich auf Baum und Zweige nieder.
Und wo sie wanden ihren grauen Flor,
Floh alles Licht, verstummten alle Lieder.

Da senkt der Mai in Trauern seinen Blick:
„Soll meine Macht sich hier auf immer brechen?
Und darf ich grade hier von meinem Glück,
Von Licht und Auferstehung niemals sprechen?“

„Ein alter Fluch hält Millionen fern
Und preßt sie in der Knechtschaft dumpfes Grauen,
Und doch, sie zagen nur, und möchten gern
Wie andere den holden Frühling schauen!“

„Ich will sie wecken — wo die Arbeit schafft,
Da müssen Licht und Wärme wieder walten;
Sie ist ja jene segensreiche Kraft,
Die alles stützt, und alles muß erhalten.“

Und keck setzt er die Sturmfanfare ein
Und schmettert ihre Töne in die Lüfte,
Daß es erbebt in jedes Herz hinein
Bis in der Gruben schauerliche Grüfte.

Ein Raunen geht durch jeden Arbeitsraum:
„Der Frühling, unser Reiter, ist erschienen,
Wir wollen frei sein und die Sonne schau'n!
Und eh' sie's wissen, stehen die Maschinen.“

Aus Schacht und Werkstatt drängen sie zu Tag,
Ameisen gleich in ungezählten Massen,
Ans holde Licht mit einem einz'gen Schlag —
Und die da herrschen, können es nicht fassen!

Der Jüngling aber spornt sein edles Roß
Und sprengt im Jubel weiter durch die Lande,
Und wo er ansetzt zum Fansarenstoß,
Zerbricht das Volk der Arbeit seine Bande.

Wohl nur ein Tag im lichten Maienglanz
Gehört ihm erst seit jenem großen Werben,
Doch blüht ihm einst der Frühling voll und ganz
Und alle Menschenknechtschaft muß verderben.

Wenn kein Bedrückter sich von seinen Reih'n
Am ersten Mai mehr ferne hält beklommen,
Dann wird der Frühling endlich unser sein,
Dann ist von uns der ganze Fluch genommen!

Der Kulturgebäude der Maiseier.

„Wir hämmern jung das alte, morsche Ding,
den Staat,
Die wir von Gottes Jorne sind, das Proletariat.“
G. Herwegh.

„Dem Staate schreibe ich die hohe, gewaltige Aufgabe zu, die Keime des Menschlichen zu entwickeln, wie er dies, seitdem die Geschichte steht, getan hat und für alle Ewigkeit tun wird, und als das Organ, das für alle da ist, an seiner schützenden Hand die menschliche Lage aller herbeizuführen. Diese Doktrin ist keine Theorie der Zerstörung und der Barbarei, es ist im höchsten Grade eine Staatsdoktrin.“ Es ist bald ein halbes Jahrhundert her, seitdem Ferdinand Lassalle diese Gedanken über die Aufgaben des modernen Staates in seinen „politischen Auffäßen“ niedergelegt hat. In diesem halben Jahrhundert geschichtlicher Vergangenheit hat der vierte Stand, den Lassalle durch seine flammende Agitation zum politischen Leben erst erweckt hat, diesen modernen vom Geiste wahrer Kulturentwicklung erfüllten Staatsgedanken seinem ganzen Inhalt nach erfasst und verwertet. Ueberall dort, wo das Proletariat sich einen Einfluß auf das öffentliche Leben erobert und mitberufen war, in dem bürgerlichen Klassenstaat seine bisher schlummernden Kräfte wirksam werden zu lassen, hat er den Kreis der Aufgaben des Staates und aller seiner sozialen Institutionen erweitert und den Staatsbegriff mit neuem demokratischen Inhalt erfüllt.

Auch die Maiseier, die wir zum dreißigstenmal zu begehen uns anschauen, ist nichts anderes, als der demonstrativ geoffenbarte Wille, den neuen demokratischen Staatsbegriff in die Tat umsetzen zu wollen. Die Arbeiterklasse, gleichviel wo und in welchem Staate sie unter der kapitalistischen Klassenherrschaft lebt, wird heute von dem gemeinsam geleiteten Streben erfüllt, das allen Inhalt der proletarischen Kulturbewegung ausmacht und das den Staat zu einem wirklich sozialen Gemeinwesen gestaltet wissen will. Denn in Wahrheit ist der bürgerliche Staat von heute nur das Zerstückelnde einer Demokratie, und der absolutistische Staatsgedanke Ludwig XVI. lebt in ihm allerdings in veränderter Form. So wie einst das absolute Königtum, sieht heute die Bourgeoisie als besitzende Klasse den Staat durch sich repräsentiert, der demgemäß auch nur den Zwecken und Interessen der kapitalistischen Klassen zu dienen bestimmt ist. Und so sehr auch die ökonomische Entwicklung, die die Gesellschaft in diesen letzten 50 Jahren durchgemacht hat, zu einer immer weiteren politischen Ausgestaltung des Staates drängte und ihm gewisse demokratische Grundsätze einpflanzte, in Wahrheit hat die Arbeiterklasse als die Klasse der Dienenden und Besitzlosen nur sehr wenig von jenen Aufgaben verspürt, die der Staat zu vollführen hat, wenn er seinen Pflichten, als Instrument des sozialen Gemeinschaftsgeistes zu wirken, gerecht werden will. Politisch ist ja sicherlich nicht zu leugnen, daß der bürgerliche Staat Schritt für Schritt weitergehen mußte, um seiner Verfassung immer mehr eine demokratische Form zu geben, und die Arbeiterklasse hat gerade in den letzten 20 Jahren ihre Einflußnahme ganz bedeutend verstärkt. Daß das aller-

dings nur geschehen konnte gegen den innersten Willen der den Staat beherrschenden besitzenden Klassen selbst, das haben uns die Kämpfe, die in diesen letzten Jahren überall und zuletzt nicht auch in Oesterreich ausgefochten werden mußten, in gewiß hinreichender Weise gelehrt.

Und so ist es auch nur ganz natürlich und entspricht ganz der Psyche der Herrschenden, daß mit dem politischen Erwachen der Arbeiterklasse und mit deren schrittweise unternommenem Aufstieg auch der Widerstand der Besitzenden selbst sich zusehends verstärkte und daß der Klasseninstinkt sich verschärfte hat. Wir haben diese Beobachtungen nicht bloß bei uns in Oesterreich machen können, wo die Vertreter der bürgerlichen Klassen auf parlamentarischem Boden den Forderungen der Arbeiterklasse zusehends wachsenden Widerstand entgegensetzten, wir haben dies insbesondere in den letzten Wochen selbst in sogenannten neutralen Ländern wahrgenommen, wo, wie in England, scheinbar dem Fortschritt der Arbeiterschaft keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt worden sind. Und wer die Scharfmacherrufe aus der kapitalistischen Presse hier und anderwärts genau verfolgt, für den steht es außer Zweifel, daß die Phalanx der Gegner sich immer fester schließt und daß die Widerstandskraft der Besitzenden gegen die Arbeiterschaft wächst.

Das alles ist freilich nur natürlich und entspricht vollkommen den Gesetzen, unter welchen sich jede soziale Fortentwicklung vollzieht. Niemals noch, soweit menschliche Geschichte zurückreicht, hat eine herrschende Klasse ihre Vorrechte preisgegeben, ohne daß sie diese auf Tod und Leben verteidigt hätte. Und wenn die herrschende Klasse noch vor 23 Jahren, wo die Arbeiterschaft zum erstenmal ihren selbst eingeleiteten Ruhetag feierte, in verzweifelter Angst an einen gewaltsamen Umsturz geglaubt hat, so ist heute, wo sie von diesem Kinder glauben erlöst ist, ihre Furcht wohl kaum geringer geworden. Wohl weiß die Bourgeoisie, daß sie heute eine gewalttätige Revolution durch die Arbeiterklasse nicht zu fürchten hat, für die ja nötigenfalls der bürgerliche Staat noch stark genug wäre, sie zu überwinden. Aber das ist vielleicht für die herrschende Klasse weniger ein Trost, als sie der Gedanke mit beklemmender Sorge erfüllt, wie das schrittweise, unaufhaltbare Vordringen des Proletariats, dessen allmählicher Aufstieg und dessen Machterweiterung auf allen Gebieten die privilegierten Herrschaftsinteressen auf allen Linien bedroht. Denn darin, daß die Arbeiterklasse den Glauben an sich selbst gewonnen hat, indem sie sich im internationalen Bunde fand, und die große über alle nationalen Grenzen hinausreichende Kampfgemeinschaft schloß, liegt ihre Kraft und das Geheimnis aller Erfolge, die sie bisher erobert hat. Und diese Erfolge selbst sind nicht gering, wenn man weiß, wie gerade, seitdem der moderne Gewerkschaftsgebanke erstarkt ist, die Arbeiter überall sich durch immer wieder mit Opfermut und Disziplin geführten Kämpfe mannigfache Verbesserungen in Bezug auf die täglichen Existenzbedingungen erstritten haben. Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Bedingungen im Arbeitsvertrag überhaupt, das war der Preis, um den gerungen wurde und der immer wieder in neuen und heftigen Kämpfen als Einsatz gilt. Was heute unerreichbar war, wird zum Kampfobjekt von übermorgen.

Der Aufstieg der Arbeiterklasse vollzieht sich solcher Art in unaufhörlichen Bindungen. Und jedes Zugeständnis in seiner oft unbedeutenden Kleinheit, jedes Stückchen Fortschritt, um das gerungen werden mußte, sind von diesem Gesichtspunkt aus nicht gering zu werten, denn sie sind in letzter Linie immer wieder Erfolge jener großen Kulturbewegung, in der heute das Streben der Arbeiterklasse aufgeht, und ohne die wohl manches noch in unseren täglichen Daseinsbedingungen anders und weniger trostreich noch aussehen würde. Und jeder Erfolg, der im Kleinkrieg des Tages oder im großen Massenkampf erobert wurde, ist schließlich Kulturwert selbst. Denn die mächtige Kulturaufgabe, die der Arbeiterschaft obliegt, besteht ja nicht allein darin, daß sie in der Ueberwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft selbst erst jene Zukunftswerte schaffen wird müssen, die der Menschheit ihr höchstes Ziel ermöglichen, die Arbeiterklasse schafft auch Kulturwerte durch jeden Heller mehr Lohn, den sie sich in der Gegenwart erringt, und durch jede Stunde verkürzter Arbeitszeit, die ihr zugute kommt. Um was in jedem Lohnkampf gestritten wird, das bedeutet ein größeres Stück Freiheit, ein helleres Sonnenlicht und mehr und bessere Nahrung. Und darin gipfeln schließlich alle Forderungen einer modernen Hygiene, wie nicht minder die Frage einer echten Volksbildung und jeder Kulturentwicklung überhaupt.

In der Maiseier aber findet dieses Streben und dieser Kulturgebanke den sichtbaren und äußerlichen Ausdruck. Und die herrschende Klasse, die der Arbeiterschaft diesen einen Tag neidet und seiner Feier Widerstand entgegensetzt, fühlt eigentlich nur instinktiv, daß es sich nicht um eine Formalität ohne tieferen Sinn handelt, sondern, daß wahre revolutionäre Kulturideen den Wesensinhalt dieser proletarischen Festesfeier ausmachen. Und jeder von uns weiß es, daß das große Ziel, nach dem wir streben und das wir in der täglichen von schrittweisen Erfolgen gekrönten Kleinarbeit seiner Verwirklichung zuführen, am ersten Maitag demonstrativ offenbart werden soll und daß sich ein Gedanke in ihr veräußert, der den Massen voranschwebt und ihnen Siegesgewißheit und den Taten Schwungkraft verleiht. Es ist der sieghafte Kulturgebanke, der in der Maiseier lebt, der alle Werte umwertet und der die schönere Zukunft bauen heißt, die die Entwicklung der Arbeiterklasse verheißen hat. Auch im Reiche der Geister will es Frühling werden, und der Maitag kündigt uns seine Ankunft!

Fr. L.

Die Wiener Gemeinderatswahlen.

Die Wahlen für den Wiener Gemeinderat, die am Dienstag den 23. v. M. im IV. Wahlkörper, dort wo ein Teil der Arbeiter mitzureden hat, ihren Anfang nahmen, haben die Herrschaft der Christlich-sozialen abermals stark erschüttert. Natürlich wurde ihre Macht nicht ganz gebrochen, da das schon mit Rücksicht auf das Wahlrecht, das bekanntlich eine große Zahl von Arbeitern davon ausschließt, nicht möglich ist, und weil weiters der gesamte Verwaltungsapparat den Christlichsozialen zur Verfügung steht, endlich aber auch, weil es schließlich nirgend-

Zuströmen immer neuer Massen ging man daran, den weiten Weg sich Fuß um Fuß vorwärts zu erobern, der Erlösung der Menschheit entgegen.

Instinktiv lebte ja schon in einigen Lehren der christlichen Kirche die Empfindung, daß wir Menschen nicht bleiben dürfen, wie wir es seit Jahrtausenden gewesen sind. Sie nannte den Drang nach Erlösung den Drang nach Erlösung aus den Banden der Erbsünde und lehrte, daß der Glaube an den Opfertod Christi aus den Banden der Erbsünde erlöse. Durch anderthalb Jahrtausende offenbarte sich im Leben der christlichen Kirche die unauslöschliche Sehnsucht des Menschen nach dieser einen Erlösung. Nur suchte man die Hilfe dort, von wo uns Hilfe tatsächlich nicht werden konnte, nämlich außerhalb uns selbst, beim Sohn des Himmels oder bei einer Schar Heiliger.

Die Maitagden des modernen Proletariats aber sprachen anders: Nicht außer uns liegt die Hilfe, sondern in uns. Wir bedürfen keines blutigen Opfertodes, um aus den Banden des Gotteszornes herauszukommen! Denn ein „erstes Menschenpaar“ gab es so wenig wie es einen ersten Sündenfall, also noch viel weniger eine Erbsünde im Sinne der jüdischen und christlichen Ueberlieferung. Und nicht mehr war von einer Erlösung von der Sünde die Rede, sondern von der Erlösung aus der Ausbeutung, der Anechtung und der Tyrannei.

Wir nannten oben den Namen eines der größten klassischen Philosophen. In der Tat hat gerade Fichte das religiöse Moment unseres Kampfes um die Befreiung der Menschheit am treffendsten in Worte gekleidet. Er sagt unter anderem: „Dies ist der wahre Glaube; diese moralische Ordnung ist das Göttliche, das wir annehmen.... Dieses ist das einzig mögliche Glaubensbekenntnis: Fröhlich und unbefangenen vollbringen, was jedesmal die Pflicht gebietet, ohne Zweifel und Klügeln über die Folgen.“ Fichtes sittliche Weltordnung ist nicht etwa eine leere und blasse Moralsterei. Es ist die Rechtsgesellschaft freier und gleicher Menschen und in der Konsequenz seiner Sittlichkeit schuf er als Form ihrer Organisation in der Wirklichkeit den sozialistischen Staat. Er war es, der wegen seiner Offenheit in diesen Dingen der preussischen Polizeiknute zum Opfer fiel, der aber trotzdem wader sein Wort verteidigte: Die wahre Religion ist der entschlossene Glaube an das, was man als

Feuilleton.

Der Sozialismus fährt ins Land.

Mit roten Fahnen stolz beslaget
Prangt heute unfres Zugs Maschine . . .
Der erste Mai hat das gewagt —
Wer denkt der Schuld und wer der Sühne?
Einmütig hat man sich ermannt:
Der Sozialismus fährt ins Land!

Aufzischt der Dampf von hohem Druck;
Nun fährt man ab mit Tücherschwenken.
Dem Vorstand gibt es einen Kuck,
Er glaubt an Gegenpuff zu denken,
Bis daß ihm aller Zweifel schwand:
Der Sozialismus fährt ins Land!

Gar strenge blüht der Kontrollor
Und droht, sein Ansehen sich zu retten —
Geht er auch noch so strafend vor,
Er kann den Zug doch nicht verspäten,
Den Zug der Zeit, die vorwärts mahnt:
Der Sozialismus fährt ins Land!

So steht für uns ein und wacht,
Unwillig zwar, selbst die Behörde;
Und größer stets wird unsre Macht,
Denn uns gehört die ganze Erde . . .
Den Zug der Zeit, die vorwärts mahnt:
Der Sozialismus fährt ins Land!

Franz Swoboda.

Süret, was der Mai euch sagt!

„Maitagottesdienst“, „Die neue Mairreligion“ und ähnlich lauten die Ueberschriften vieler Maiseierartikel, in denen davon die Rede ist, daß unsere Maiseier ein tief religiöses Moment in sich birgt. Das ist zu einem gewissen Teil richtig, soweit man das „religiös“ im Sinne Fichtes auffaßt, der

unter Religion den Glauben an eine sittliche Weltordnung versteht, die nicht etwa von irgend einer außerweltlichen Macht bestimmt ist, sondern die zu erringen und zu erarbeiten der Kulturbetrieb der Menschheit ist.

Es gab freilich eine Zeit, da war aller Sozialismus wie eine Religion. Das war die Zeit der Utopisten Saint Simon, Robert Owen, Thomas Campanella, Charles Fourier und andere. Sie glaubten an den Sozialismus, wie nur sonst Gläubige an ein religiöses System. Sie glaubten, obwohl sie keine Beweise für die Wahrheit ihres Glaubens beibringen konnten. Sie glaubten wie die ersten Christengenerationen an das Kommen des tausendjährigen Reiches. In glühenden Farben stand die sozialistische Zukunftsgesellschaft vor ihren gläubigen Seelen. Täglich malten sie sich die Zukunftsbilder neu; sie waren die Leitsterne ihres Lebens, zu denen sie unentwegt aufschauten. Im Emporschauen zu dem Niebeweisbaren, im Glauben an sein Ziel vergaßen sie ihre Umgebung. So wandelten sie wie die Träumenden durchs Leben, als wahrhaftige Gläubige, denen der Mund überging von dem, was ihr Herz erfüllte.

Da auf einmal schallten bröhnende Glockenschläge durch die Lande: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Die Türmer aber, die die Glocken schwingen, hießen Marx, Engels und Lassalle und ihre Glocken führten den Namen Kritik, Verstand, Wissenschaft. Der neue, der wissenschaftliche Sozialismus löste den utopistischen ab. Da war kein bloßes Wähnen mehr und Hoffen und Wolken schauen. Mit klarem Auge blickte man nun in das Angesicht der Gegenwart. Und auf diesem Angesicht erkannte man die Büge des Verfalls, die Bedingungen eines neuen, des sozialistischen Lebens der Zukunft. Numehr vermochte man Weise für das Kommen dieser sozialistischen Zukunft zu bringen. Man wußte nun, daß sie kommen werde, kommen müsse.

Etwas Glauben freilich blieb noch. Man träumte, wie und wann die neue Gesellschaft kommen werde, man glaubte zunächst, nur noch einen kurzen Weg bis zum Ziel zu haben. Als man aber erkannte, daß Hindernisse über Hindernisse aus dem Weg geräumt werden müssen, daß man nicht warten, sondern arbeiten müsse, bis das Ziel erreicht sei — da warf man auch dieses letzte Stück des Glaubens aus seinem Herzen und mit eisernem Willen, mit unerbittlicher Kraft, unter dem

ein so vertrottetes und geistig rückständiges Kleinbürgertum gibt, wie das in Wien der Fall ist.

Von den 21 Mandaten des vierten Gemeindevahlkörpers in Wien, ist im ersten Wahlgang nur über zehn Mandate die Entscheidung gefallen und hat die Wahl von sechs Sozialdemokraten und von vier Christlichsozialen gebracht. In elf Wahlbezirken kam es zur Stichwahl mit den Christlichsozialen. Gewählt wurden im ersten Wahlgang folgende Sozialdemokraten:

Domes mit 8006 Stimmen gegen Steiner (6788 Stimmen).

Reumann mit 11.283 Stimmen gegen Görner (6050 Stimmen).

Skaret mit 8223 Stimmen gegen Spalovský (5916 Stimmen).

Schuhmeier mit 14.491 Stimmen gegen Hoehl (7285 Stimmen).

Winarský mit 7417 Stimmen gegen Wiletal (4728 Stimmen).

Schlinger mit 7289 Stimmen gegen Wallner (4015 Stimmen).

Die Christlichsozialen behaupteten mit unerhörtem Wahlschwund und Amtsmissbrauch zur Not nur den IV., VIII., XVIII. und XIX. Bezirk, also vier Mandate.

Bei der am 25. v. M. stattgefundenen Stichwahl ist das Wahlergebnis folgendes:

Innere Stadt.

Liberaler Alois Moisl 3809 Stimmen.

Christlichsozialer Hermann Bielowlabe 3728 Stimmen.

Der Liberale Moisl wurde mit 88 Stimmen Mehrheit gewählt.

Leopoldstadt.

Sozialdemokrat Georg Emmerling 11.962 Stimmen.

Christlichsozialer Hans Preyer 9561 Stimmen.

Der Sozialdemokrat Emmerling wurde gewählt.

Landstraße.

Sozialdemokrat Rudolf Müller 10.509 Stimmen.

Christlichsozialer Josef Weidinger 11.748 Stimmen.

Der Christlichsoziale Weidinger gewählt.

Mariahilf.

Sozialdemokrat Ludwig Bretschneider 4418 Stimmen.

Christlichsozialer Franz Schwarz 5048 Stimmen.

Der Christlichsoziale Franz Schwarz wurde gewählt.

Neubau.

Liberaler Karl Reitmann 4459 Stimmen.

Christlichsozialer Heinrich Fraß 5982 Stimmen.

Der Christlichsoziale Fraß wurde gewählt.

Alsergrund.

Liberaler Rudolf Wolfan 6537 Stimmen.

Christlichsozialer Hans Niggli 7265 Stimmen.

Der Christlichsoziale Niggli wurde gewählt.

Christlichsozialer Florian Geborfer 4219 Stimmen.

Christlichsozialer Georg Marx 3947 Stimmen.

Der Sozialdemokrat Geborfer wurde gewählt.

Christlichsozialer Karl Mah 9065 Stimmen.

Der Christlichsoziale Mah wurde gewählt.

Christlichsozialer Leopold Kunzsch 8961 Stimmen.

Der Christlichsoziale Kunzsch wurde gewählt.

Christlichsozialer Ignaz Gebhart 3762 Stimmen.

Gewählt der Sozialdemokrat Forstner.

Christlichsozialer Karl Rhyfl 7591 Stimmen.

Gewählt der Christlichsoziale.

Es wurden somit gewählt 3 Sozialdemokraten, 1 Freiheitlicher und 7 Christlichsoziale. — Im ganzen wurden im vierten Wahlkörper gewählt 9 Sozialdemokraten, 1 Freiheitlicher und 11 Christlichsoziale. Die Christlichsozialen verlieren gegenüber dem bisherigen Besitzstand drei Mandate, die Sozialdemokraten gewinnen zwei, die Freiheitlichen ein Mandat.

Die Deutschnationalen können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie diesmal noch eine völlige Niederlage der Christlichsozialen aufhalten haben. Aber auch die tschechischen Separatisten haben, wenn man die Ziffern der Hauptwahlen betrachtet, dazu beigetragen, daß die Christlichsozialen nicht ärger zu Schaden gekommen sind. Zwar bereitet es uns eine hohe Genugtuung, daß der vierte Wahlkörper statt sieben Sozialdemokraten nunmehr neun Sozialdemokraten in den Wiener Gemeinderat entsendet und daß Herr Bielowlabe auf der Strecke blieb, aber der Verrat der Separatisten vermag diese Freude im argen Maße zu beeinträchtigen. War schon die Aufstellung der Sonderkandidatur des Separatistenhäuptlings bei den Hauptwahlen eine schmachliche und in der Geschichte der Arbeiterbewegung wohl einzig dastehende. Die Herren Tomasek und Konforten werden jetzt alles aufbieten, um sich von dem Anwurf des Verrats zu reinigen und werden dabei auf ihren Ruf in der Separatistenzeitung verweisen wollen; dies wird ihnen wenig nützen, denn die vorliegenden Ziffern ergeben einen so zwingenden Beweis für die charakterlose Haltung der Separatisten, daß die Beteuerungen der Herren nicht anders eingeschätzt werden wie als Komödie. Wer noch geglaubt hat, daß die Separatisten zu einer Umkehr fähig sind, wird durch den Ausgang der heurigen Wiener Gemeinderatswahlen eines Besseren belehrt worden sein, daß die Separatisten bei jeder proletarischen Solidarität sind. In diesem Wahlgang hat der Separatismus klar eingestanden, daß er aufgehört hat, eine Partei des proletarischen Klassenkampfes zu sein. Er ist erfüllt vom Geiste des reinen bürgerlichen Nationalismus, und es wird Zeit, daß die sozialdemokratische Partei das Licht zu entzweischen schneidet.

Sie spucken sich gegenseitig ins Gesicht und machen wieder Bruderschaft.

In den christlichsozialen Blättern und in der deutschnationalen „Ostdeutschen Rundschau“ ersahen am Stichwahltag ein Aufruf „deutschnationaler Führer“, in dem den deutschnationalen Wählern angeraten wird, in den Stichwahlen die Christlichsozialen zu wählen. Der (natürlich längst vorbereitete) Aufruf ist zur Gänze von „Führern“ unterschrieben, die man in Wien kaum dem Namen nach kennt. Nur Herr S. S. Wolf und auch der Abgeordnete Heine befinden sich darunter. Die „Arbeiter-Zeitung“ erinnert daran, daß derselbe Herr S. S. Wolf, der Führer der „Los von Rom“-Bewegung war, der in der Parlamentsitzung vom 4. November 1907 aus von den Christlichsozialen „elender Schandbube“, „Schandkerl“, „elender Lausbube“ u. s. w. genannt worden ist.

Am 2. Dezember 1905 hielt der Verein Freie Schule im Sophienaal eine Protestversammlung gegen den damals tagenden Katholikentag. Unter den Rednern des Abends war auch Karl Hermann Wolf und er steigerte seine Rede zu folgendem Bekenntnis: „Als deutschnationaler Politiker und als Vertreter eines der freiesten und aufklärtesten Bezirke des deutschen Volkes in Böhmen bin ich hier erschienen, um gegen den Geist zu protestieren, den wir förmlich mit glühender Seele haften und gegen den wir uns, wenn es darauf ankommen

solte, mit Tod und Teufel zum vernichtenden Kampfe verbinden würden... Zwischen jenen, die ihre Ansicht auf dem Katholikentag ausgedrückt und ihre Zustimmung gegeben haben, und uns ist eine Kluft von ungeheurer Tiefe, die durch nichts und niemals ausgefüllt werden kann. Es gibt keinen Frieden, kein Bastieren mit dieser Macht, sondern nur Kampf auf Tod und Leben. Entweder muß es uns gelingen, diese Macht niederzurufen, oder wir müssen darauf verzichten, im Sonnenschein der Freiheit und national zu entwickeln...“

Und heute ruft Herr Wolf zum Frieden mit der schwarzen Macht auf und empfiehlt die Merkmalen zur Wahl! Die Deutschnationalen werden es sich wohl schon gefallen lassen müssen, wenn man sie von nun ab rundweg als die Partei der schwarzen Schandkerle bezeichnet.

Im Nachstehenden veröffentlichen wir eine Verlautbarung der A. L. E., in welcher dem Personal zur Kenntnis gebracht wird, daß die Verwaltung eine Reihe von Verbesserungen einzuführen beabsichtigt. Die Verlautbarung dieser Verbesserungen erfolgte in Form einer Antwort an die Personalkommission auf die eingebrachten Anträge. In Wirklichkeit wurde diese Maßnahme vom Eisenbahnministerium verlangt, und wurde Hand in Hand darauf die Erhöhung der Kohlentarife seitens des Eisenbahnministeriums bewilligt. Abgeordneter Genosse Tomasek wurde beim Eisenbahnministerium vorstellig und verlangte, daß das Eisenbahnministerium die Erhöhung der Kohlentarife nur dann bewilligt, wenn die Verwaltung der A. L. E. dem Personal die verlangten Verbesserungen gewährt. Dies wurde ihm auch zugesagt. Diese Tatsache ist der Verwaltung der A. L. E. naturgemäß sehr unwillkommen, und es ist nur zu begreiflich, daß der scharfmacherische Standpunkt des Herrn Direktors Enders auch in dieser Verlautbarung zum Ausdruck gebracht wird, wenn auch in der lächerlichsten Art und so, daß für jeden Eingeweihten sofort klar wird, daß hier ohnmächtige Mut der Vater des Gedankens war. Diese Art beweist nur wieder, wie niedrig und rückständig das Scharfmachertum auf der A. L. E. ist, wenn es gilt, die Position absoluter Herrschaft über arbeitende Menschen zur Geltung zu bringen. Dieses Vorgehen wird natürlich keinen vernünftigen Menschen in Aufregung versetzen und jeder, mit den Verhältnissen bei der A. L. E. bekannte Bedienstete wird dasselbe mit einem mitleidigen Lächeln quittieren.

Denn jeder weiß, daß der Hilfs- und Unterstützungsverein der Werkstättenarbeiter der A. L. E. ein von den Kreaturen der Scharfmacher der A. L. E. gezeichneter Verein ist, der als letzter Ausfluß der blinden Wut des Herrn Direktors Enders ins Leben gerufen wurde und daß dieser Verein alles andere denn einen ersten Einfluß darauf genommen hat, daß den Werkstättenarbeitern die Affordsätze erhöht werden. Herr Direktor Enders hat in blindwütiger Verfolgung unserer Genossen übersehen, daß jeder Bedienstete und Arbeiter von der Loyalität der Personalkommission bei der A. L. E. genau unterrichtet ist. In sechs Sitzungen und bei drei Interventionen haben unsere Personalkommissionsmitglieder die Erhöhung der Affordpreise für die Werkstättenarbeiter verlangt, die bezüglichen Anträge beraten und angenommen und die Durchführung derselben immer wieder urgiert. Und nun kommt die Verwaltung und setzt das Märchen in die Welt, daß die Erhöhung der Affordsätze in Willkür eines Ansehens des mit Hilfe der Direktion kürzlich gegründeten Hilfs- und Unterstützungsvereines der Werkstättenarbeiter erfolgen wird. Die Direktion wird natürlich sogar in der Lage sein, das bezügliche Ansuchen vorzuziehen, denn machen kann man eben alles, wenn man will. Die Zornstimmung an das Personal der A. L. E., daß es dieses Märchen glauben wird, ist stark. Das Ansehen der Verwaltung der A. L. E. ist dadurch zweifellos nicht gehoben worden, dafür sorgen eben die Herren schon selbst. Die Sache kann mit einem mitleidigen Lächeln als abgetan betrachtet werden.

Anders verhält sich die Sache mit dem Vorkauf der beiden Schlußabsätze der nachstehenden Verlautbarung. Insbesondere im Schlußsatz leistet sich der Verfasser dieser Verlautbarung eine ordinäre Gemeinheit, indem, ohne es direkt auszusprechen, alle jene Bediensteten, die mit dem brutalen Regime der Direktion nicht einverstanden sind, als pflichtvergessen und unanständig hingestellt werden. Das zeigt so recht deutlich, wie das Scharfmachertum bei der A. L. E. selbst vor Gemeinheiten nicht zurückschreckt, wenn es gilt, eine unangenehme Organisation der gedrückten Bedienstetenschaft umzubringen. Auch einzelne Personalkommissionsmitglieder, welche die Abänderung der Bestimmungen des § 12 verlangt haben, werden beschuldigt, daß sie ihr Mandat als einen Freibrief benützen wollen, um das Einberufen zwischen Bediensteten und Verwaltung zu führen. Diese Beschuldigung läßt die damit verbundene Absicht deutlich erkennen. Wenn es früher oder später zu einem Verzweigungsausbruch des Personals kommen wird, braucht man Schuldige, und dazu wären die sozialdemokratischen Personalkommissionsmitglieder gerade recht. Die Beschuldigung hat, und das wissen auch die Herren von der Direktion der A. L. E., keinerlei Grundlage, denn sämtliche sozialdemokratische Personalkommissionsmitglieder haben bisher nichts anderes getan, als die Wünsche ihrer Wähler entgegenzunehmen, sie in den Sitzungen vertreten und den Wählern über das Resultat ihrer Bemühungen berichtet. Zum Beschwichtigen und Beruhigen des Personals sind die Personalkommissionsmitglieder nicht da, das müssen sich die Herren bei der Direktion schon selber besorgen. Die herrschende Erregung unter dem Personal der A. L. E. hat die Verwaltung speziell dem prozigen Verhalten des Herrn Enders zu danken, und wenn jemand hierfür zur Verantwortung gezogen werden soll, so dieser scharfmacherische Herr Enders. Der hat die Störung des guten Einbernehmens am Gewissen und ihn hätte schon längst der blaue Dogen geführt. Daß dieses Vorgehen nicht im Interesse der Verwaltung der A. L. E. liegt, ist klar. Die große Mehrheit des Personals bei der A. L. E. ist mit dem Vorgehen dieses blindwütigen

von Stenochtschaft losgerissen, Die Menschen endlich wissen, Hier auf der Erde weit Ist alle Seligkeit. Hier mußt du Schmerz erleiden, Hier lebst du deine Freuden, Hier sind der Arbeit Mühen, Hier ist der Liebe Blüten, Hier ist der Kunst Ergüssen, Und hier rufft du herbei Des Lebens Mai!

B. A.

solte, mit Tod und Teufel zum vernichtenden Kampfe verbinden würden... Zwischen jenen, die ihre Ansicht auf dem Katholikentag ausgedrückt und ihre Zustimmung gegeben haben, und uns ist eine Kluft von ungeheurer Tiefe, die durch nichts und niemals ausgefüllt werden kann. Es gibt keinen Frieden, kein Bastieren mit dieser Macht, sondern nur Kampf auf Tod und Leben. Entweder muß es uns gelingen, diese Macht niederzurufen, oder wir müssen darauf verzichten, im Sonnenschein der Freiheit und national zu entwickeln...“

Und heute ruft Herr Wolf zum Frieden mit der schwarzen Macht auf und empfiehlt die Merkmalen zur Wahl! Die Deutschnationalen werden es sich wohl schon gefallen lassen müssen, wenn man sie von nun ab rundweg als die Partei der schwarzen Schandkerle bezeichnet.

Von der Auffsig-Zeplicher Eisenbahn.

Im Nachstehenden veröffentlichen wir eine Verlautbarung der A. L. E., in welcher dem Personal zur Kenntnis gebracht wird, daß die Verwaltung eine Reihe von Verbesserungen einzuführen beabsichtigt. Die Verlautbarung dieser Verbesserungen erfolgte in Form einer Antwort an die Personalkommission auf die eingebrachten Anträge. In Wirklichkeit wurde diese Maßnahme vom Eisenbahnministerium verlangt, und wurde Hand in Hand darauf die Erhöhung der Kohlentarife seitens des Eisenbahnministeriums bewilligt. Abgeordneter Genosse Tomasek wurde beim Eisenbahnministerium vorstellig und verlangte, daß das Eisenbahnministerium die Erhöhung der Kohlentarife nur dann bewilligt, wenn die Verwaltung der A. L. E. dem Personal die verlangten Verbesserungen gewährt. Dies wurde ihm auch zugesagt. Diese Tatsache ist der Verwaltung der A. L. E. naturgemäß sehr unwillkommen, und es ist nur zu begreiflich, daß der scharfmacherische Standpunkt des Herrn Direktors Enders auch in dieser Verlautbarung zum Ausdruck gebracht wird, wenn auch in der lächerlichsten Art und so, daß für jeden Eingeweihten sofort klar wird, daß hier ohnmächtige Mut der Vater des Gedankens war. Diese Art beweist nur wieder, wie niedrig und rückständig das Scharfmachertum auf der A. L. E. ist, wenn es gilt, die Position absoluter Herrschaft über arbeitende Menschen zur Geltung zu bringen. Dieses Vorgehen wird natürlich keinen vernünftigen Menschen in Aufregung versetzen und jeder, mit den Verhältnissen bei der A. L. E. bekannte Bedienstete wird dasselbe mit einem mitleidigen Lächeln quittieren.

Denn jeder weiß, daß der Hilfs- und Unterstützungsverein der Werkstättenarbeiter der A. L. E. ein von den Kreaturen der Scharfmacher der A. L. E. gezeichneter Verein ist, der als letzter Ausfluß der blinden Wut des Herrn Direktors Enders ins Leben gerufen wurde und daß dieser Verein alles andere denn einen ersten Einfluß darauf genommen hat, daß den Werkstättenarbeitern die Affordsätze erhöht werden. Herr Direktor Enders hat in blindwütiger Verfolgung unserer Genossen übersehen, daß jeder Bedienstete und Arbeiter von der Loyalität der Personalkommission bei der A. L. E. genau unterrichtet ist. In sechs Sitzungen und bei drei Interventionen haben unsere Personalkommissionsmitglieder die Erhöhung der Affordpreise für die Werkstättenarbeiter verlangt, die bezüglichen Anträge beraten und angenommen und die Durchführung derselben immer wieder urgiert. Und nun kommt die Verwaltung und setzt das Märchen in die Welt, daß die Erhöhung der Affordsätze in Willkür eines Ansehens des mit Hilfe der Direktion kürzlich gegründeten Hilfs- und Unterstützungsvereines der Werkstättenarbeiter erfolgen wird. Die Direktion wird natürlich sogar in der Lage sein, das bezügliche Ansuchen vorzuziehen, denn machen kann man eben alles, wenn man will. Die Zornstimmung an das Personal der A. L. E., daß es dieses Märchen glauben wird, ist stark. Das Ansehen der Verwaltung der A. L. E. ist dadurch zweifellos nicht gehoben worden, dafür sorgen eben die Herren schon selbst. Die Sache kann mit einem mitleidigen Lächeln als abgetan betrachtet werden.

Anders verhält sich die Sache mit dem Vorkauf der beiden Schlußabsätze der nachstehenden Verlautbarung. Insbesondere im Schlußsatz leistet sich der Verfasser dieser Verlautbarung eine ordinäre Gemeinheit, indem, ohne es direkt auszusprechen, alle jene Bediensteten, die mit dem brutalen Regime der Direktion nicht einverstanden sind, als pflichtvergessen und unanständig hingestellt werden. Das zeigt so recht deutlich, wie das Scharfmachertum bei der A. L. E. selbst vor Gemeinheiten nicht zurückschreckt, wenn es gilt, eine unangenehme Organisation der gedrückten Bedienstetenschaft umzubringen. Auch einzelne Personalkommissionsmitglieder, welche die Abänderung der Bestimmungen des § 12 verlangt haben, werden beschuldigt, daß sie ihr Mandat als einen Freibrief benützen wollen, um das Einberufen zwischen Bediensteten und Verwaltung zu führen. Diese Beschuldigung läßt die damit verbundene Absicht deutlich erkennen. Wenn es früher oder später zu einem Verzweigungsausbruch des Personals kommen wird, braucht man Schuldige, und dazu wären die sozialdemokratischen Personalkommissionsmitglieder gerade recht. Die Beschuldigung hat, und das wissen auch die Herren von der Direktion der A. L. E., keinerlei Grundlage, denn sämtliche sozialdemokratische Personalkommissionsmitglieder haben bisher nichts anderes getan, als die Wünsche ihrer Wähler entgegenzunehmen, sie in den Sitzungen vertreten und den Wählern über das Resultat ihrer Bemühungen berichtet. Zum Beschwichtigen und Beruhigen des Personals sind die Personalkommissionsmitglieder nicht da, das müssen sich die Herren bei der Direktion schon selber besorgen. Die herrschende Erregung unter dem Personal der A. L. E. hat die Verwaltung speziell dem prozigen Verhalten des Herrn Enders zu danken, und wenn jemand hierfür zur Verantwortung gezogen werden soll, so dieser scharfmacherische Herr Enders. Der hat die Störung des guten Einbernehmens am Gewissen und ihn hätte schon längst der blaue Dogen geführt. Daß dieses Vorgehen nicht im Interesse der Verwaltung der A. L. E. liegt, ist klar. Die große Mehrheit des Personals bei der A. L. E. ist mit dem Vorgehen dieses blindwütigen

Tyrannen nicht einverstanden. Das Personal kann unter diesen Verhältnissen nicht mit der nötigen Lust und Liebe den schweren Dienst versehen, es wird nur widerwillig und verdrossen arbeiten, und so hat die Verwaltung den doppelten Schaden.

Auf der einen Seite die vom Regime des Herrn Direktors gezeichneten, dienstunfähigen Kriecher, auf der anderen Seite das verdrossene Personal. Da werden die Dividenden der Aktionäre nicht wünschgemäß ausfallen. Und die Ursache aller Uebel: „Das provokatorische Vorgehen des blindwütigen Herrn Direktors Enders und seiner Schergen. Sollen also normale Verhältnisse herrschen, die Erregung des Personals beseitigt werden, dann dürfen die freigewählten Vertreter des Personals nicht beschimpft und verdächtigt werden, sondern sie müssen, wie in jedem modernen Unternehmen, respektiert und gehört werden und die Verwaltung darf die berechtigten Wünsche des Personals nicht ignorieren und mit dem hinauswurf der Vertrauensmänner beantworten, sondern muß dieselben in angemessener Weise erfüllen. Dieser Aufgabe ist aber der gegenwärtige Leiter des Unternehmens, der Herr Enders, nicht gewachsen, und darum gehört der Mann weg von diesem Posten, und an seine Stelle ein modern denkender Mann, der auch darauf Rücksicht nimmt, daß das Ansehen eines so großen Unternehmens durch derartige Ungeheuerlichkeiten nicht leidet.

Verlautbarungen in den Sitzungen der Personalkommission der A. L. G.

Unterbeamte.

1. Herabsetzung der Frist für die Vorrückung aus den Gehaltsstufen von 1200 Kr. und 1300 Kr. von drei auf zwei Jahre. Auf die Ausschaltung der Gehaltsstufe von 1300 Kr. kann nicht eingegangen werden.

2. Die Kürzung der drei- und fünfjährigen Vorrückungsfristen bei zufriedenstellender Dienstleistung und einwandfreiem Verhalten für alle Unterbeamte, welche bis einschließlich 1. Jänner 1912, ob es nun im Wege unmittelbarer Ernennung oder im Wege der Beförderung aus der Dienerkategorie Unterbeamte geworden sind, ferner für jene nach dem 1. Jänner 1912 zu Unterbeamten zu ernennenden Bediensteten, welche mindestens fünf Dienstjahre in definitiver Eigenschaft in der Dienerkategorie vollstreckt haben.

3. Eine teilweise Verringerung des Quartiergeldschemas unter Anlehnung an jenes der I. L. St. B., jedoch mit Beibehaltung der Höhe unseres bisherigen Schemas, sofern dieselben schon derzeit höher sind als bei den I. L. St. B. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die bisherige Einteilung unserer Stationsorte in drei Ortsklassen aufrecht bleibt, wiewohl die meisten in die III. Ortsklasse eingereihten Stationsorte bei den I. L. St. B. in die IV. Ortsklasse fallen würden. Anlässlich der Einführung des neuen Quartiergeldschemas werden die Stationsorte Brüx, Seitzeng und Leitmeritz aus der II. in die I., die Orte Gzafositz und Auscha aus der III. in die II. Ortsklasse eingereiht werden.

4. Den beim Zugverkehr zu den Eibeumslagplätzen beschäftigten Zugbegleitern wird unter Einstellung der bisherigen Monatszulage von 6 Kr. in Zukunft ohne Beeinträchtigung der fallweise gebührenden Eibeprämien ein unter das Zugbegleiterpersonal der einzelnen Züge gleichmäßig zu verteilender besonderer Verdienstbetrag, und zwar in der Höhe von 5 Kr. für jeden beigestellten beladenen Wagen, bewilligt werden. Auf die Gewährung von Stundengeldern kann, da die Dienstleistung im Stationsorte erfolgt, grundsätzlich nicht eingegangen werden.

5. Wiewohl unsere derzeitigen Kilometer- und Stundengelder mit Rücksicht auf die Verhältnisse, insbesondere die Kürze der Strecke und die verhältnismäßig geringe Höhe der aus den Fahrgeldern zu bestreitenden Ausgaben für Verpflegung und Unterkunft außerhalb der Domizilstation verhältnismäßig den bei anderen Bahnen bestehenden Sätzen vollkommen angemessen sind und dieser Umstand auch von den einsichtsvollen Bediensteten als zutreffend anerkannt wird, so wird dennoch eine weitere mögliche Erhöhung der Stundengelder für das Lastzugpersonal in Aussicht genommen.

6. Die in Aussicht genommene Aenderung der Bewertung der Naturalwohnungen wird voraussichtlich auch einzelnen Unterbeamten zugute kommen. Beabsichtigt ist die Einführung der diesbezüglichen bei den I. L. St. B. geltenden Bestimmungen betreffend die Bewertung auf Grund von nach den einzelnen Ortsklassen abgestuften Einheitsflächen für den Quadratmeter nutzbaren Raumes. Sollte sich in einzelnen Fällen eine Erhöhung des derzeitigen Mietwertes als notwendig erweisen, dann wird eine Herabsetzung der Ortszulage oder eine Schmälerung der Anwartschaft auf die künftige Erhöhung der Ortszulage rücksichtlich der derzeitigen Wohnungsinhaber nicht Platz greifen.

7. Endlich wird die Gewährung eines Sterbequartals an die Hinterbliebenen von aktiven, pensionierten und provisorischen Bediensteten in Aussicht genommen.

Zugunsten der Diener sind nachstehende Verfügungen in Aussicht genommen.

1. Erhöhung der Anfangsgehälter, und zwar: auf 1100 Kr. für die Lokomotivführeranwärter, auf 1000 Kr. für die übrigen Diener der I. Gruppe und auf 900 Kr. für die Diener der II. und III. Gruppe. Ein Kostengeld oder Deputatkostlo wird den in Zukunft anzustellenden Bediensteten nicht mehr gewährt werden. Ebenso wird zum Ausgleich gegenüber den älteren Bediensteten ein Teil bereits definitiv Angestellten anlässlich der Erhöhung des Anfangsgehältes das Kostenrelutium, beziehungsweise von Deputatkosten, eingestellt werden. Bei den mit 1. Jänner 1912 Angestellten wird außerdem eine Verlängerung der nächsten Vorrückungsfrist um ein halbes Jahr in Aussicht genommen.

2. Einführung eines neuen Quartiergeldschemas unter Anlehnung an jenes der I. L. St. B., jedoch mit der Beibehaltung der Höhe unseres Schemas, sofern dieselben schon derzeit höher sind als bei den I. L. St. B. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die bisherige Einteilung unserer Stationsorte in drei Ortsklassen aufrecht bleibt, wiewohl die meisten in die III. Ortsklasse eingereihten Stationsorte bei den I. L. St. B. in die IV. Ortsklasse fallen würden. Anlässlich der Einführung des neuen Quartiergeldschemas werden die Stationsorte Brüx, Seitzeng und Leitmeritz aus der II. in die I., die Stationsorte Gzafositz und Auscha aus der III. in die II. Ortsklasse eingereiht werden.

3. Vorrückungsbegünstigungen für einen Teil jener Diener, welche mit einem niedrigen Anfangsgehalt angestellt worden sind, ähnlich wie bei den I. L. St. B., jedoch mit der Ausdehnung, daß unter Umständen die drei nächsten Fristen um je ein Jahr gekürzt und daß solchen Bediensteten, welche bereits an der Gehaltsgrenze stehen, unabhängig von dem allfälligen Anspruch auf eine Dienstalterszulage anrechenbare Personalzulagen von 100 Kr. gewährt werden.

4. Den beim Zugverkehr zu den Eibeumslagplätzen beschäftigten Zugbegleitern wird unter Einstellung der bisherigen Zulage von 6 Kr. monatlich in Zukunft ohne Beeinträchtigung der fallweise gebührenden Eibeprämien ein unter das Zugbegleiterpersonal der einzelnen Züge gleichmäßig zu

verteilernder besonderer Verdienstbetrag, und zwar in der Höhe von 5 Kr. für jeden beigestellten beladenen Wagen, bewilligt werden. Auf die Gewährung von Stundengeldern kann, da die Dienstleistung im Stationsort erfolgt, grundsätzlich nicht eingegangen werden.

5. Wiewohl unsere derzeitigen Kilometer- und Stundengelder mit Rücksicht auf die Verhältnisse, insbesondere die Kürze der Strecke und die verhältnismäßig geringe Höhe der aus den Fahrgeldern zu bestreitenden Ausgaben für Verpflegung und Unterkunft außerhalb der Domizilstation relativ den bei anderen Bahnen bestehenden Sätzen vollkommen angemessen sind und dieser Umstand auch von den einsichtsvollen Bediensteten als zutreffend anerkannt wird, so wird dennoch eine weitere, wenn auch mögliche Erhöhung der Stundengelder für das Lastzugpersonal in Aussicht genommen.

6. Die in Aussicht genommene Aenderung der Bewertung der Naturalwohnungen wird voraussichtlich auch einzelnen Dienern zugute kommen. Beabsichtigt ist die Einführung der diesbezüglichen bei den I. L. St. B. geltenden Bestimmungen betreffend die Bewertung auf Grund von nach den einzelnen Ortsklassen abgestuften Einheitsflächen für den Quadratmeter des nutzbaren Raumes. Sollte sich in einzelnen Fällen eine Erhöhung des derzeitigen Mietwertes als notwendig erweisen, dann wird eine Herabsetzung der Ortszulage oder eine Schmälerung der Anwartschaft auf künftige Erhöhungen der Ortszulage rücksichtlich der derzeitigen Wohnungsinhaber nicht Platz greifen.

7. Gewährung eines Sterbequartals an die Hinterbliebenen von aktiven, pensionierten oder provisorischen Bediensteten.

8. Die Gewährung eines Reisepauschales im Betrag von 240 Kr. jährlich für die als Oberwerkführer definitiv angestellten Streckenschlosser.

9. Lohnerhöhungen in einen in einzelnen Fällen das übliche Ausmaß übersteigende, für solche provisorisch angestellte Diener, deren Definitivanstellung wegen Ueberfremdung des Normalalters nicht mehr in Frage kommt.

Arbeiter.

1. Billigung eines Anjehens des Hilfs- und Unterführervereines der Werkstättenarbeiter der A. L. G. in Aussicht um eine Erhöhung der Affordjabe. Gleichzeitig wird eine Ueberprüfung und allfällige Erhöhung der Affordjabe der anderen Arbeiterkategorien erfolgen.

2. Lohnerhöhungen für ständige, das sind dem Personalfonds angehörende Arbeiter unter Berücksichtigung des Dienstalters, der Leistungsfähigkeit und der Leistung der dienstlichen und außerdienstlichen Führung, sowie allfälliger örtlicher Feuerungsverhältnisse entsprechend. Auf die Festsetzung einer Lohnautomatik kann nicht eingegangen werden, doch wird die Gesellschaft in Zukunft auf die zeitweise Aufbesserung der Lohnbezüge der Arbeiter bei entsprechender Dienstleistung und einwandfreiem Verhalten bedacht sein.

3. Gewährung von Remunerationen an sowohl im Hinblick auf ihre Dienstleistung als auch auf ihr Verhalten berücksichtigungswürdige Arbeiter. Für das Jahr 1912 ist die Verteilung jener 50 ältesten Arbeiter, bei denen die vorerwähnten Bedingungen zutreffen, mit Remunerationen von je 200 Kr. in Aussicht genommen.

In den nächsten Jahren sollen je 50 weitere Arbeiter berücksichtigt werden. Sobald die in Betracht kommenden Arbeiter mit mehr als 25jähriger Dienstzeit betitelt sein werden, wird dann die Gewährung der Remuneration bei Erfüllung der festgesetzten Bedingungen im Zeitpunkt der Vollstreckung des 25. Dienstjahres erfolgen.

4. Die Gewährung eines Sterbequartals an die Hinterbliebenen von aktiven und provisorischen Arbeitern ohne Beeinträchtigung der nach den Statuten des Provisionsfonds und der Krankenkasse zustehenden Ansprüche.

Die Direktion spricht die Erwartung aus, daß das Personal angesichts dieser umfassenden neuen Begünstigungen, womit die wirtschaftliche Fürsorge für das Personal auf absehbare Zeit abgeschlossen wurde, sich seiner Dienst- und Standespflichten in jeder Hinsicht streng bewußt bleibe.

Zu den für die bevorstehende Sitzung angemeldeten Initiativanträgen wird folgendes bemerkt:

1. Diener.

a) Auf die Gewährung einer Feuerungszulage kann mit Rücksicht auf die bevorstehend in Aussicht genommenen Verbesserungen nicht eingegangen werden.

b) Die beantragte Aenderung der Statuten für die Abteilung B des Personalfonds kann nicht in Erwägung gezogen werden.

c) Für die provisorischen Bediensteten sind, wie bereits erwähnt, Lohnerhöhungen in Aussicht genommen, durch welche auch die Bezüge für den Fall der Erkrankung oder Provisionierung erhöht werden.

Vom Standpunkt der Bediensteten ist eine Lohnerhöhung jenseits der Gewährung eines Quartiergeldes vorzuziehen.

d) Auf eine Aenderung der Diensterteilung für das Verschubpersonal kann nicht eingegangen werden.

e) Die Gewährung von Stundengeldern für das gesamte Verschubpersonal erscheint ausgeschlossen, da die Stundengelder zur Bestreitung von Ausgaben für Verpflegung und Unterkunft bei Dienstleistungen außerhalb des Stationsortes bestimmt sind und es nicht angängig erscheint, für normale Dienstesvorrichtungen außer den hierfür festgesetzten fixen Bezügen noch ein besonderes Entgelt zu gewähren, da dann mit dem gleichen Recht ein Stundengeld von allen Bediensteten verlangt werden könnte.

f) Die Bediensteten sind verpflichtet, im Stationsort zu wohnen. In der Bewilligung zum Wohnen außerhalb des Stationsortes liegt an und für sich eine Begünstigung, welche aus dienlichen Rücksichten auf die berücksichtigungswürdigen Fälle eingeschränkt und deshalb an die Bedingung der allfälligen Aenderung des Quartiergeldes geknüpft wurde und werden muß.

g) Die Frage der Gewährung von Hilfszulagen für das Verschubpersonal wurde schon früher erwoogen, es konnte jedoch auf die Erfüllung dieses Wunsches nicht eingegangen werden, da Hilfszulagen bei den Dienstesvorrichtungen hinderlich, ja geradezu der Sicherheit der Bediensteten gefährlich werden könnten.

h) Die Frage der anderthalbfachen Anrechnung der Dienstzeit für die im Fahrdienst befindlichen Oberverschieber und Verschieber steht bei der Direktion in Behandlung. Es wird festgesetzt werden, welche Dienstleistungen als Fahrdienst und welche als Verschubdienst aufzufassen sind und hienach die Frage der anderthalbfachen Anrechnung der Dienstzeit entschieden werden.

2. Unterbeamte.

a) Die Auflassung der Gehaltsstufe von 1300 Kr. wurde bereits eingangs als unzulässig bezeichnet.

b) Bezüglich der Anbringung von Schutzvorrichtungen gegen Witterungseinwirkungen für die Fahrten auf den Lokomotiven in verkehrter Stellung werden bei langem Erhebungen gepflogen. Wenn sich brauchbare Vorrichtungen um angemessenen Preis finden, werden dieselben angeschafft werden. Im übrigen wird die möglichstste Einschränkung der Rückwärtsfahrten seit längerem gepflogen. Die Aufstellung der Drehscheibe in Auperschin dient mit zu diesem Zweck.

c) Die Aufstellung, von Schränken für Kleider und dienliche Beschäfte im Heizhaus Auszug wird nach Lunlichkeit durchgeführt werden.

d) Die Ausdehnung der anderthalbfachen Anrechnung der im Fahrdienst vollstreckten Dienstjahre auf die Mitglieder der Abteilung A des Personalfonds kann nicht in Aussicht genommen werden.

Die hiegegen sprechenden Bedenken sind in dem Rundschreiben vom 28. Dezember 1911, D.-Z. 39.336/11 (Erlaß Nr. 1 D.-Z. aus 1912) mit genügender Deutlichkeit dargelegt worden.

Anträge aller drei Sektionen gemeinsam.

1. Der Antrag, alle Verbesserungen, welche dem Personal der I. L. St. B. gewährt werden, auch bei der A. L. G. mit gleichem Gültigkeitstermin einzuführen, liegt wohl nicht im Interesse des Personals, da selbstverständlich nur eine vollkommene Gleichstellung Platz greifen könnte, diese aber in vielen Fällen die Einstellung von Bezügen, welche bei der I. L. St. B. nicht oder nicht in demselben Maße gewährt werden, zur Folge hätte. (Zum Beispiel Kostenrelutium, Quartiergeld, Differenzen u. i. w.)

Der Antrag auf Aenderung der Bestimmungen des § 13 für die Personalkommission scheint den Schutz solcher Mitglieder der Personalkommission zu bezwecken, welche ihr Mandat — gegen die Dienstordnung — als einen Freibrief zur ungestraften Störung des Einvernehmens zwischen der Gesellschaft und ihren Bediensteten aufzufassen geneigt sind.

Die Direktion ist weit entfernt, zu einer derartigen Untergrabung der Disziplin eine Handhabe zu bieten, wird vielmehr auch weiterhin allen diesbezüglichen Versuchen, mögen sie von wem immer ausgehen, mit aller Strenge entgegenzutreten, und ist überzeugt, daß sie in diesem Vorgehen auch in Zukunft von den pflichttreuen und anständigen Bediensteten unterstützt werden wird.

Ein Jubiläum der Agitation.

Am 12. April waren fünfzig Jahre verflossen, seit Ferdinand Lassalle, der erste große Agitator und Organisator der deutschen Arbeiterklasse, seinen ersten Vortrag vor Arbeitern hielt. Schon vorher war Ferdinand Lassalle ins politische Leben eingetreten. Im Frühjahr 1862 fällt der Beginn seiner aktuellen Politik mit der Abhaltung von sieben Vorträgen in Berliner liberalen Vereinen über „Verfassungsfragen“, in denen er die bürgerliche Klasse davor warnte, sich durch den nach der verunglückten Revolution vom Jahre 1848 etablierten Scheinkonstitutionalismus darüber hinwegtäuschen zu lassen, daß Verfassungsfragen nicht Rechts-, sondern Machtfragen sind. Das liberale Bürgertum bewies, daß es für diese Warnung Lassalles und die gewichtigen Lehren, die er damit verknüpfte, kein Verständnis hatte. Bei Lassalle stand bereits die Ueberzeugung fest, daß das liberale Bürgertum unfähig sei, den Kampf gegen die Reaktion und für die Demokratisierung des Staatswesens erfolgreich zu führen. Auf die Arbeiterklasse richtete er seinen Blick als auf den Gesellschaftsfaktor, der geschichtlich berufen sei zu einer gründlichen Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung. Und er zögerte nicht, sich direkt an diese Klasse zu wenden.

An dem oben bezeichneten Datum sprach dann Lassalle zum erstenmal zu den Arbeitern in einer Versammlung des Brandenburger Fabrikarbeitervereines, dessen Mitglieder zumest aus Arbeitern großer Maschinenfabriken bestand. Lassalle sprach „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes.“ Er benannte diesen alsbald im Druck erschienenen Vortrag „Arbeiterprogramm“. Der Inhalt des Vortrages entspricht dieser Benennung durchaus und ist noch heute für jeden Arbeiter eine wertvolle Quelle der Belehrung. Für die Propaganda des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines“, der ersten selbständigen Organisation in Deutschland, war dieser Vortrag von außerordentlichem Wert.

Das „Arbeiterprogramm“ bietet in der Tat alles das, was ein Arbeiter wissen muß, um aus dem Grund der historischen Tatsachen heraus die großen Kultur- und Aufgaben seiner Klasse zu begreifen. Lassalle machte die Vergangenheit verständlich, um die Bedeutung der Gegenwart darzulegen und in allgemeinen Umrissen zu zeigen, wie die Zukunft sich gestalten müsse. Er belehrte über die Logik der Weltgeschichte, über die nach festen Gesetzen sich vollziehende Entwicklung zur Freiheit. Im Mittelalter war bei überwiegender Ackerbauproduktion der Grundbesitz das herrschende Element; sein Interesse nennt Lassalle „das herrschende Prinzip jener Zeit.“ Adel und Geistlichkeit, beide sich stützend auf den Grundbesitz, waren der herrschende Faktor der mittelalterlichen Gesellschaft. Ihren Interessen entsprechend organisierten sie die öffentliche Macht als Lehnverfassung. Weiter das öffentliche Recht oder die Reichsverfassung, die ihre Vertretung auf den Reichstagen privilegierte. Auch schufen sie sich das Privileg der Steuerfreiheit, die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wesens abwälzend auf die unterdrückten und nichtbesitzenden Klassen, in offener oder verschleierte, in direkter oder in indirekter Form. Und hochmütig, geringschätzend blickten die privilegierten herrschenden beiden Stände herab auf gewerbliche und industrielle Tätigkeiten.

Aber der unter stetig weiter sich entwickelnder Teilung der Arbeit unabwendbare Fortschritt der Industrie und der aus ihm resultierende Kapitalreichtum führte zur Auflösung der mittelalterlichen Gesellschaftsorganisation. Die Entwicklung des kapitalistischen Systems im Zusammenhang mit der Entwicklung der Technik brachte die große französische Revolution, die nach Lassalles treffendem Ausspruch nichts anderes war, als „die ängere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung einer in den tatsächlichen Verhältnissen der Gesellschaft bereits eingetretenen Revolution“. „Eine Revolution machen“, sagte Lassalle, „ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben“. Aber: „Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, das hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesellschaft übergehen.“

Lassalle zeigte dann, wie die französische Revolution die Bourgeoisie, den dritten Stand, zur Herrschaft brachte. Dieser Stand faßte damals im ersten Augenblick sich selbst als gleichbedeutend mit dem ganzen Volk, seine Sache als die der ganzen Menschheit auf. Daher die erhebende Begeisterung, die in jeder Periode

herrschte; die Menschenrechte wurden erkärt und es schien, als habe mit dem Beginn der Herrschaft des dritten Standes alle gesetzliche Bevorrchtung in der Gesellschaft aufgehört und als sei jede rechtliche, privilegierte Unterordnung in die eine Freiheit des Menschen untergegangen.

Das war eine schwere Täuschung. Der dritte Stand trug innerlich noch einen vierten Stand in seinem Herzen. Von ihm mußte die Arbeiterklasse, die man in den Begriff Bürgertum mitgefakt hatte, sich abscheiden. Den Interessen dieser Klasse, traten die Interessen des großbürgerlichen, kapitalistischen Unternehmertums scharf und immer schärfer gegenüber. Das Großbürgertum wurde zu einer neuen privilegierten Klasse, welche die politische Macht an sich riß. Der Kapitalbesitz wurde die Bedingung zur Herrschaft über den Staat, wie im Mittelalter der adeliche Besitz oder der Grundbesitz. Der bürgerliche Staat überbürdete die Massen der Nichtbesitzenden und Arbeitenden mit Steuerlasten in der Form der indirekten Steuern und schloß sie vom Wahlrecht aus. Das Großbürgertum begegnete diesen Massen mit nicht minder sozialer Mißachtung, wie sie im Mittelalter der feudale Adel gegenüber dem „gemeinen Volk“ befundet hatte.

Lassalle schildert dann, daß auch diese Geschichtsperiode innerlich abgelauten sei, so wenig das äußerlich den Anschein habe. Am 24. Februar 1848 brach die erste Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode an. An diesem Tag brach nämlich in Frankreich, in diesem Land, in dessen gewaltigen inneren Kämpfen die Siege wie die Niederlagen der Freiheit Siege und Niederlagen für die ganze Menschheit bedeuteten, eine Revolution aus, die einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief, als den Zweck des Staates die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen aussprach und das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamierte, durch welches jeder Bürger, der sein 21. Jahr erreicht hatte, ohne alle Rücksicht auf seine Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Anteil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes empfing.

Der 1789 noch in den Falken des dritten Standes verborgen gemessene vierte Stand, die Arbeiterklasse, trat hervor, „welcher jetzt sein Prinzip zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft erheben und alle seine Einrichtungen mit demselben durchdringen will.“ Lassalle ließ seine mustergültige Geschichtslogik gipfeln in der Darlegung, daß in der Arbeiterklasse kein Keim einer neuen Bevorrchtung mehr enthalten und daß sie eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht sei.

Die Sache des vierten Standes sei daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit sei die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft sei die Herrschaft aller. Daran schloß Lassalle die Lehre: Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, der stoße nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus, sondern einen Schrei der Veröhnung; einen Schrei der Ausgleichung für alle sozialen Gegensätze, einen Schrei der Einigung, „in den alle einstimmten sollten, welche Bevorrchtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum erstenmal aus dem Herzen des Volkes emporgemengert, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben, und um seines Inhaltes willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt.“

Als formelles Mittel zur Verwirklichung des Prinzips des Arbeiterstandes als herrschendes Gesellschaftsprinzip stellt er das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf, das zwar keine Wunschfrucht sei, die vor augenblicklichen Mißgriffen schütze, aber doch jene „Lanze, welche selbst die Wunden wieder heilt, die sie schlägt“. Den sittlichen Inhalt dieses Prinzips sah er darin, daß es, zur Herrschaft gelangt, eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen werde, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Das persönliche Interesse der Arbeiter falle seiner Richtung nach durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur; deshalb sei die Sache der Arbeiter die Sache der gesamten Menschheit.

Ueber die dem Prinzip der Arbeiterklasse innewohnende politische Auffassung des Staatszweckes sagt Lassalle, „daß dieser Zweck der sei, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung, das heißt die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten, das Menschengeschlecht zur Freiheit zu erziehen. Dieses sei die eigentliche sittliche Natur des Staates, seine wahre und höhere Aufgabe.“ Damit verneint Lassalle alles Klassenstaatliche Wesen. Die Arbeit und ihr Recht, das Prinzip der Arbeiterklasse, erachtet er für berufen, die ganze Gesellschaft zu einem Abbild ihres eigenen Gepräges zu gestalten, und in seinem hohen Gebankensflug gelangt er zu der Ermahnung an die Arbeiter, daß die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung alle ihre Gedanken in Anspruch nehmen müsse, daß ihnen nicht mehr geziemen die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. „Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.“ Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens sei es, der sich mit einer verschredenden Ausschließlichkeit des Geistes der Arbeiter bemächtigen, ihr Gemüt erfüllen und ihr gesamtes Leben als ein seiner würdiges, ihm angemessenes und immer auf ihn bezogenes gestalten müsse.

Wir, die wir die Entwicklung der Sozialdemokratie in jener Zeit nicht miterlebt haben, können uns wohl kaum eine Vorstellung davon machen, von welcher gewaltigen Wirkung diese Gedanken auf das geistige Leben und seine Erweckung in der deutschen Arbeiterklasse gewesen sind, wie sie Geist und Gemüt immer größerer Massen in ihren Bann geschlossen haben. Uns nachfahren jener großen Zeit des Erwachens der Arbeiterklasse aber gilt, wenn wir von Lassalles machtvollen Eingreifen in die Weltgeschichte reden, das prächtige Wort des Altmeisters Goethe vom geistigen Leben der Menschen: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Wir, die wir uns des Erbes der Ideen Lassalles rühmen, erlangen nur dadurch eine Legitimation auf ihren Besitz, daß wir unablässig uns bemühen, nicht nur

dieses Besitztum zu hüten als Heiligtum, sondern auch es zu festigen, auszugestalten und zu läutern. Der Reichum großer und schöner Ideen, den die Vorkämpfer des Proletariats diesem hinterlassen haben, hat nur darin seinen wahren Wert, daß er fortzeugend wirkt und so an siegender Kraft und Macht gewinnt. Nur auf diese Weise erwerben wir, um zu besitzen und zum Heil des Volkes und der Menschheit zu gebrauchen, was jener Große uns hinterlassen hat.

Die Bewegung der Eisenbahnarbeiter in Großbritannien.

(Schluß.)

(Eigenbericht des „Eisenbahner“.)

Ist es da ein Wunder, daß dieser „schöne Sieg“, wie die Arbeiterführer es nannten, die Bewegung der Eisenbahner nicht gerade förderte? Sofort danach erklärte eine Anzahl junger, unerfahrener Enthusiasten, die während der Zeit der Agitation zur Gewerkschaft gekommen waren, ihren Austritt. Die U. S. N. S., die einzige Eisenbahnerorganisation, die den Namen Gewerkschaft verdient, verlor im Jahre 1907/08 von ihren 97.561 Mitgliedern 17.240. Uneinigkeit und Verärgerung machte sich in ihren Reihen breit und auf der Konferenz von 1908 war das Auffallendste die scharfe Kritik, die an den Führern der alten Schule geübt wurde. Politische Tendenzen traten stark hervor und sind seit dieser Zeit ständig mit zunehmender Geschwindigkeit gewachsen. Jede Verletzung des „Uebereinkommens“ seitens der Gesellschaften weckte die Massen der Eisenbahner zum Protest und vertiefte die Kluft zwischen den Pionieren des Neuen und den Verteidigern des Alten. Richard Bell*, der Sekretär, der für lange Zeit unumschränkter Herrscher der U. S. N. S. gewesen war, wurde gedrängt, die liberale Partei zu verlassen und der Arbeiterpartei beizutreten. Es war kein bloßer Zufall, daß der Angriff der herrschenden Klasse gegen die Gewerkschaften, der ihre politische Tätigkeit lahmlegen sollte, gerade gegen die Eisenbahner gerichtet war. Das berüchtigte Osborne-Urteil**, in dem ein einziges Mitglied von den Liberalen und Konservativen als Werkzeug gebraucht wurde, legte der U. S. N. S. enorme Gerichtskosten auf, wodurch nur neuer Bündstoff zu dem bereits vorhandenen gehäuft wurde. Die Mitglieder setzten ihren alten Vorstand ab, wählten Bell aus dem Parlament heraus und wählten in den neuen Vorstand eine starke sozialistische Minderheit. Seit dieser Zeit ist die Bewegung fortgesetzt gewachsen, tausende von Versammlungen wurden abgehalten, bei denen sozialistische Redner und Resolutionen etwas ganz Alltägliches geworden sind. Der Verfasser dieser Zeilen hat während der letzten zwei Jahre Gelegenheit gehabt, in vielen Versammlungen der Eisenbahner zu reden. Aus den vorgebrachten Fragen und der anschließenden Diskussion konnte man entnehmen, daß die Massen der Mitarbeiter ihren Führern längst über den Kopf gewachsen sind***). Schon im Jahre 1910 hatten sie in ihrem Organ „The Railway Review“ und in ihren Versammlungen hitzige Debatten über das Eintreten in einen gemeinsamen Kampf mit den Bergarbeitern im Jahre 1914, wo die Verträge der beiden Organisationen mit den Arbeitgeberverbänden ablaufen. Und im Juli 1910 erklärten 10.000 Eisenbahner des Nordens plötzlich den Streik zu einer gut gewählten Zeit und gewannen einen glänzenden Sieg. Dieser Sieg wirkte wie ein Funke im Pulverfaß. Von einem Ende des Landes zum anderen herrschte Unruhe. In Süd-Wales führten 2.000 Bergarbeiter zwölf Monate lang einen heldenhaften Kampf, nicht allein gegen den Kohlentrust, sondern auch gegen die reaktionären Elemente im Hauptvorstand des britischen Bergarbeiterverbandes; 35.000 Kesselschmiedestreifen und wiesen dreimal die Uebereinkunft und den Rat ihrer Führer zurück. Darauf folgte die Bewegung in der Textilindustrie, die in Wirklichkeit den Zusammenbruch aller der verschiedenen einfachen und komplizierten Arten der Einigungsämter herbeiführte und die Unruhe unter den Bergarbeitern in allen Teilen des Landes. Dann kam der Seemannsstreik an der Nordostküste; in Manchester, Liverpool, Cardiff und sonstwo der Streik der Dockarbeiter, der die Industrie lahmlegte; alle diese Streiks gaben ein solches Beispiel von Solidarität und revolutionärer Energie, wie es in der englischen Geschichte noch nicht dagewesen ist. Und der große Eisenbahnerstreik im August war auch nur ein Glied in der langen Kette der historischen Entwicklung. Er war den Eisenbahnern von den anderen Transportarbeitern aufgezogen worden. Der große Dockarbeiterstreik in London und anderswo im August berührte eine Reihe von Eisenbahnern. In Liverpool und Manchester unterstützten 10.000 ohne irgendwelche Umarmung die anderen Transportarbeiter nachdrücklich und weigerten sich überall, Güter, die von bestreikten Firmen kamen, zu expedieren. Hunderte von großen Eisenbahnerversammlungen wurden abgehalten, in denen sie ihre Entschlossenheit, zu streiken, kundgaben. Nur eine Anzahl von Resolutionen, die den Sekretär und den Vorstand betrafen, zwang sie, sich zu versammeln. In einer gemeinsamen Versammlung vom 15. August gaben die vier Vorstände ein Ultimatum heraus an die Eisenbahngesellschaften, das diesen 24 Stunden Zeit gab, die Vertreter der Verbände zu empfangen, um eine Grundlage für eine Verständigung zu finden über verschiedene schwebende Angelegenheiten.

* Mr. Bell gehörte wie die meisten englischen Gewerkschaftsführer der liberalen Partei an. Die Red. ** Osborne, ein Mitglied der U. S. N. S., klagte gegen seine Gewerkschaft, damit ihr verboten würde, jährlich 1 Schilling per Mitglied für politische Zwecke zu erheben. Die Entscheidung der ersten Instanz fiel zugunsten des Verbandes aus. Darauf wurde die Angelegenheit auf seine Berufung vor die höhere Instanz gebracht, wo sie mehrfach erörtert wurde. Tausende von Pfund wurden von ihm (?) ausgegeben, um 1 Schilling zu gewinnen! Endlich auf Berufung an die Lords entschieden sie gegen die Gewerkschaft. Jetzt wird das Osborne-Urteil gegen alle Gewerkschaften angewandt, um sie davon abzuhalten, ihre Fonds für ihre Vertretung im Parlament zu gebrauchen. *** Jede Organisation hat die Führer, die sie verdient. Vielleicht ist das der Grund des großen Reinemachens, das jetzt in vielen Gewerkschaften in England Platz greift.

Für den Fall der Zurückweisung dieses Anerbietens wurde mit einem allgemeinen Ausstand gedroht. Sobald dieses Ultimatum heraus war, griff die Regierung ein und veranlaßte Zusammenkünfte der Vertreter der Gesellschaften, der Regierung und der Verbände. Zwischen den beiden letzteren entspann sich folgender charakteristischer Dialog:

Präsident des Board of Trade, Mr. Buxton: 1. „Was waren die wirklichen Ursachen, die den Verbandsvorstand zur Herausgabe dieses Manifestes veranlaßten?“ 2. „Was sind die tatsächlichen Beschwerden mit Bezug auf die Abmachungen des Einigungsamtes von 1907?“ Antwort des Präsidenten des Exekutivkomitees Bellamy: „Der vollständige Zusammenbruch der ganzen Einigungsmechanik.“ 3. „Waren diese Beschwerden so ernster Natur, um das Vorgehen des Verbandes zu rechtfertigen?“ — „Ja!“ 4. „Konnten diese Beschwerden aber nicht in einer ruhigeren Weise abgestellt werden?“ — „Ja. Wenn die Gesellschaften damit einverstanden wären, die Vertreter der Arbeiter zu empfangen.“ 5. „Konnten diese Beschwerden in der von den Arbeitern vorgeschlagenen Weise durch einen allgemeinen Eisenbahnerstreik abgestellt werden?“ — „Ja. Unserer Meinung nach ist das die einzige Möglichkeit.“

Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß er jedes Mittel annehmen würde, um den Streik zu vermeiden. Als er jedoch von dem Vorsitzenden des Verbandes gefragt wurde, ob die Regierung irgend etwas getan habe, um die Gesellschaften und die Arbeiter zusammenzubringen, lautete seine Antwort verneinend. *) So war es klar, daß die einzigen Mittel, die angewandt werden sollten, die Bajonette der Soldaten und die Stöcke der Polizei seien. Zwar bot die Regierung eine königliche Kommission an, diese war aber nur bestimmt, Zeit zu gewinnen.

Die Arbeiter antworteten mit einem allgemeinen Streik. In einem Tag war das ganze Eisenbahnnetz stillgelegt, Manchester, Sheffield, Newcastle, Birmingham und all die großen Industriezentren waren isoliert, nur wenige Züge gingen hierhin und dorthin. Die Entschlossenheit der Leute war bewundernswürdig. Und der Streik war gerade im geeignetsten Augenblick ausgebrochen. Hinter ihnen standen die schottischen und walisischen Bergleute, die Mechaniker und vielleicht viele andere Arbeiterkategorien. Vor ihnen das Beispiel der Seeleute, der Londoner Dockarbeiter, der Generalstreik in Liverpool etc. Die Situation war günstiger als je zuvor und wären sie noch 24 Stunden länger draußen geblieben, wäre ihnen der Sieg sicher gewesen. Aber die 40 Herren der Exekutivkomitees führten ihre Anhänger wie der berühmte englische „Geld“, der Herzog von York, immer auf den Hügel hinauf und wieder herunter. Sie nahmen die berühmte Kommission an und riefen dies überall als einen herrlichen Sieg aus; Ramsay MacDonald, nachdem er erklärte, daß die Arbeiterpartei babsichtigt hätte, im Parlament ein Tadelsvotum gegen die Regierung zu beantragen, behauptete jetzt, daß zwischen der Regierung und den Gewerkschaften nur ein Mißverständnis bestände, und er sprach sein Bedauern aus, daß ein Streik stattgefunden habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Kommission Wunder wirken würde. Der Streik war beendet. In Nordengland, Manchester etc. protestierte die Mitgliedschaft heftig und weigerte sich, die Arbeit wieder aufzunehmen, und in einigen anderen Orten begannen sie den Kampf von neuem. Aber Ramsay MacDonald u. Komp. versicherte ihnen, die Kommission würde Anerkennung der Gewerkschaft empfehlen, die Arbeiter würden ihre Wünsche nur zu sagen haben und alles würde in schönster Ordnung sein. Mr. Henderson, der frühere Vorsitzende der Arbeiterpartei, wurde in die Kommission ernannt. Sicherlich, sagte man uns, würde der nicht gegen die Interessen der Gewerkschaft handeln können. In dem Augenblick, wo die Kommission ihre Verhandlungen eröffnete, proklamierten die irischen Eisenbahner, die sich weigerten, Güter, die durch Streikbrecher hergestellt waren, zu befördern, den Streik. Alle Eisenbahngesellschaften unterstützten die irischen Gesellschaften, während andererseits die Gewerkschaften durch das Erwarten der Beschlüsse der Kommission gebunden waren. Es ist wahr, die U. S. N. S. leitete offiziell diesen Streik, aber sie konnte nicht all ihre Macht in Großbritannien aufbieten, während die Organisation der Maschinisten und Heizer zu dem einzigen Zweck nach Irland herüberging, um den Streikenden entgegenzuarbeiten**). Und sogar Snowden, einer der Führer der F. A. P. griff die Streikenden im „Christian Commonwealth“ an. Sie wurden teilweise geschlagen. Dann erschien der Bericht der königlichen Kommission, die bei allem Vorgehen immer suchte, die Quadratur des Kreises zu finden, und Streiks zu beseitigen. Sie fand nicht nur keine Verbesserung des alten Einigungsamtsystems, sondern verächtlichte es noch. Sie beseitigte die Zentralämter, beschränkte die Sektionsämter und machte lange Klindigungen zur Bedingung, und verlängerte die Dauer des Vertrages. Eine Abstimmung wurde vorgenommen, aber das Resultat nicht verkündet. Die Vorstandsmitglieder nahmen ohne Zustimmung ihrer Gewerkschaft die Vorschläge an und proklamierten den ewigen Frieden.

Nun wie ist das zu erklären? Einige Leute meinen, sie seien von den klugen Reden von Ramsay MacDonald und Lloyd George misleitet worden. Das kann möglich sein, aber es ist keine Erklärung. Wir wollen wissen, warum die Mitglieder des Vorstandes, die aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder hervorgegangen sind, misleitet werden konnten. Ein Eisenbahnerstreik legt die ganze Industrie still, gefährdet die Lebensmittelfuhr und greift so in die Interessen der ganzen Bevölkerung ein. Die Eisenbahner hatten daher nicht nur gegen ihre Arbeitgeber, sondern gegen die ganze kapitalistische Klasse zu kämpfen, ebenso hatten sie die Presse gegen sich, die Regierung, die Polizei und die Armee. Als gewöhnliche Gewerkschaftsmittelglieder konnten sie nicht die ganze Situation übersehen und ihren Einzelkampf unter dem großen Gesichtspunkt des Klassenkampfes richtig beurteilen. Es war Aufgabe der sozialistischen Organisationen und der Arbeiterpartei, auf dem Kampfplatz zu erscheinen,

*) Report and Decisions of the joint Conferences of the Executive Committees — held in Liverpool and London 15. 16.—24. August 1911. ***) Report of A. S. of L. E. & F. issued to secretaries

Aufrufe herauszugeben, und die wahre Bedeutung dieses Kampfes zu beleuchten; die verschiedenen Arbeiterkategorien nebeneinander zu stellen, die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Streikenden in Anspruch zu nehmen und der Masse der Streikenden Klarzumachen, was ihre Methoden und Ziele sein sollten. Aber gerade in dieser Zeit veröffentlicht das offizielle Organ der S. D. P. „Justice“ Artikel, in denen erklärt wird: „Wir empfehlen keine Streiks, aber wir unterstützen sie.“ Nicht ein Wort wurde vom Vorstand gesagt, das als eine wirkliche Unterstützung angesehen werden könnte, während andererseits die Arbeiterführer eifrig für den Frieden um jeden Preis arbeiteten. Einige Mitglieder der Labour Party unterstützten sogar einen Akt des Parlaments, um Streiks vorzubeugen.

Dieser Streik hat jedoch die Eisenbahner sowohl wie andere Arbeiter aufgerüttelt. Auf der Konferenz der M. S. R. S. wurde folgende Resolution angenommen: „Die Konferenz spricht ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß die Regierung in Irland Züge laufen läßt, die im Streik stehenden Eisenbahnen zu besetzen und verlangt von ihr, entweder die Eisenbahnen sofort zu übernehmen und die Arbeiter wieder einzustellen oder aber aufzuhören, in diesem Kampf Partei zu ergreifen. Wir erklären, daß, wenn die Regierung ihr Verhalten nicht danach einrichten will, so würden wir ernstlich überlegen müssen, ob wir nicht gezwungen wären, den Generalstreik auf den Eisenbahnen des vereinigten Königreichs zu eröffnen.“ Und Herr White wurde laut applaudiert, als er die folgende Erklärung machte: „Es war höchste Zeit, daß der Arbeiterklasse die Augen geöffnet wurden, und daß sie aufhörte, an die liberale Partei gebunden zu sein, die die Arbeiter seit Jahren mehr geblödet hat als jede andere Partei.“ Und die Arbeiter öffnen ihre Augen jetzt nicht nur den bürgerlichen Parteien gegenüber, sondern auch gegenüber dem Verlagen der Arbeiterpartei. Einer der ihr angeschlossenen Zweigvereine nahm folgende Resolution an: „Wir haben gesehen, daß die Arbeiterpartei entschlossen ist, die Regierung unter allen Umständen zu stützen. Sie hat dies durch ihre Abstimmungen im Unterhaus gegen ihr eigenes Amendement, betreffend die Ausbeutung der Regierungsangestellten, bewiesen. Solche Handlungen von Einzelmitgliedern der Partei, wie Mr. Henderson in der Eisenbahnkommission, zeigen uns, daß die berühmte Unabhängigkeit der Partei mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, und wir erklären, daß die einzige Partei, die den Arbeitern nützen kann, unabhängigen, kritischen und klassenkämpferischen Charakter tragen muß, der es nicht auf das Interesse irgendeiner kapitalistischen Partei ankommt.“ Die große Mehrzahl der Zweigvereine von England verlangten eine besondere Konferenz und die Abdankung der Führer. In diese Wünsche stimmen viele Mitglieder der anderen Eisenbahnerverbände mit ein. Sie haben bereits ihre Verbände gezwungen, sich zu vereinigen, mit Ausnahme der A. E. of I. E. and I. Die Zeit ist nicht mehr fern, daß die geeinte Eisenbahnerorganisation sich der Föderation der Transportarbeiter anschließen wird, um so eine der mächtigsten Arbeiterorganisationen zu werden, die ein gut Stück Weg auf das Ziel der Errichtung einer wirklichen Klassenpartei der Arbeiter zurücklegen, und die selbstverständlich ausgesprochen sozialistisch sein wird. Peter P.

Die Lantienwirtschaft im Dziedicher Heizhaus.

Wie überall das Lokomotivpersonal durch die Einführung der Lantienwirtschaft schwer leiden muß, so ist dies auch in Dziedich der Fall, nur tritt dies hier etwas krasser zutage, weil die Leiter der Heizhausleitung ganz bürokratisch sind, keine Rücksicht auf die praktischen Verhältnisse nehmen und lediglich nur auf die Lantien ihr Augenmerk richten. Dies trifft vom Heizhausleiter angefangen bis zum Maschinenmeister zu. Man wundert sich ja nicht darüber, wenn nervöse und praktische Erfahrungen mißachtende, mit Spartmut behaftete Leiter einer Heizhausleitung mehr auf die Lantien als auf eine anstandslose und ordentliche Wirtschaft sehen, aber man wundert sich darüber, wenn sich auch Maschinenmeister einer solchen Mißwirtschaft anschließen und diese bei allen möglichen Gelegenheiten fördern und das Lokomotivpersonal in ein schlechtes Licht bringen, statt demselben an die Hand zu gehen. Es sei nachstehend geschildert, wie es in der Heizhausleitung Dziedich zugeht und wie durch so eine Mißwirtschaft das Ansehen der Eisenbahnerverwaltung sinkt, wie der Lokomotivführerstand herabgedrückt und mißachtet wird, und dies alles durch die Spartmut und Lantienwirtschaft. Nach dem Tode des Heizhausleiters, Inspektor Meisner, übernahm Oberkommissar Otto Mayer den Dienst als Heizhausleiter und verjah denselben über ein Jahr lang. Herr Mayer, ein überaus nervöser Mensch, der sich die Ohren zuhält, wenn ein Führer mit ihm spricht, fuhr täglich um 8 Uhr früh von Bielitz nach Dziedich, um das Amt zu leiten. Um 4 Uhr nachmittags fuhr er wieder nach Bielitz retour, um mit einem halbständigen Inspezierungsang im Bielitzer Heizhaus und einigen formellen Anordnungen, die andere ausarbeiten und erledigen mußten, auch hier sein Amt zu versehen.

In Dziedich ging Herr Mayer schon um 1/2 1 Uhr ins Bureau, um Wichtiges zu erledigen: sein Nachmittagsschläfchen. In dieser langen Zeit hat Herr Mayer sehr viel geleistet — an Diäten und Lantien — viel Kohle erpart, da die ganze Zeit dem Lokomotivpersonal nicht ein Korb abgerechnet wurde, doch in anderer Beziehung nahezu nichts. Er hatte immer einige bürokratische Ideen am Lager, die er besonders jetzt, wo er für seine hervorragenden Leistungen nach Befegung des Heizhausleiterpostens zum Stellvertreter ernannt, in Dziedich an den Mann zu bringen suchen wird. Um zu zeigen, was für ein technisches Verständnis Herr Mayer besitzt, sei von seinen Leistungen auf diesem Gebiet eine erwähnt. Als ein Führer ihm mitteilte, daß bei seiner Lokomotive im linken Zylinder während dem Fahren ein Schlägen zu vernehmen sei und es höchst notwendig wäre, den Kolben zu untersuchen, sagte drauf Herr Mayer:

„Lassen's es nur schlagen, in 14 Tagen geht die Lokomotive sowieso in Reparatur und da wird es dann untersucht.“ Jedoch 14 Tage später verlor der Führer — es war ein Personenzug — während der Fahrt vom Gefälle den vorderen Teil der Kolbenstange auf der Strecke. Ein Glück, daß der Bruch vorne und es am Gefälle war; wie hätte es aber im umgekehrten Falle ausgesehen? Herr Mayer hat große Vorliebe für das Moderne. Er verfaßt es nie bei den Belehrungen, den älteren Führern vorzuhalten, daß seiner Meinung nach die jüngsten die besten Führer sind, diese seien zu allem zu verwenden, für alle Züge und Lokomotiven — und Strafen, es sind dies, wie er sich ausdrückt, moderne Führer, die älteren, meint er, kann man nicht mehr so verwenden. Doch wollen wir uns nicht ausschließlich mit den Weisheiten des Herrn Otto Mayer befassen. Es ist auch sehr interessant zu vernehmen, wie sich der Herr Betriebsleiter Ingenieur D a n g l gegen das Lokomotivpersonal benimmt.

D a n g l, der in allem und jedem zeigt, daß er ein Feind des Lokomotivpersonals ist, bildet sich auf seine akademische Bildung riesig viel ein und überschätzt in seinem Wahn sich und sein Wissen und Können. Ebenfalls ein Bürokrat in vollster Bedeutung des Wortes und demnach ein Feind jeder Praxis, bemüht er sich, seine technischen Kenntnisse bei jeder Gelegenheit auszunützen, was ihm sehr selten gelingt. Das Vernünftige, was er überhaupt aus seinem Wissen herauskramt, hat er ohnehin nur den Führern abgelaußt, und dies benützt er nun, um die Führer und Geizer bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu schikanieren und herunterzuputzen. In den Belehrungen hat er auch unter anderem vorgebracht, daß nirgends soviel Bremsklöße gebraucht werden, wie bei der Heizhausleitung Dziedich. Es sei kein ökonomischer Vorgang, wenn auch teilweise gebrochene oder angebrochene Bremsklöße ausgewechselt werden. Es sei nicht notwendig, solche zu erneuern. Dann werde auch viel Del verbraucht, was ebenfalls sehr unökonomisch sei. Wiewohl ihm erwidert wurde, daß bei der großen Hitze — es war im Sommer bei über 30 Grad Hitze — das Del wie Wasser dünnflüssig werde, und daß es deshalb auch seiner Bestimmung nicht entspreche, blieb Herr D a n g l dabei, daß mit dem Del unökonomisch umgegangen werde. Im Heizhaus Bielitz befand sich eine Lokomotive der Serie 260 (70), mit der kein Führer ohne Anstand fahren konnte. Trotz mehrmaligen Aufschreibens der Kolben und Schieber ist nichts gemacht worden, bis endlich die Schieber geöffnet und gestellt wurden. Die Kolben wurden jedoch als gut befunden und gar nicht geöffnet. Die Lokomotive funktionierte wiederum nicht ordnungsgemäß, und es sind immer wieder die Schieber nachgestellt worden, bis es endlich dem Herrn D a n g l zu dumm geworden ist und er erklärte, er werde die Lokomotive nach Dziedich nehmen und dort selbst die Schieber stellen, dann werde eine Probefahrt gemacht und jeder Führer müsse sodann mit dieser Lokomotive fahren, der geringste Anstand aber werde bestraft. Es sei nur Einbildung der Führer, daß die Lokomotive nicht gut funktioniert. Und so geschah es! Unter Leitung des Herrn D a n g l wurden die Schieber gestellt und nachher die Probefahrt mit Normalbelastung unter Aufsicht des Herrn D a n g l nach Bielitz angetreten. Die Probefahrt fiel auch „glänzend“ aus. Nach dreimaligem Stehenbleiben auf der Strecke wegen Dampf-mangel, mußte der Zug samt der Lokomotive und dem Herrn D a n g l von der Strecke durch die Verschub-lokomotive abgeholt und die Lokomotive in Bielitz als untauglich abgestellt werden. Erst dann sind die Kolben geöffnet worden, wobei es sich herausstellte, daß die Kolbenringe gebrochen waren. Die hierbei entstandenen großen Verspätungen wurden nicht weiter bemängelt, weil sie der Herr D a n g l selbst verursachte, einen Führer allerdings hätte dieser Herr ordentlich eingetunkt. Man wird sich mit diesem Herrn, der es nebstbei auch versteht, dem Heizhausleiter die Ohren voll zu blasen, um dem Personal nur seinen schweren Stand noch zu erschweren, mehr beschäftigen müssen, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß er jemals seine Gesinnungen bessern würde.

Nach mehr als einem Jahr der provisorischen Vertretung des Heizhausleiterpostens durch Herrn Otto Mayer, als dieser schon genau „geleitet“ hatte, ist endlich Dziedich mit einem Heizhausleiter beglückt worden. Es ist dies Herr Inspektor Israel Z u c k e r, der in Dziedich Reformen nach dem Muster der Einrichtungen von seinem gewesenen Dienstposten einzuführen bestrebt ist. Einen Monat nach seinem Dienstantritt zum Inspektor ernannt, trachtet er, alles anzuwenden, um recht viel zu ersparen und Lantien zu machen. Weniger Bürokrat, dafür mehr Handels- und Geschäftsmann, reduziert er fleißig und er wurselt herum, nur daß das Werkel geht und er gut dabei fährt. Im ersten Monat seines Dienstantrittes hat er gleich 31 Nächte für Diäten herausgespekuliert, alles der Uebernahme zuliebe, welche zirka zwei Monate gedauert hat. Andere seiner Vorgänger haben in 14 Tagen alles übernommen, bei ihm ist bis jetzt noch nicht alles, wie er selbst sagt, gut übernommen. An Kohle hat ihm Herr Mayer ein Defizit übergeben, und zwar haben 1200 Tonnen gefehlt, trotzdem das Lokomotivpersonal unter der Wirtschaft des Herrn Mayer nicht einen einzigen Korb Kohle abgerechnet erhielt und obwohl die Prämien kaum 20 bis 25 Prozent erreicht haben. Nun hat aber Inspektor Z u c k e r in vier Monaten seiner Dienstleistung bereits die 1200 Tonnen gedeckt und noch dazu zirka 100 Tonnen erpart. Wieso, ist ein Rätsel und Geschäftsgeheimnis. Sein erstes Sinnen und Trachten war die Reduzierung des Standes der Kohlenarbeiter, ungeachtet des sich steigenden Verkehrs und ungeachtet des Umstandes, daß nach dem neuen Turnus die Krakauer Lokomotiven und das Krakauer Personal bis Dziedich verkehren und jede dieser Lokomotiven in Dziedich drei bis vier Tonnen Kohle zunehmen muß. Daß nun das Dziedicher Lokomotivpersonal bei dem niederen Stand der Kohlen-lader vier bis fünf Stunden auf Kohle warten muß, hat den Herrn Inspektor Z u c k e r nicht geniert. Da die freie Zeit in den Turnussen zwölf Stunden dauert, so sind den Führern nur sechs bis sieben Stunden geblieben und sie müssen laut Turnus wieder ihre Tour antreten. Wenn darüber Beschwerde geführt werden, erklärt der Herr Inspektor, er könne nichts machen, daß sei von der Direc-

tion aus so eingerichtet. Eine weitere Reduzierung des Standes an Schloßern bewirkte, daß die Reparaturen nur so zusammengezurrt werden und daß das meiste überhaupt nicht gemacht wird. Die Lokomotiven sind demnach in dem denkbar schlechtesten Zustand. In der strengen Kälte haben viele stehen müssen, das Personal hat sich tatsächlich geopfert und übermäßigen Dienst bis zu 30 Stunden geleistet und dafür Prämien erhalten, die unter jeder Kritik stehen. Um den Dienst zu erleichtern, hat Herr Z u c k e r nur immer reduziert. Die Prämien, die im vorigen Monat per Dezember 1911 ausbezahlt wurden, waren sehr schundig. Von 9 Kr. bis zirka 25 Kr. die höchste. Von den Prämien per Jänner 1912, die im März zur Auszahlung gelangten, ist die höchste 9 Kr. und die schlechteste bei einer Leistung von 2200 Kilometern Kr. 1.04. Ist es menschlich, das Personal derart auszunützen und dabei hungern lassen? Andere Heizhausleitungen weisen an Prämien allein in den meisten Fällen ungefähr 80 Kr. auf, nur in Dziedich ist es unter dem Regime eines nimmerfertigen Egoisten möglich, die Verhältnisse auf ein derartiges Niveau herabzubringen. Das Augenmerk dieses Herrn Heizhausleiters ist nicht auf das Wirtschaftliche, sondern auf die Lantien und Diäten gerichtet. Die ganze Zeit gibt es keine Bremsklöße, keine Ringe zum dichten der Schläuche, noch sonst ein Material für die Schloßer. Die Lokomotiven gehen in einem Zustand ein und aus, daß es wirklich eine Schande ist. Wenn aber einem Führer etwas passiert, so wird er gestraft, wie jüngst erst ein Führer 2 Kr. Strafe bekam, weil es ihm unterwegs die Dichtung vom Zylinderdeckel herausgeblafen hat. Als derselbe dagegen protestierte, meinte Herr Z u c k e r, der Führer muß gestraft werden, auf die Heizhausleitung darf keine Schuld fallen. Auch die schlechtesten Kohlenorten hat er eingeführt, wie zum Beispiel die Silesia und Sierja; sie entsprechen nicht. Es wird viel verbraucht und trotzdem haben die Führer unter Dampf-mangel zu leiden. Fast jeder kommt mit leerem Tender an und es waren schon Fälle da, daß Züge wegen Kohlen-mangel am Tender verspätet wurden, da das Zufassen von Kohle in den Endstationen verboten ist. Die Silesia-kohle hat Herr Z u c k e r in Krakau nicht angenommen, weil selbe zu schlecht war und seit er in Dziedich ist, hat er solche wieder eingeführt. Die meisten Anstände waren auch immer auf diese minderwertige Kohle zurückzuführen. Bei so einer Mißwirtschaft geht alles zugrunde; da wird nicht geschaut und nicht berechnet, was für enormer Schaden angerichtet wird. Durch diese Schlamereien müssen Tausende von Kronen mehr ausgegeben werden, weil Reparaturen vernachlässigt wurden. Es geht aber so nicht mehr weiter, die Erbitterung unter dem Lokomotivpersonal ist bei diesen Zuständen auf das höchste gestiegen; was weiter geschieht, hat Herr Israel Z u c k e r selbst zu verantworten. Wenn die Staatsbahndirektion solche Zustände weiter duldet, wird man sich mit diesen Zuständen noch eingehender beschäftigen müssen.

Es sei auch noch erwähnt, daß dem Verhalten der Maschinenmeister zu dieser Mißwirtschaft ein anderes Kapitel gewidmet wird. Die Sucht nach Lantien verhält auch diese Leute dazu, ihre ehemaligen Kollegen zu drücken und herunterzuziehen.

Aus der Epizelbergangenheit eines Nordbahnbeamten.

Das Jubiläum des 20jährigen Bestandes der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation macht die Erinnerung an die erste Zeit der Organisationsstätigkeit unter den Eisenbahnern, die Zeit der Maßregelungen und der Bespiegelung des Personals wach, und das Bewußtsein, diese Zustände fast überall auf den österreichischen Eisenbahnen überwunden zu haben, schafft uns große Genug-tuung. Den älteren Arbeitern der Floridsdorfer Werkstätte wird bei dem Rückblick auf die Zeit ihres ersten Zusammenstehens zu einer Organisation, dem damaligen Fachverein sämtlicher Werkstätten- und Heizhausarbeiter der Nordbahnbetriebe, auch die seinerzeitige Epizelstätigkeit eines Mannes, namens Lorenz, in Erinnerung kommen, welcher Mann der Judasrolle, die er unter seinen Kollegen spielte, seine ganz außergewöhnliche und ganz unberechtigte Karriere, vom Werkstättenvorarbeiter zum Nebenbenten, zu danken hat. Es wird auch den jüngeren Genossen zum Nutzen gereichen und es wird deren Interesse erwecken, zu erfahren, unter welchen Umständen ihre Vorgänger in der Organisation die Grundlagen für deren erprießliche Tätigkeit schufen, und da uns schon seit längerer Zeit der Wortlaut des Aftenmaterialies über den Fall der Entlassung des Nordbahnwerkstättenarbeiters Weberis im Jahre 1893 bekannt ist, in welchem Falle Lorenz eine hervorragende Epizel-rolle spielte, sei einiges aus diesem Akte reproduziert. Bei unserem Jubiläum darf der Epizel nicht vergessen werden, die sich vom Anbeginn der Errichtung unserer Organisation so sehr um die Auskundschaft der Tätigkeit derselben bemühten.

Weberis, der bedauerlicherweise später als Staatsbediensteter seine in der sozialdemokratischen Organisation erworbenen Kenntnisse zur Agitation für den christlichsozialen Verkehrsbund ausnützte, war im Jahre 1893 Arbeiter der Nordbahnwerkstätte Floridsdorf und als solcher Obmann des Fachvereines der Werkstättenarbeiter der Nordbahn. Ueber seine Entlassung und die Kündigung von weiteren neun Arbeitern sowie über die mit dieser Entlassung im Zusammenhang stehende Bewegung der Werkstättenarbeiter von Floridsdorf berichtete die Werkstättenleitung wie folgt an die Nordbahndirektion:

A. I. privilegierte Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Der in der Wagenwerkstätte in Floridsdorf in Verwendung gestandene Arbeiter Weberis, ein Führer der Arbeiter, hat zuerst am 20. November 1893 in einer Versammlung in Brerau für die bekannten Forderungen der Arbeiter (Lohnerhöhung, Achtstundentag, Wahlrecht) Propaganda gemacht und sich dabei auch speziell gegen den Leiter der Wagenwerkstätte in Floridsdorf ausgesprochen, jedoch in maßvoller Weise. In einer zweiten Versammlung am 17. Dezember hat Weberis den genannten Werkstättenleiter heftiger angegriffen und die Arbeiter gegen ihn haranguiert.

Infolgedessen mußte Heberich am 19. Dezember 1893 entlassen werden. In einer darnach abgehaltenen neuerlichen Versammlung am 28. Dezember hat Heberich seine Entlassung zum Gegenstand einer Besprechung gemacht und sich dabei in maßloser Weise gegen den Werkstättenleiter ausgesprochen. Die versammelten Arbeiter beschließen eine Resolution an die Direktion der k. k. N. B., in welcher gegen Verfürgung der staatsbürgerlichen Rechte Protest erhoben wird, welche durch die Entlassung des Heberich eingetreten sein soll. Die Resolution ist von vier der Nordbahn nicht angehörenden Arbeitern unterschrieben.

In diese Zeit der Aufregung der Arbeiter und deren Unmöslichkeit gegen den Werkstättenleiter fällt die von ihm am 8. Jänner vollzogene Kündigung von neun Arbeitern wegen Mangels an genügender Beschäftigung; darunter mehrere, welche von der Werkstättenleitung als an der Arbeiterbewegung stark beteiligt gehalten worden sind. Einer von diesen gekündigten Arbeitern, Wagner, stellt den Werkstättenleiter bei seinem Inspektionsgange am 4. Jänner l. J. wegen der Entlassung zur Rede, und wird vom Werkstättenleiter angewiesen, seine etwaige Beschwerde nicht im Arbeitsraume, sondern in der Kanzlei vorzubringen. Darauf schlägt der Arbeiter den Werkstättenleiter ins Gesicht und wird mit Mühe von einem Beamten vor weiteren Tätlichkeiten abgehalten. Der genannte Arbeiter wird der Polizei zur strafgerichtlichen Amtshandlung übergeben.

Der Werkstättenleiter ist infolge des Schläges und der großen Aufregung gegenwärtig krank. Unmittelbar darnach, und zwar am nächsten Arbeitstage, das ist am 9. Jänner, wird in den Räumen der Wagenwerkstätte eine Kundmachung des Herrn Generaldirektors affiziert, in welcher die Arbeiter zur Achtung der Gesetze und der Werkstättenordnung ermahnt werden und ihnen eine weitere Ausschreitung unter Androhung strenger Ahndung untersagt wird.

Die vom Werkstättenleiter noch vorher getroffenen Maßnahmen über die verkürzte Arbeitszeit zc. wurden aufrecht gehalten.

Am 14. Februar soll im Freihaus eine neuerliche allgemeine Arbeiterversammlung stattfinden, in welcher die Vorfälle in der Nordbahnwerkstätte zur Sprache kommen sollen. Am 8. Februar ist unter der Adresse „Direktion Nordbahn“ ein Brief mit der Zeichnung eines Lotentopfes und Namen Felix Reifer eingelaufen, welcher der Polizei übergeben wurde.

Dieser bahnamtliche Bericht hat betreffs der Tätigkeit des Heberich als Versammlungsredner die Aufzeichnungen zur Grundlage, die der damalige Vorarbeiter Lorenz, der die Versammlungen der Arbeiter beaufsichtigte, machte. Es liegen auch Relationen der Aufsichtsbehörde über die beiden Versammlungen vor, die sich sehr günstig gegen die Berichte des Spizels abheben und sich nur mit dem hauptsächlichsten Inhalt der Versammlungsreden, mit dem Aussprechen der Arbeiter an einem Tage der Woche, deren niedrigen Entlohnung, den unhygienischen Zuständen in den Werkstätten, der Feier des 1. Mai u. s. w. beschäftigen. Lorenz, der Judas unter seinen Kollegen, mußte, wie er seinem Herrn, dem Oberinspektor Reifer besser dienen könne. Er denunzierte diesem auch, daß Heberich ihm, dem Werkstättenvorstand, Unkorrektheiten zum Vorwurf mache. Wir zitieren nachfolgend einige Stellen aus dem authentischen Wortlaut der Berichte des Lorenz:

Es ist bei dem ganzen über den Herrn Oberinspektor hagelnd geschimpft worden, bis der Redner sich zu dem Schmachwort hat hinreihen lassen, daß der Herr Oberinspektor ein erbärmlicher Kerl ist, daß er viele Existenzen und Familien zerstört hat, daß er den Tischler S a i n g l, welcher das Anglud gehabt hat, längere Zeit krank zu sein, von 14 fl. auf fl. 8-40 gesetzt hat und somit seinen Tod verschuldet.

Dann ist der Redner auf das Thema gekommen, um was alles der Herr Oberinspektor die Gesellschaft betrogen hat: daß die Tischler in seiner Wohnung 8 bis 14 Tage politieren und von der Sattlerei die Möbel gebürstet und gereinigt werden müssen, daß Fensterstapeln aus der Werkstätte in seine Wohnung kommen, daß für das Badezimmer eine Schnurhose in der Tischlerei gemacht worden ist, und wenn man bei seiner Wohnung vorübergeht, bemerkt man einen großen Rahmen, der ebenfalls in unserer Tischlerei ausgefertigt worden ist. Dann kommen sämtliche Teppiche hinaus zum klopfen und reinigen. Einmal waren wir gerade beim Ausklopfen eines großen Salontepichs, als der Reifer auf die Woge kam und uns zugeschaut hat. Anstatt aber zu fragen: Was macht ihr da, das gehört nicht zu einem Wagen, hat er eine andere Richtung eingeschlagen. Einmal wieder wurde das Tor aufgemacht und hinein wurden große Kisten geschafft. Ich war neugierig, was da eigentlich geben wird, und was war der Inhalt? Reifers und seiner Gnädigen Kleider. Ja, da ist gebürstet und gepußt worden, ja sogar Regenjacken sind repariert worden. Es sind verschiedene Stoffe (namentlich genannt) in seine Wohnung geschickt worden.

So ausgiebig wußte der Spizel Lorenz seinen Werkstättenleiter mit Denunziationen zu bedienen. Um sich diesem recht zu verpflichten und um diesem recht die Schwierigkeiten seines Spizelamtes darzustellen, fügte er seinen Berichten auch eine Schilderung der Ausübung seines unfauberen Amtes bei. Er schildert das Martyrium eines erkannten Spizels, der dreist und unempfindlich ist für die ihm von seinen Kollegen zuteil werdende Verachtung:

Meine Erlebnisse.

Um in der Versammlung einen Platz zu bekommen, bin ich mit dem Brünner Zuge 630 gefahren, habe in der fünften Reihe Platz genommen und wartete stille der Dinge, die kommen sollten. Sobald der Regierungsvertreter um 7 Uhr 45 Minuten erschienen ist, nahm ich Papier und Blei zur Hand und notierte mir bei der ersten Rede die brilliantesten Punkte. Indem ich aber schon früher erkannt worden bin, wurden mir langsam Worte zugesendet, die in meinen Ohren keine himmlische Musik verursachen, wie Judentocht, Reifer sein Spizel, elender Hund, Schuft, infame Kreatur, Weste in menschlicher Gestalt und viele andere ähnliche Liebesworte.

Ich habe selbes nicht beachtet, sondern notierte weiter, bis mein Gesicht, Kopf und Nohz mit dem Biere angeschüttet wurde — gut. Auch habe ich keine Silbe gesagt. Nur auf eine Frage: Wie heißt denn der Hund eigentlich? habe ich mich nach dem Manne umgesehen, der mich mit dem Biere verschüttet wollte und habe gesagt: Wenn Sie mich meinen, so heiße ich Lorenz. Mir war so viel Aufmerksamkeit zuteil, daß jedes Mitglied eines Theaters sich dessen rühmen könnte. In einem Augenblick, wo der Melichar über die Tribüne ging, hörte ich Worte: Siehst du Hund, das ist auch dein Opfer. — Bei Melichars seiner Rede sind ähnliche Liebesworte hagelnd von allen Seiten mir auf mein armes Haupt geschleudert worden. In diesem Augenblick habe ich müssen aufstehen und mich durch die schon erwähnten Worte sowie meinen Blick wehren.

Daß mir noch bielmals auch vom schönen Geschlecht gesagt wurde: No, Spizel, warum schreibst denn nicht, warum notierst denn nicht? In dieser angenehmen Lage verweilte ich bis 9 Uhr 50 Minuten, wo ich unter Begleitung zweier Herren, die mich alles nannten, nur keinen braven Menschen, auf die Gasse kam und die Abschiedsworte mitgenommen habe: Du

Hund, du bist nicht wert, daß sich eine ehrlüche Arbeiterhand gegen dich erhebe, um dich zu zermalmen.

Ich ging auf die Station, wo ich zehn Minuten verweilte, um nachher beim ruhigen Wetter um 1/2 12 Uhr nach Hause zu kommen. Und warum das alles? — Gott helfe weiter!

Mit Schamlosigkeit, sich der Behandlung zu rühmen, die ihm von dieser Versammlung zuteil wurde, gebrauchte es also dem Lorenz keineswegs, wie wenig Ursache er auch zu dieser Prahlerei hatte. Wenn er zum Schluß seiner Schilderung fromm die Augen verdreht, zeigt dies, wie gut sich schurkische Denunziererei mit frömmelnder Scheinheiligkeit verträgt. Weitergeholfen wurde dem Lorenz allerdings, aber nicht etwa durch himmlischen Einfluß, da wohl auch der Himmel kein besonderes Wohlgefallen an Spizeln haben mag. Der Werkstättenchef ließ die Dienste seines Spizels nicht unbelohnt, und so wurde diesem der Weg freigemacht, auf Kosten der Existenzen seiner Kollegen emporzukommen.

Wir berichten eine alte Rechnung, wenn wir die Spizelvergangenheit des Lorenz vor der Vergessenheit bewahren. Allen diesen Leuten, die sich wie der Werkstättenvorstand Reifer der Organisation des Eisenbahnerpersonals entgegenstellten, ist für die Zeit ihres Lebens das Schandmal anhaften geblieben, nutzlos Arbeiterexistenzen verborgen zu haben. Den Lauf der Dinge zu hemmen, vermochte keiner der sich allmächtig dünkenden Gebieter der Eisenbahnwerkstätten!

Die Eisenbahner in der Bukowina.

Es war im Jahre 1902, in den Frühjahrsmonaten, als ein kleines Häuflein der Czernowitzer Eisenbahner das polnische Fachblatt, den „Kolejarz“, in die Hände bekam, in dem der Mahnruf „Eisenbahner von Galizien hinein in die Organisation“ zu lesen war. Die Bukowiner Eisenbahner waren damals der Staatsbahndirektion Stanislaw einverleibt. In Czernowitz hatten wir zu dieser Zeit die Uebergangsperiode vom k. k. Betriebsinspektorat zur k. k. Betriebsleitung, heißes damals noch nichtsagende Titulaturen, weil der Haupt- und Machtfaktor immer die Direktion Stanislaw gegeben war, durchzumachen.

Das Kronland Bukowina mit dem Konglomerat von vielen Nationen, damals einer Bevölkerungszahl von 750.195 und dem großer Prozentsatz von Analphabeten erschwerte natürlich auch bei den Eisenbahnern das Verständnis für die Organisation.

Die Zustände bei den Eisenbahnern waren für das Personal und die Arbeiterhaft despotische, keine festgesetzten Grenzen der Dienstzeit, die Ruhezeit bis zur Unmöglichkeit reduziert, schlechte Bezahlungen, die Humanitätsinstitutionen wie Provisionsfonds, Unfallversicherung, Krankenkasse, waren dem größten Teil der Eisenbahner gar nicht bekannt; es herrschte damals ein grenzenloses Straf-, Verfolgungs- und Protektionshysterie.

Das Wesen des „Kolejarz“ hatte aber doch seine Wirkung zurückgelassen, in kurzem wurde die Zahlstelle Czernowitz des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich ins Leben gerufen und einige Monate darauf zählte die Zahlstelle der Eisenbahner über 800 Mitglieder. Bald darauf begann, dank den Schifanen und Verfolgungen der Bahnbehörden, eine große Mitgliederfluktuation.

Die Kritik und der Ruf nach gerechten Zuständen in den Fachblättern der Eisenbahnerorganisation rittelten die Eisenbahner neuerdings auf, die Wahngewaltigen, welche anfangs über die Organisation der Eisenbahner spotteten, wurden stutzig und nahmen Stellung dagegen; es begann die Ära der politischen Verfolgungen. Die Vertrauensmänner wurden von Czernowitz in die Provinz veretzt, andere pensioniert, Geldstrafen für jede Kleinigkeit verhängt, in den Advancements wurden viele geschädigt mit der Andeutung: „Gehen Sie zur Organisation, diese wird Ihnen das Advancement geben.“ Natürlich, die Schifanen und Verletzungen der Vertrauensmänner hatten auch die entsprechende Wirkung; es entstanden verschiedene Zahlstellen. Die Eisenbahner mußten auch in der Bukowina lernen, was das bedeutet, für die Organisation tätig zu sein; im Herbst des Jahres 1902 wurden die Mitgliedsbücher der Zahlstelle Czernowitz durch die politische Behörde konfisziert, was war in der Zeit des Eisenbahnministers Wittel und des Betriebsleiters Dr. Viktor Snibey in Czernowitz. Es begann eine regelrechte Verfolgung. In Gegenwart der Vorstände mußte mancher Eisenbahner sein Mitgliedsbuch zerreißen oder verbrennen und die Erklärung abgeben, daß er ein für allemal der Organisation den Rücken kehren und fernbleiben werde. Es half jedoch nichts, die Idee der Organisation hat dadurch erst recht bei den Eisenbahnern in der Bukowina festen Boden bekommen. Am 22. Februar 1903 fand die konstituierende Versammlung der Ortsgruppe Czernowitz statt; seitdem geht es immer vorwärts. Viele Reformen haben die Eisenbahner mit Hilfe der Organisation auch in diesem rückständigen Land errungen.

Bis zum Jahre 1905 mußten die Eisenbahner im Klassen- und Kulturkampf vieles über sich ergehen lassen. Nach der Anerkennung der Eisenbahnerorganisation als wirkliche Vertreterin des Personals durch das Eisenbahnministerium (Oktober 1905) mußten auch die Bahnbehörden in der Bukowina zum größten Teil ihre Front gegen das Personal verziehen, auch die Bahnbeamten kamen damals langsam zur Einsicht, daß die bei den Eisenbahnen Beschäftigten die Macht nur dann besitzen können, wenn alle in einer mächtigen Organisation vereinigt sind.

Den Spizel, Denunzianten- und Judasdienst mußten daher an Stelle der Bahnbehörden andere übernehmen, und leider diesmal Eisenbahner selbst, von Streibern irregleitete Menschen. Im Jahre 1909, nachdem die christlichsozialen Verkehrsverbände in den westlichen Provinzen schon ausgespielt hatten, sind sie in die Bukowina gekommen, um ihr Prestige auf Kosten der schwer leidenden Eisenbahner zu heben. Die größten Verletzungen und Verleumdungen unter dem Personal begannen. Das Denunzierer der Mitglieder der zentralen Organisation wurde stils bei Lohnkämpfen oder bei Wahlen in die Humanitätsinstitutionen durch die christlichsozialen Verkehrsverbände geübt. Das war die liebste Waffe der Schmarogher an den Errungenchaften der organisierten, jene zu verlaunden, denen sie ihre halbwegs gesicherte Stellung zu verdanken hatten.

Im Jahre 1912 werden es zehn Jahre, seitdem in der Bukowina die internationale Eisenbahnerorganisation gegründet wurde. In diesem Augenblick sollen die nächsten Aufgaben berührt werden. Die Ortsgruppe Czernowitz, welche jetzt mehrere hundert Mitglieder zählt, hat noch vieles zu leisten. In der Bukowina sind beifällig beschäftigt: 1800 provisorische Arbeiter, 45 Offiziantinnen und Manipulantinnen, 354 Unterbeamten, 950 Diener und Aushilfsdiener, dazu kommen noch einige hundert Beamten. Die bürokratischen Zustände lassen noch sehr vieles zu wünschen übrig, um auf dem Gebiet der Sozialpolitik für das Personal etwas Nützliches zu leisten. Die Krankenversicherung ist eine ungenügende. Die Wahl der Verzte erfolgt nach bürokratischen Grundregeln. Statt die Unfallversicherung auszubauen, wird alles daran gelegt, um diese zu verschlimmern. Bei einer Betriebslänge von 581-3 Kilometern in der Bukowina wurden im Jahre 1910 ausbezahlt: Kr. 11.661-50 an Geilverfahrensrenten, 50 Kr. Beerdigungskosten, Kr. 718-37 an dauernden Witwenrenten und Kr. 1077-38 an dauernden Kinderrenten. Ferner an Unfallschädigungen im Jahre 1910, und zwar: Geilverfahrensrenten Kr. 30.456-95, Beerdigungskosten 100 Kr., dauernde Renten Kronen 106.024-81. Die vorangeführten Zahlen zeigen, wie viele Opfer jährlich im Eisenbahndienst in der Bukowina fallen.

Der 1. Mai ist der Feiertag der Arbeiter. An diesem Tage gedenken wir Eisenbahner des innigen Zusammenhanges der Eisenbahner mit der gesamten Arbeiterchaft. Wir rufen mit der Klassenbewußten Arbeiterchaft: Es lebe der Sozialismus, es lebe die internationale Organisation!

Protokoll*)

über die in der Zeit vom 15. bis 19. Dezember 1911 im k. k. Eisenbahnministerium (Departement 4) stattgefundenen Sitzungen des Arbeiterzentralausschusses für die Arbeiter der k. k. österreichischen Staatsbahnen.

(Fortsetzung.)

Ordnungsstrafen.

Die Beratung des § 9 leitet der Referent mit dem Hinweis auf die gleichlautenden Bestimmungen in der Dienstordnung für das definitive Personal ein und betont, daß für das Strafmaß im Interesse der Arbeiter und im Gegensatz zu den bestehenden Arbeitsordnungen eine oberste Grenze festgesetzt worden sei.

Mitglied R a c h a l beruft sich auf die Arbeitsordnung für die Werkstättenarbeiter der ehemaligen Staatseisenbahngesellschaft und spricht sich überhaupt gegen die Anwendung von Geldbußen bei Übertretungen gegen die Arbeitsordnung aus, da durch diese meist nicht der Arbeiter, sondern vielmehr dessen Familie empfindlich in Mitleidenschaft gezogen wird.

Oberinspektor B o s h a r d t begründet die Notwendigkeit der Geldstrafe als wirksames Disziplinarmittel, auf welches nicht verzichtet werden könne.

In der im Gegenstand geführten Debatte ergreifen die Delegierten B e d, S c h n e i d e r, S u m e r, F r e i s c h l a g und P r i e s n e r das Wort und erachten den Betrag von 10 Kr. als zu hoch bemessen; ebenso geben sie ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Geldbuße erst als äußerstes Mittel herangezogen werden möge.

Vertreter S e i d e r stellt nunmehr den Antrag, den Absatz 1 b des § 9 nachstehend abzuändern:

„Nach wiederholten fruchtlosen Ermahnungen und Rügen mit Geldbußen, welche im allgemeinen innerhalb des Zeitraumes eines Monats die Höhe eines halben Tagesverdienstes nicht übersteigen dürfen, in Fällen besonders strafbaren Verhaltens jedoch auch im höheren Ausmaß, und zwar bis zum Betrag von 5 Kr. auferlegt werden können.“

Dieser Antrag wird vom Arbeiter-Zentralausschuß angenommen.

W e s t w e r d e f ü h r u n g.

Bei dem Kapitel über die Beschwerdeführung (§ 10) wenden sich die Mitglieder R a c h a l, B e d und P r i e s n e r gegen die Verhängung einer Ordnungsstrafe bei angeblich unbegründeten und leichtfertigen Klagen, weil die Beurteilung des Begriffes „Mutwillen“ ganz dem Ermessen des Dienstvorstandes überlassen sei. Sie beantragen sowohl die gänzliche Streichung des Absatzes 4, als auch die Abänderung des Absatzes 5, dessen Bestimmungen nach Angabe des Vertreters S e i d e r in der Arbeitsordnung für die Werkstättenarbeiter der ehemaligen Kaiser Ferdinands-Nordbahn ebenfalls nicht enthalten sind.

Nach Annahme dieser Anträge von Seiten der Delegierten wäre sohin Absatz 4 zu streichen und hätte Absatz 5 zu lauten:

„Bei Kollektivbeschwerden darf deren mündliche Vorbringung oder persönliche Ueberreichung nur durch eine Abordnung von höchstens drei Personen erfolgen.“

K o n t u m a z.

Sichtlich der im § 12 vorgeschriebenen Vorschriften über die Behandlung der Arbeiter während der Kontumaz stellen die Mitglieder R a c h a l, B e d und F r e i s c h l a g den Antrag, den ganzen zuletzt bezogenen Lohn, beziehungsweise den vollen Grundlohn als Substitutionsbeitrag festzusetzen, damit der Arbeiter und dessen Familie durch den sie ohnehin schwer schädigenden Krankheitsfall nicht völlig dem Durst preisgegeben werden. Delegierter S u m e r erucht noch um die einheitliche Regelung dieser Frage für die Arbeiter aller Dienstzweige, worauf der Abänderungsantrag vom Arbeiter-Zentralausschuß angenommen wird, nach welchem § 12 zu lauten hätte:

„Arbeiter, welche wegen Auftretens von Infektionskrankheiten in ihrer Familie nach den bestehenden Vorschriften für den Sanitätsdienst kontumaziert werden, haben während der Kontumaz, längstens aber auf die Dauer von drei Monaten, auf einen Substitutionsbeitrag in der Höhe des ganzen zuletzt bezogenen Lohnes (hinsichtlich der Arbeiter: des vollen Grundlohnes) unter der Voraussetzung Anspruch, daß sie zur Zeit der Kontumaz, kürzere unverschuldete Unterbrechungen der Arbeit eingerechnet, mindestens ein Jahr in den Diensten der Staatseisenbahnverwaltung gestanden sind und nicht etwa während der Zeit der Kontumaz anderwärts in Arbeit treten.“

B e r e c h n u n g u n d A u s z a h l u n g d e r V e r d i e n s t b e i t r ä g e.

Bei der Beratung des § 14 über die Berechnung der Verdienstreträge kommt der Referent auf die in diesem Belangen im Arbeiter-Zentralausschuß bisher eingebrachten Anträge zurück und erklärt, daß diesen Wünschen nach Zulässigkeit Rechnung getragen worden sei, daß jedoch die Erfüllung so weitgehender Forderungen, wie beispielsweise die anderhalbtsache und zweifache Berechnung der Ueberstunden schon aus finanziellen Rücksichten nicht möglich sei; immerhin sollen nunmehr an Stelle der bisherigen Entlohnung der Ueber-

*) Siehe Nr. 8 „Der Eisenbahner“.

Stunden derartige Leistungen mit dem 1/2fachen Ausmaß des für jede Arbeitsstunde entfallenden Taglohnes in Anrechnung gebracht werden, welches Ausmaß einer 20prozentigen Ueberstundenentlohnung entspricht.

Den Ausführungen des Referenten stellt Mitglied N z e h a l die Tatsache gegenüber, daß die Werkstättenarbeiter der St.-E.-B. schon seit einer Reihe von Jahren die anderthalbfache Ueberstundenvergütung besitzen und spricht sich für eine einheitliche Durchführung der Ueberstundenentlohnung im anderthalbfachen, beziehungsweise zweifachen Ausmaß aus.

Im gleichen Sinne sprechen Delegierter W e d, welcher auf die bestehende Ueberstundenentlohnung der Nordwestbahnarbeiter aufmerksam macht, und die Delegierten T h u m f o r t und P r i e s n e r, die in dem Absatz 8 die analoge Nichtigstellung der 9/10 Arbeitsstunden in 9 Arbeitsstunden vornehmen.

Mitglied K u b i t s c h e l möchte im Absatz 4 auch die Bestimmung aufgenommen sehen, daß den Taglohnarbeitern, im Falle der Geburtstags Seiner Majestät des Kaisers auf einen Sonntag fällt, der volle Taglohn, beziehungsweise den Affordarbeitern der Durchschnittsberdienst ausbezahlt werde.

Dieser Abänderung wird von den Delegierten alleis zugestimmt und hätte Absatz 4 nach den gestellten Anträgen nunmehr zu lauten:

Für den Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers wird, auch wenn derselbe auf einen Sonntag fällt, den im Taglohn stehenden Bediensteten und Arbeitern, die weder beurlaubt noch im Krankenstand, beziehungsweise kontumaziert sind, der volle Taglohn, den Affordarbeitern unter denselben Voraussetzungen der durchschnittliche tägliche Verdienst ausbezahlt.

Nach Begutachtung der Absätze 5, 6 und 7 stellt Delegierter P r i e s n e r den formalen Antrag auf Streichung der Absätze 8, 9 und 10, an deren Stelle nachfolgende Bestimmungen einzufügen wären:

Arbeiten über die normale Arbeitszeit werden in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 abends als Ueberstundenarbeit anderthalbfach, Arbeiter an Sonn- und Feiertagen oder zur Nachtzeit (das ist von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) zweifach entlohnt.

Dieser Antrag wird vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen.

Bei Absatz 11 wird die Korrektur der „9/10“ in „9/11“ stündige Arbeitszeit beantragt, worauf die Mitglieder S u m e r und S c h n e i d e r die angeregte Abänderung des Absatzes 12 begründen, der nach ihrer Meinung in der gegenwärtigen Fassung eine Befähigung der Interessen der Arbeiterschaft bedeute; sie geben zu, daß die Beschaffenheit mancher Arbeiten im Eisenbahndienst einen Arbeitslohn auf die Minute oft nicht zulasse, daß hinwiederum eine Bestimmung, die eine unbezahlte tägliche Mehrleistung bis zu 30 Minuten vorsehe, die Arbeiter gänzlich der Billfür und Schikane der Aufsichtsborgane preisgäbe.

Die Mitglieder P r i e s n e r und S c h n e i d e r beschwerten sich über die Bestimmung, daß die Aufsichtsborgane die Bezahlung jeder angefangenen Stunde ohne Einschränkung, worauf der Referent repliziert, daß die Festsetzung einer bestimmten Zeitgrenze, unter welcher eine Vergütung der Bruchteile von Stunden nicht stattfindet, im beiderseitigen Interesse gelegen sei, daß jedoch die Verwaltung nicht in der Lage sei, für die Leistung einer oder mehrerer Minuten über die normale Arbeitszeit hinaus die volle Stundenentlohnung zu bezahlen; in diesem Sinne sprechen auch Oberinspektor B o s h a r d t, unter Bedachtnahme auf die bedingte Mitwirkung im Verkehre, und Inspektor M a l e c vom Standpunkte des von ihm vertretenen Dienstzweiges, und heben hervor, daß die Gewerkschaften von Ueberzeiten nicht bloß in der Hand der Aufsichtsborgane gelegen sei, sondern auch von den Arbeitern forciert werden könne.

Nach längerer Debatte, an der sich die Delegierten S c h n e i d e r, T h u m f o r t, N z e h a l, P r i e s n e r, P a l i s e, R e j e d l y, S t i c h a und S u m e r beteiligen, wird der Absatz 12 vom Arbeiter-Zentralauschuß in nachstehender Modifizierung angenommen:

Bruchteile von Stunden, welche 15 Minuten oder mehr als 15 Minuten betragen, sind in allen Fällen als volle Stunden zu verrechnen; dagegen findet eine Entlohnung von Bruchteilen von Stunden unter 15 Minuten nur dann statt, wenn an mindestens drei aufeinanderfolgenden Tagen Ueberzeiten von weniger als 15 Minuten geleistet worden sind.

Bei Punkt 13 bringt Delegierter W e d den Wunsch der Affordarbeiter vor, der auf die Gewährung wöchentlicher Abschlagszahlungen der Affordanten gerichtet ist. Der Antrag auf Ersetzung des Wortes „monatlich“ durch „wöchentlich“ findet die Zustimmung aller Delegierten; ebenso wird die vom Mitglied P r i e s n e r angeregte Streichung des Wortes „nur“ im Absatz 15 von den Delegierten angenommen.

Mit der Fassung des folgenden Absatzes können sich die Delegierten N z e h a l und P r i e s n e r nicht einverstanden erklären und stellen das Verlangen, daß derartige Veränderungen in der Entlohnungsart nur mit Zustimmung der beteiligten Arbeiter vorgenommen werden dürfen.

Baurat S a t s c h a c h und Inspektor M a l e c können vom Standpunkte der von ihnen vertretenen Dienstzweige einer solchen Abänderung keinesfalls zustimmen, weil dadurch die für den Dienst unerlässliche Freiheit der Disposition eines Vorstandes völlig unterbunden werden würde.

Schließlich stimmen die Delegierten für die Fassung des Absatzes 16 in nachstehender Weise:

Der Vorstand der Materialmagazinsleitung ist berechtigt, den Taglohnarbeitern - im Einvernehmen mit den Arbeitern - Arbeiten im Afford (Stücklohn) zu übertragen, sowie auch andererseits Affordarbeiter im Taglohn zu verwenden.

Hierauf führt der Referent aus, daß zu den Absätzen 17 bis inklusive 21 des § 14, durch welche die Entlohnung der Arbeiter bei deren Verwendung außerhalb der Domizilstation geregelt wird, verschiedene Abänderungen seitens der Delegierten vorgeschlagen worden sind, so vor allem der Antrag auf Zuerkennung einer für jeden Ort besonders zu ermittelnden Uebernachtungsgebühr neben dem Zehrgeld. Er schildert die gegen diesen Antrag obwaltenden Schwierigkeiten, durch dessen Annahme das ganze diesbezügliche im Gebührenregulativ festgelegte System fallen müßte, da bisher eine Unterkunftsgebühr ausnahmslos nur dem Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal gewährt wird; aus demselben Grund müßte er auch den Antrag auf Herabsetzung der Stundenzahl von sechs auf fünf Stunden für die Mindestdauer der Abwesenheit von der Domizilstation ablehnen.

Oberinspektor K o r n und Oberinspektor B o s h a r d t heben hervor, daß die Zuerkennung einer für den ganzen Dienstbereich gleichmäßigen Unterkunftsgebühr für das Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal deshalb gerechtfertigt erscheint, weil diese Bediensteten zwar Fahrgebühren erhalten, nicht aber eines Zehrgeldes teilhaftig sind; ebenso spricht sich Oberingenieur W e n z e l gegen eine Generalisierung und Kumulierung der Unterkunftsgebühr mit dem Zehrgeld aus.

Oberinspektor B o s h a r d t veranschaulicht den Delegierten die praktische Undurchführbarkeit einer für jeden einzelnen Ort festzusetzenden Unterkunftsgebühr.

Mitglied P r i e s n e r trägt diesen Ausführungen Rechnung und beantragt demnach, die Unterkunftsgebühr für die Arbeiter in dem für das Fahrpersonal bestimmten Ausmaße festzusetzen, während Mitglied N z e h a l sich für die obligatorische Naturalbequartierung ausspricht.

Der Referent bemerkt hierzu, daß eine absolute Gewähr für die Naturalunterbringung nicht gegeben werden könne, worauf Mitglied N z e h a l seinen Antrag dahin modifiziert, daß die Naturalunterkunft nach Möglichkeit gewährt werden möge.

Mitglied S c h n e i d e r stellt den Vermittlungsantrag auf Zuerkennung einer Unterkunftsgebühr im Falle die Uebernachtung in einer Station erfolgt, in der keine Kasernen, beziehungsweise keine für die Arbeiter unentgeltlich zu benützenden, freien Schlafstellen sich befinden.

Mitglied F r e i s c h l a g möchte als Höhe der Unterkunftsgebühr den Betrag per 2 Kr. per Nacht für diejenigen Arbeiter bestimmen, deren Grundlohn weniger als 4 Kr. beträgt; ferner findet er es für geboten, im Absatz 17 an Stelle der Worte „sechs Stunden“ und „1/2fach“, die Worte „fünf Stunden“ und „2fach“ zu setzen.

Sodann stellt Mitglied P r i e s n e r im Namen sämtlicher Delegierten an das Eisenbahnministerium das Ersuchen, im Falle einer Neubearbeitung des Gebührenregulativs auf die für die Arbeiter bedeutungsvolle Regelung der Zehrgeldbezüge das größte Augenmerk zu richten.

Bei Besprechung des Absatzes 18 verliest Oberinspektor K o r n die diesbezügliche Bestimmung der Arbeitsordnung für Heizhäuser, worauf die Delegierten K u b i t s c h e l und P r i e s n e r in Nachsagung des § 7 der Arbeitsordnung für das in Heizhäusern beschäftigte Personal eine präzisere Fassung des Absatzes 18 in der Weise beantragen, daß die auf der Fahrt verbrachte Zeit unter allen Umständen als Arbeitszeit anzusehen sei.

Die Delegierten N z e h a l und P r i e s n e r begründen die Streichung des ganzen Satzes nach dem Worte „gerechnet“ im Absatz 21.

Nach längerer Beratung geben die Delegierten ihr Gutachten dahin ab, daß die Absätze 17, 18 und 21 nachfolgend abzuändern wären, während der Absatz 20 unverändert bleiben könnte:

Für jede Verwendung außerhalb der Domizilstation wird dem Taglohnarbeiter außer seinem Lohn eine besondere Entschädigung (Zehrgeld) sowie nach Möglichkeit Naturalunterkunft gewährt, und zwar:

a) in der Höhe eines ganzen Taglohnes für je 24 Stunden sowie für eine weniger als 24 Stunden dauernde dienstliche Abwesenheit von der Domizilstation, wenn dieselbe eine Nacht (das ist mindestens 6 Stunden zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr früh) währt.

Bei einer 24 Stunden übersteigenden Abwesenheit von der Domizilstation wäre für eine 24 Stunden oder ein Vielfaches von 24 Stunden überschreitende Restzahl von Stunden das Zehrgeld nach den in den Punkten b und c festgesetzten Grundätzen zu berechnen;

b) in der Höhe eines halben Taglohnes für eine auswärtige Verwendung, bei welcher die Abwesenheit von der Domizilstation weniger als 24 Stunden oder keine Nacht, jedoch mindestens 5 Stunden dauert, für welche Zeitdauer die Nachstunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh als zweifache Zeit zu rechnen sind; ferner: auch bei geringerer Dauer als 5 Stunden, wenn die auswärtige Verwendung die Mittagspause in sich schließt;

c) in der Hälfte des für die Dauer der Abwesenheit von der Domizilstation entfallenden Teiles des Taglohnes, wenn die Verwendung weniger als 5 Tages- oder 2 1/2 Nachstunden beträgt und die auswärtige Verwendung nicht in sich schließt, wobei für die Stunde der Abwesenheit von der Domizilstation ein Neuntel des Taglohnes verrechnet wird.

Abatz 18: „Die auf der Fahrt verbrachte Zeit wird in allen Fällen als Arbeitszeit betrachtet. Eventuelle Ruhepausen im Exponierquartier werden hinsichtlich des Taglohnes nur innerhalb der normalen Arbeitsstunden als Arbeitszeit gerechnet.“

Abatz 21: „Bei Verwendung von Affordarbeitern außerhalb der Domizilstation wird das Zehrgeld nach dem Durchschnittslohn der bezüglichen Arbeiterkategorie berechnet.“

Im Absatz 22 vermissen die Delegierten P r i e s n e r, T h u m f o r t und S c h n e i d e r die Berücksichtigung ihres langjährigen Wunsches nach Verwendung von Lohnzetteln bei der monatlichen Hauptauszahlung der Arbeitslöhne, und richten an das Eisenbahnministerium die Aufforderung, behufs leichterer und rascherer Abwicklung des Auszahlungsverfahrens, Lohnzettel allgemein einzuführen.

Der Referent gibt bekannt, daß der Angelegenheit der Auszahlung mit Lohnzetteln ein besonderes Augenmerk zugewendet wird; daß jedoch im gegenwärtigen Zeitpunkt dieselbe noch nicht spruchreif sei. Sowohl in arbeitsrechtlicher Hinsicht als auch aus finanziellen Rücksichten begegne die Lösung dieser Frage großen Schwierigkeiten; es werden jedoch bereits seit geraumer Zeit bei den Auszahlungen in den Werkstätten praktische Versuche mit Lohnzetteln vorgenommen, von deren Ergebnis die allgemeine Einführung der Lohnzetteln abhängig sein wird.

Delegierter T h u m f o r t verweist auf die guten Erfahrungen bei den Auszahlungen mit Lohnzetteln in der Werkstätte Anstaltfeld, welche ohne jegliche Personalvermehrung stattfindet.

Sodann wird der formale Antrag gestellt, den Absatz 22 wie folgt zu formulieren:

„Die Auszahlung der fälligen Arbeitslöhne findet monatlich im nachhinein mit Ausfolgung von Lohnzetteln statt, und erfolgt die Hauptauszahlung der Arbeitslöhne am ersten des dem Verrechnungsschluß folgenden Monats Montagsauszahlungen bis zur beiläufigen Höhe des ins Verdienste gebrachten Lohnes werden nach Wunsch der Arbeiter wöchentlich geleistet.“

Dieser Abänderungsantrag sowie die Absätze 23, 24, 25, 26 des § 14 und auch § 15 werden in ihrer ursprünglichen Form sodann von den Delegierten angenommen.

Kündigung.

Bei dem die Kündigung behandelnden § 16 wird nach kurzer Begründung seitens des Delegierten K u b i t s c h e l die gänzliche Streichung des Absatzes 3 vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen.

Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Bei Besprechung des § 17 demängelt Vertreter S e i d e r die Kleinliche Aufzählung der vielen Fälle, in denen der Verwaltung das Recht zusteht, die Arbeiter ohne Kündigung zu entlassen, und führt aus, daß die Verwaltung viel zu sehr die Interessen der Arbeiterschaft gefährdende Machtbefugnisse sich vorbehalten habe; im besonderen wendet er sich gegen die sofortige Entlassung bei einmaligen unbefugten Verlassen der Arbeit oder unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit, und verlangt die Anwendung dieses außerordentlichen Mittels erst bei wiederholten derartigen Vorkommnissen; ebenso bezeichnet er die gegen die Agitation gerichteten Bestimmungen für unzulässig, da einerseits bereits an anderer Stelle (§ 7 der Arbeitsordnung) den Arbeitern diesbezügliche Vorschriften gemacht worden seien und andererseits die politische Betätigung ein gewährleistet Recht jedes Arbeiters sei.

Hierauf erwidert der Referent, daß dieselben ausführlichen Bestimmungen auch in der Dienstordnung enthalten sind und daß den Arbeitern in diesen Belangen nicht mehr Rechte eingeräumt werden können als den definitiven Bediensteten.

Delegierter W e d möchte die Streichung der Worte „oder deren Angehörige“ im Absatz g, da durch die Arbeitsordnung nur Bestimmungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und dessen Organen einerseits und den Arbeitern andererseits, nicht aber auch hinsichtlich der Familienangehörigen festgelegt werden sollen.

Die Delegierten W e d und N z e h a l stellen nun die formalen Anträge auf Abänderung der Punkte e, f und g

des § 17, die vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen werden. Die Absätze hätten demnach zu lauten:

e) die ihm nach dem Arbeitsvertrag obliegende Arbeit wiederholt unbefugt verläßt hat oder ohne gerechtfertigte Entschuldigung wiederholt zu dieser Arbeit nicht erschienen ist, die ihm durch die Arbeitsordnung oder andere Vorschriften auferlegten Pflichten trotz wiederholter Ermahnungen verlehrt oder vernachlässigt;

f) die übrigen Arbeiter oder Angestellten zum Ungehorsam im Dienste, zum unordentlichen Lebenswandel oder zu unzüchtlichen oder gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten sucht; g) sich eine grobe Ehrenbeleidigung, Körperverletzung, gefährliche Drohung oder eine Verletzung der Sittlichkeit gegen die Vorgesetzten oder gegen die übrigen Arbeiter zuschulden kommen läßt.

Im Einklang mit der zu Punkt g des § 17 intendierten Abänderung wird ebenfalls die Streichung der Worte „oder dessen Angehörige“ im § 18 von den Delegierten empfohlen, wobei der Referent es nicht unterläßt, die Delegierten aufmerksam zu machen, daß diese Vorschrift im Gesetz vom 28. Juli 1902 (betreffend die Arbeitsordnungen für Regiebauten und Hilfsanstalten der Eisenbahnen) entnommen sind und lediglich zum Schutze der Arbeiterschaft dienen sollen.

Trotzdem wird der Antrag auf Streichung dieser Worte aufrecht erhalten und vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen.

Zeugnis.

Nach unveränderter Annahme des § 19 erfolgt die Beratung des § 20, zu dessen Absatz 2 eine Aenderung beantragt wird, wonach die bei Ausstellung eines Zeugnisses auflaufenden Kosten nicht vom Arbeiter, sondern vom Betrieb zu bestreiten wären.

Gegen diesen Antrag nimmt der Referent Stellung und teilt mit, daß die Uebernahme der Stempelgebühr seitens der Staatseisenbahnverwaltung, da der Staat zugleich der entscheidende Arbeitgeber und Empfänger wäre, einer Aufhebung der Stempelpflicht gleichkäme, und daß eine Aenderung der allgemeinen Gebührennormen mit der Erstellung der Arbeitsordnungen nicht verquitt werden könne.

Der Antrag auf Ersetzung des Wortes „Arbeiter“ durch das Wort „Betrieb“ im Absatz 2 des § 20 wird vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen.

Schlußbestimmung.

Zu den Schlußbestimmungen der Arbeitsordnung im § 21 ergreifen die Mitglieder S u m e r, F r e i s c h l a g, K u b i t s c h e l und P r i e s n e r das Wort, und ersuchen um die Ersetzung der Vorbehaltfrist von 24 Stunden auf eine Woche, welcher sämtliche Delegierte zustimmen (siehe Protokoll bei Beratung dieser Materie im Stationsdienst).

Nach Verlesung der jeder Arbeitsordnung angefügten Sicherheitsvorschriften für das Bahnpersonal erscheint die Beratung der Arbeitsordnung für das in Materialmagazinen beschäftigte Personal beendet.

Arbeitsordnung

für das im Bau- und Bahnerhaltungsdienst beschäftigte Personal.

Sodann wird zur Begutachtung der Arbeitsordnungen für die im Bau- und Bahnerhaltungsdienst und für die im Stations- und Fahrdienst beschäftigten Arbeiter geschritten.

Ehe in die Beratung der einzelnen Bestimmungen der beiden letztgedachten Arbeitsordnungen eingetreten wird, gibt der Arbeiter-Zentralauschuß an dieser Stelle die Erklärung ab, daß alle jene Abänderungsanträge, welche anlässlich der Beratung der Arbeitsordnung für die Materialmagazine zu Gutachten erhoben worden sind, insofern deren Anwendung nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird, auch für die Arbeitsordnungen des im Bau- und Bahnerhaltungs- und im Stations- und Fahrdienst beschäftigten Personals zu gelten hätten und daher von einer neuerlichen Stellungnahme zu den bezüglichen Bestimmungen abgesehen werden könne.

Personal.

Zu § 1, Absatz 1 B, erheben die Mitglieder F r e i s c h l a g, S u m e r und T h u m f o r t Einwendungen gegen die geplante Einteilung der Bahnerhaltungsarbeiter in 1. ständige, 2. nicht ständige Arbeiter, 3. Hilfsarbeiter, 4. jugendliche Arbeiter, indem sie befürchten, daß durch eine Unterteilung der Arbeiter die ständigen und nicht ständigen Arbeiter schwer geschädigt werden würden, da der Vorstand nunmehr trachten würde, möglichst Hilfsarbeiter als Arbeitskräfte zu verwenden. Durch eine derartige Institution würde nach Ansicht des Mitgliedes S c h n e i d e r jeder Arbeiter ungebührlich lange auf seinem Anfangslohn stehen bleiben und der Lohnrückstände nicht teilhaftig werden. Mit der Eliminierung der Hilfsarbeiter aus der Arbeitsordnung erklären sich auch die Mitglieder P a l i s e, S t i c h a, R e j e d l y und A b l i n g e r einverstanden. Die Unterteilung in Hilfsarbeiter bedeutet nach der Anschauung der Mitglieder S c h n e i d e r, T h u m f o r t und K u b i t s c h e l eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, weil die Arbeiter dadurch eine Stufe mehr bis zur endlichen Erreichung des Definitivums durchzumachen hätten.

Baurat S a t s c h a c h verweist auf die Notwendigkeit der Verwendung von Aushilfsarbeitern im Bau- und Bahnerhaltungsdienst, in welchem des öfteren eine größere Zahl von auswärtigen Arbeitskräften für verschiedene, kurzfristige, orngliche Arbeiten herangezogen werden müssen.

Der Referent sucht die Bedenken der Delegierten gegen die Aufnahme der Hilfsarbeiter in die Arbeitsordnung zu zerstreuen und ein Einvernehmen mit den Delegierten bahingehend zu erzielen, die Hilfsarbeiter aus dem § 1 der Arbeitsordnung zu eliminieren und gelegentlich der Schlußbestimmungen (§ 21) die Frage der Aushilfsarbeiter als Nachhang zu behandeln.

Sodann stellt Mitglied F r e i s c h l a g die formalen Anträge, die Hilfsarbeiter aus der im § 1, Absatz 1 B, getroffenen Einteilung zu entfernen, in weiterer Folge alle die Hilfsarbeiter betreffenden Bestimmungen aus der Arbeitsordnung zu streichen, und die Hilfsarbeiter mit dem Worte „Aushilfsarbeiter“ zu bezeichnen. Die Aushilfsarbeiter wären in den Schlußbestimmungen zur Arbeitsordnung zu definieren. Diese Vorschläge werden vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen.

In konsequenter Durchführung wären sodann im § 1 der Absatz 4 und im § 3 der Absatz 2 gänzlich zu streichen.

Aufnahme.

Zu § 4 beantragt Mitglied F r e i s c h l a g die gleichmäßige Behandlung der jugendlichen Arbeiter mit den ständigen und nicht ständigen Arbeitern und die Subsumierung derselben unter die Arbeitsordnungen. Dieser Antrag wird vom Arbeiter-Zentralauschuß angenommen.

Auf eine Anfrage des Mitgliedes T h u m f o r t wegen Veröffentlichung der Normierung der Arbeiter in den Amtsblättern, erteilt Baurat S a t s c h a c h die Antwort, daß die Normierung ein rein verwaltungstechnisches Mittel für die Präliminierung sei und wegen ihrer variablen Beschaffenheit nicht einmal für das definitive Personal zur Veröffentlichung gelangen könne.

Arbeitsstage, Arbeitszeit, Arbeitspausen, Sonn- und Feiertagsarbeit.

Die Begründung der in der Vorberatung beschlossenen Abänderungen zu den Bestimmungen des § 5 übernehmen die Mitglieder F r e i s c h l a g und S c h n e i d e r, indem sie

x 16. Kell

auf den schwierigen, allen Witterungsunbilden unterworfenen Dienst der Oberbauarbeiter hinweisen.

Durch Vergleichung der Arbeitszeiten der meisten ähnlichen Betriebe mit der im Bau- und Bahnerhaltungsdienst bestehenden Arbeitszeit, kommen sie zu dem Schlusse, daß die Bau- und Bahnerhaltungsarbeiter an ungünstigsten gestellt sind.

(Schluß folgt.)

Inland.

Der gemeinsame Vorausschlag.

Der Vorausschlag für den gemeinsamen Staatshaushalt per 1912 weist folgende Ziffern auf:

	1912	gegen Bewilligung 1911
K r o n e n		
Bruttoerfordernis	481,436,766	+ 23,532,902
Bedeckung	10,518,444	+ 1,199,383
Nettoerfordernis	470,923,322	+ 22,333,519
Verteilung auf die einzelnen Ressorts:		
Ministerium des Aeußern	16,209,484	+ 628,789
Kriegsministerium:		
Heer	372,380,521	+ 18,136,254
Marine	67,714,150	+ 3,551,740
Gemeinsames Finanzministerium	4,697,872	+ 20,286
Rechnungskontrolle	344,466	+ 3,190
Dazu die außerordentlichen Kredite:		
Ministerium des Aeußern	247,619	+ 50,000
Kriegsministerium:		
Heer	5,286,140	—
Marine	4,043,060	— 51,047
Zusammen	9,576,319	— 1,740

Von dem Gesamterfordernis von 561,923,322 Kr., gegen das Vorjahr eine Steigerung von 34,334,519 Kr., verschlingt also der Moloch Militarismus nicht weniger als 540,423,881 Kr. Neben diesen ordentlichen und außerordentlichen Erfordernissen spricht das gemeinsame Ministerium noch eine weitere Reihe von Krediten an. Diese sind die folgenden: Die außerordentlichen Seereserverfordernisse für die Kommandos, Truppen und Anstalten in Bosnien mit 12,68,246 Kr., das ist mit derselben Höhe wie im Vorjahre. Sodann die zweite Rate der bereits im vorigen Jahre eingeleiteten, außerordentlichen Erfordernisse zur Ausgestaltung des Heeres mit 19 Millionen Kronen. Die zweite Rate der planmäßig auf mehrere Jahre verteilten Beschaffungen zur Ausgestaltung der Flotte (vorwiegend für den Bau der Dreadnoughts) mit 67 Millionen Kronen. Sodann einen weiteren Betrag von 4 Millionen Kronen für die Anschaffung der Feldkanonen und einen Betrag von 1 Million Kronen für die Gasarbeiten in Pola. Endlich noch weitere kleine Kredite von ungefähr 1 Million Kronen.

Die Bedeckung der gemeinsamen Ausgaben hat in erster Linie aus den Zöllen zu erfolgen. Die Einnahmen des Zollgefälles werden nach Abzug des Regiepauschals und des an die bösnische Landesverwaltung zu entrichtenden Zollpauschals mit 183,466,719 Kr., das ist gegenüber dem Vorjahre um rund 11-77 Millionen Kronen höher veranschlagt. Die Zölle verteilen sich folgendermaßen: Eingänge bei den österreichischen Zollämtern 167-72, bei den ungarischen Zollämtern 23-28, bei den bösnischen Zollämtern 1-27 Millionen Kronen. Das gibt zusammen 192-27 Millionen Kronen. Hievon kommt in Abschlag das Regiepauschale mit 7-38 und das Zollpauschale für Bosnien mit 1-42 Millionen, so daß er erwählte reine Zollgefällesüberschuß mit 183-46 Millionen Kronen verbleibt.

Nach Abschlag dieser Zollgefällesüberschüsse resultiert das durch die Quoten zu bedeckende Gesamterfordernis mit 287,456,603 Kr. Davon entfällt quotenmäßig auf Oesterreich 63-6 Prozent oder 182-82 Millionen Kronen und auf Ungarn 36-6 Prozent oder 104-63 Millionen Kronen. Ebenso sind auch die außerordentlichen Erfordernisse für Bosnien und die Rüstungserfordernisse quotenmäßig zu teilen. Diese außerordentlichen Anforderungen summieren sich mit 104,874,896 Kr. Der quotenmäßige Anteil Oesterreichs berechnet sich mit 66-7 Millionen Kronen, der Anteil Ungarns mit 38-17 Millionen Kronen. Insgesamt beträgt also die Belastung unserer Reichskasse durch ordentliche und außerordentliche Erfordernisse für Ministerium des Aeußern, Heer, Flotte und gemeinsames Finanzministerium, soweit es nicht durch die Zolleinnahmen und eigenen Einnahmen der Seeresverwaltung gedeckt ist, 249-5 Millionen Kronen, die gesamte Belastung Ungarns 142-8 Millionen Kronen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Villach.

Bei der am 23. April in Villach stattgefundenen Reichsratswahl wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Riese Genosse Florian Gröger mit überwältigender Mehrheit gewählt. Gröger ist LandesparteiSekretär und Leiter der kärntnerischen Redaktion des Grazer „Arbeiterwillen“ in Klagenfurt. Der Sieg ist um so höher zu werten, als das Mandat von unierem verstorbenen Genossen Riese erst 1907 wie 1910 erst in der Stichwahl geholt worden war. Die nationalistische Hege überbot sich diesmal und bemühte sich besonders, die klerikalen Bauern für sich zu gewinnen. Man schilderte ihnen den sozialdemokratischen Kandidaten als Vorkämpfer der „glaubenslosen freien Schule“ — was deshalb schon sehr verheißend war, weil der deutsch-nationale Kandidat Professor v. Angerer seit Jahren selbst eifrig für die „Freie Schule“ tätig gewesen war. An dem glänzenden Wahlsieg haben die modernen Eisenbahner des großen Knotenpunktes Villach großen Anteil.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation.

Der Tätigkeitsbericht des Verbandes jugendlicher Arbeiter Oesterreichs an seinen Verbandstag ist ein imponantes Dokument kraftvollen begeisterten Vorwärtstrebens. Der Wiener Parteitag von 1907 hat den Parteigenossen in Erkenntnis der Bedeutung des nationalistischen und klerikalen Verbens um

die Arbeiterjugend, das mit der Einführung des gleichen Reichstagswahlrechtes einsetzte, zur Pflicht gemacht, die Jugendorganisation zu fördern. Und seitdem hat es der seit 1903 bestehende Verband von 59 auf 306 Ortsgruppen und Zahlstellen zu Ende 1911 gebracht, in denen 8558 Mitglieder vereinigt waren. 3796 davon waren Lehrlinge, 1797 Gehilfen, 2750 Hilfsarbeiter; 3284 waren im Alter von 14 bis 16 Jahren, 3092 in dem von 17 bis 18 Jahren, 1388 waren 19- bis 21jährig. Die Fluktuation ist allerdings noch groß. Die Finanzen des Verbandes balancierten 1911 mit über 34.500 Kr. Im Zentralsekretariat konnten endlich Anstellungen vorgenommen werden. Es sind dort die Genossen Eitanics und Jenschik tätig. Der internationale Jugendsekretär Genosse Dr. Robert Danneberg ist Sekretär der Zentralfstelle für die Bildungsarbeit der deutsch-österreichischen Partei, er redigiert mit dem Dichter Josef Luitpold Stern das Verbandsorgan, den „jugendlichen Arbeiter“, der immer noch nur als Monatschrift herauskommt.

Besonders stark sind die Jugendorganisationen in Deutschböhmen entwickelt, weil dort die nationalistischen Arbeiterfeinde und -zer splitterer mit ihren Auf- und Krawallvereinen, den Jungmannschaften, die Arbeiterbewegung auszuhöhlen und zu zermorchen trachten. Die Wahl n i e d e r l a g e n von 1911, die nicht zuletzt der Einfangung der neu herangewachsenen Wähler durch die Jungmannschaften zuzuschreiben sind, haben diese, von manchen deutschböhmi schen Kreisorganisationen längst früher gewonnene Erkenntnis mächtig verbreitet. Namentlich in Westböhmen, dem Karlsbad-Egerer Gebiet, steht die Jugendorganisation mächtig da, dort ist ein Genosse direkt für sie angestellt und dort fielen auch die Wahlen glänzend aus. Die deutschböhmi schen Einrichtungen werden darum auch überall zum Muster genommen.

Das Verbandsorgan „Der jugendliche Arbeiter“ druckt jetzt schon 16.000 Exemplare und hofft, es bald auf 20.000 regelmäßige Auflage zu bringen. Er gibt öfter Spezialnummern heraus, so über Luftschiffahrt, Eisenbahnen, Militarismus, Klerikalismus, Gewerkschaften, wie denn der Verband die Heranbildung seiner Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern stets für eine seiner Hauptaufgaben hielt. Dafür subventionierten ihn Partei und Gewerkschaft mit insgesamt 22.000 Kr. jährlich. Außer dem Kampf gegen den aus öffentlichen Geldern subventionierten Jugendfang der Deutschnationalen, Christlichsozialen und des Staates — für den 70.000 Kr. jährlich, Geheimerrasse und die Anstellung eines k. k. Jugendhortinspektors aufgewendet werden, der bereits die Stiftung von zwei Millionen nach preußischem Muster verlangt, führt der Verband namentlich in Wien den Kampf gegen schulbehördliche Verfolgungen und für die Reform der Gewerbeschulen, gegen den Abend- und Sonntagsunterricht und für die Errichtung von Staatswerkstätten zur Erziehung oder zunächst Verbesserung der Meisterlehre. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß das prachtvolle und entsprechend kostspielige neue Zentralfortbildungsschulgebäude in Wien den ganzen Tag leer steht, um erst am Abend den arbeitsmüden Lehrlingen die Tore zum Unterricht der erschöpften Nerven zu öffnen. Der Kampf um mehr Jugendschutz wird ebenfalls so wie im Deutschen Reiche geführt und selbstverständlich unterstützt ihn die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der Partei in jeder Weise. Die Bildungsarbeit ist sehr umfassend, in Nordböhmen sind jetzt schon Jugend- und seit langem Nektunenabschiedsfeiern üblich geworden. Wanderbibliotheken u. s. w. sind in fleißigem Gebrauch.

Im neuen Vereinsgesetzwurf wird ein Ausnahme paragra ph gegen die Arbeiterjugendbewegung geplant, auch wird schon jetzt den bürgerlichen Jugendorganisationen Schiefunterricht zur Anlockung der jungen Leute gestattet. Aber die Jugendorganisation arbeitet stramm weiter, im Bunde mit der gesamten modernen Arbeiterbewegung, in freundschaftlichem Zusammenhalt mit den nichtdeutschen Bruderorganisationen. Zu Pfingsten findet der Verbandstag in Bodenbach an der Elbe statt. Ihn wird auch die Frage der gemeinsamen Organisation der männlichen und weiblichen Arbeiterjugend beschäftigen.

Der Guldbregen

für die Müßiggänger geht um diese Jahreszeit, wo die Aktiengesellschaften ihre Generalversammlungen abhalten, jährlich in reichlichem Maße nieder. So hielt vor kurzem die Buschtiehrader Eisenbahn ihre Generalversammlung ab. Die Bilanz weist für die Linie A einen Reingewinn von 2,012,636 Kr., für die Linie B einen solchen von 4,522,772 Kr. aus. Es wurde beantragt, für die lit. A eine Dividende von 110 Kr., für lit B eine solche von 46 Kr. auszuzahlen. Der Antrag wurde selbstverständlich angenommen. — Die sich von der Arbeit anderer nähren können, haben, wie vorstehende Ziffern beweisen, keine Not zu leiden.

Christliche Bruderliebe.

Genosse Schumier erzählte vor einigen Tagen in einer Wiener Gemeindevorversammlung vom Bürgermeister Dr. Neumayer folgende beispiellose Schmutzerei:

Die Familie Kehrler hat im Jahre 1890 der Stadt Wien zu Handen des Bürgermeisters etwa 400.000 Kr. vermacht, deren Zinsen verarmten Wienern zugute kommen sollen, aber

Dr. Neumayer, der ein Millionär ist, unterstützt aus diesem Fonds seinen leiblichen Bruder!

Die Beteiligung aus der Stiftung ist nicht eine Leistung, auf die jemand ein Recht hat, sondern das Ermessen des Bürgermeisters ist entscheidend. Ich ging nun in das Rathaus zum Magistratsrat Schenk, der die Stiftungen zu verwalten hat und sagte: „Ich wünsche Einsicht in die Liste der Beteiligten aus der Kehrler-Stiftung.“ Darauf sagte der Beamte: „Ich bedauere sehr, Herr Gemeinderat! Ich kann das ohne Bewilligung meiner Vorgesetzten nicht tun!“ Ich erwiderte: „Sie brauchen nicht

verlegen zu werden, Sie verraten kein Geheimnis. Ich weiß, daß der Bruder des Dr. Neumayer auf der Liste steht!“ Darauf sagte er: „Um so mehr muß ich die Einwilligung haben, die Einsicht zu gestatten!“ Ich fragte nun: „Wer ist Ihr Vorgesetzter?“ und er antwortete: „Magistratsdirektor Appel und in letzter Instanz der Bürgermeister!“

Appel war nun nicht anwesend, er hatte auswärts zu tun, und wozu soll ich auf den Schnitdel warten, wenn ich zum Schmied gehen kann. Ich ging nun in das Bureau des Bürgermeisters und sagte dem kaiserlichen Rat Mayer: „Sagen Sie dem Bürgermeister, ich wünsche in die Liste der Beteiligten aus der Kehrler-Stiftung Einsicht zu nehmen!“

Es erschien nun der Bürgermeister. Vor dem Magistratsrat Formanek und dem kaiserlichen Rat Mayer sagte ich ihm: „Ich wünsche Einsicht in die Liste der Beteiligten aus der Kehrler-Stiftung!“ Tableau!

Neumayer: „Ich werde Ihnen einen Auszug machen lassen.“

Ich: „Ich muß das gleich haben!“

Neumayer: „Ich habe jetzt keine Zeit, ich habe etwas anderes zu tun!“ (Heiterkeit.)

Ich: „Sie brauchen nur dem Beamten zu sagen, er soll sie mir zeigen!“

Neumayer: „Ich werde es ihm schon sagen!“

Ich: „Wann bekomme ich die Liste?“

Neumayer: „Ich weiß es nicht!“

Ich: „Ich danke, Herr Bürgermeister. Ich weiß genug!“

Diese Aufdeckung hat in Wien großes Aufsehen gemacht. Dr. Neumayer wurde in einer Versammlung wegen der Rede Schumiers interpelliert und mußte zugeben, daß er tatsächlich seinen leiblichen Bruder aus der Stiftung unterstützt. Eine schöne Skorpion, an die man die Christlichsozialen noch oft erinnern wird.

Der Bilanzabschluß der Südbahn.

Die Südbahn veröffentlichte vor einigen Tagen die Schlüssziffern ihrer Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1911. Die Südbahn hat im Jahre 1911 Betriebseinnahmen von 153 Millionen Kronen erzielt und die Steigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt 6 Millionen Kronen oder mehr als 4 Prozent. Diese Zunahme entspringt ausschließlich einer Belebung des Verkehrs, da die Tarife in beiden Jahren die gleichen blieben. Von den Mehreinnahmen wurden 2-36 Millionen Kronen durch höhere Betriebsausgaben aufgezehrt. Allein die Bilanz wurde überdies durch eine rapide Steigerung der Leistung an Steuern und sozialen Ausgaben um insgesamt 2 1/2 Millionen Kronen empfindlich belastet. Allerdings waren dem Jahre 1910 nicht unerhebliche Ersparnisse und Rückzahlungen zugute gekommen, welche diesmal gefehlt haben. Demals hatte infolge von Rückrechnungen aus früherer Zeit das Erfordernis für die Unfallversicherung eine Abnahme um fast 900.000 Kr. erfahren, und überdies hatte die Südbahn eine bedeutende Steuerrückvergütung erhalten. Diesmal sind solche Zuflüsse nicht erzielt worden und so kommt es, daß die Wohlfahrtsauslagen und Realsteuern die Ziffer von 9-29 Millionen Kronen, die Erwerbsteuer samt Zuschlägen in beiden Staaten der Monarchie die Summe von 8-4 Millionen Kronen ausmachten. Insbesondere sind aber die Umlagen der Länder und Gemeinden in einer ganz exorbitanten Weise gewachsen. Der Prozentsatz der Umlagen erhöhte sich in Oesterreich während des verfloffenen Jahres von 109-5 auf 114-5 Prozent der Staatssteuern, wozu teilweise auch der Umstand beitrug, daß die Zuschläge in vielen Gemeinden differenziell abgestuft sind und manche Kommunen große Aufwahrungen und sonstige Ausgaben ausschließlich auf Rechnung der Zuschläge bei den größten Steuerträgern, den großen Aktiengesellschaften, vornehmen. Dieses Anwachsen der Umlagen bedeutet eine empfindliche Erhöhung der ohnehin äußerst drückenden Steuerlast. Die Südbahn zahlt seit vielen Jahren keine Dividenden, kann nicht einmal den Dienst ihrer Schulden voll leisten, schließt die Betriebsrechnung eines jeden Jahres mit einem mehr oder weniger bedeutenden Defizit ab, muß aber trotzdem weit über 9 Millionen Kronen an Steuern entrichten.

Die Betriebsausgaben sind um 2-4 Millionen Kronen gewachsen. Von dieser Steigerung entfallen zwei Drittel auf persönliche, der Rest auf sachliche Ausgaben. Bereits im Herbst des Jahres 1910 waren den Bediensteten der Südbahn Lohnaufbesserungen und Erhöhungen der Bezüge zugestanden worden, welche die Bilanz des Jahres 1910 nur mit etwa 300.000 Kr. belasteten, im Jahre 1911 aber voll zur Wirkung kamen. Im ganzen sind diese den Beamten und dem Personal damals bewilligten Aufbesserungen mit nahezu 2 Millionen Kronen zu taxieren. Ueberdies sieht sich die Südbahn genötigt, die neuerlichen Gehalts- und Lohnbesserungen, welche die Staatsbahnen ihren Angestellten mit dem heurigen Jahre eingeräumt haben, auch für ihre Linien zu übernehmen. Der finanzielle Effekt dieser neuerlichen Zugeständnisse wird für die Südbahn abermals mit fast 2 Millionen Kronen berechnet, steht aber in der endgültigen Ziffer noch nicht vollkommen fest. Ueber die Frage der Bedeckung wird in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Regierung entschieden werden; die hieraus erwachsende erhebliche Steigerung der Personalauslagen wird die Bilanz des Jahres 1912 belasten, da diese Maßnahmen mit 1. Jänner in Wirksamkeit gesetzt worden sind.

Ausland.

Die deutschen Staatsbahnen im Jahre 1910.

Der soeben erschienene Bericht über die Ergebnisse der reichsdeutschen Staatsbahnverwaltung weist folgende Hauptziffern auf:

Die Betriebsausgaben beliefen sich insgesamt auf 2068-3 (2012-5) Millionen Mark, oder auf 85,013 (84,602) Mk. per Kilometer Betriebslänge. Sie sind um 2-8 Prozent gestiegen, also um 4 Prozent weniger wie die Einnahmen. Dies kommt auch im Betriebskoeffizienten zum

Ausdruck, der 1909 noch 70-60 betrug und 1910 auf 67-96 zurückgegangen ist. Die persönlichen Ausgaben beziffern sich auf 1030-5 (998-7) Millionen Mark, das ist 17.490 (17.217) Mk. auf 1 Kilometer Betriebslänge; sie sind um 3-2 Prozent gestiegen. Die sachlichen Ausgaben betragen 1037-8 (1013-8) Millionen Mark oder 17.613 (17.477) Mk. per Kilometer. Ihre Zunahme ist mit 2-4 Prozent etwas geringer als die der persönlichen Ausgaben. Von den Gesamtausgaben entfallen 49-83 (49-63) Prozent auf die persönliche, 50-17 (50-37) Prozent auf die sachliche Seite; es hat also im Berichtsjahr eine kleine Verschiebung im Verhältnis der persönlichen zu den sachlichen Ausgaben zu Lasten des persönlichen Aufwands stattgefunden.

Die Betriebsüberschüsse betragen bei den vollspurigen Bahnen insgesamt 972-6 (835-7) Millionen Mark, oder in Prozenten der Einnahme 32-04 (29-4) Prozent. Die eingetretene Verbesserung des Verhältnisses zwischen Einnahme und Ausgabe zusammen mit der erheblichen Einnahmesteigerung brachte eine Steigerung der Verzinsung des Anlagekapitals von 5-09 Prozent in 1909 auf 5-74 Prozent in 1910.

Das bei sämtlichen deutschen vollspurigen Eisenbahnen beschäftigte Personal belief sich auf 700.371 Personen, das ist gegenüber dem Jahr 1909 ein Mehr von 9284, gegenüber 1908 von 1216 Personen (vom Jahre 1908 auf 1909 war eine Verminderung des Personals um 8068 Köpfe eingetreten). Die prozentuale Vermehrung von 1910 gegenüber 1909 beträgt 1-3 Prozent; sie ist erheblich geringer als die Einnahmesteigerung mit 6-8 Prozent und läßt die große Verringerung des Personals deutlich erkennen. Von dem Gesamtpersonal entfallen auf

	1910	1909
etatmäßige Beamte	260.753	259.597
Diätäre	21.030	21.977
Arbeiter	418.588	409.513
	700.371	691.087

Davon kommen auf

	etatm. Beamte	Diätäre	Arbeiter	Insgesamt
Preußen-Hessen	176.740	10.648	300.938	488.326
Bayern	31.285	65	53.301	84.651
Sachsen	16.151	893	28.422	45.466
Elb-Lothringen	11.559	2.375	17.875	31.809
Baden	8.086	3.791	15.854	27.681
Württemberg	8.129	1.043	11.561	20.733

Die Ausgaben für Gehalte, Wohnungsgeld, Löhne und Nebenbezüge des bei allen vollspurigen Bahnen verwendeten Personals betragen 1132-7 Millionen Mark, das ist gegen das Vorjahr mehr 32-5 Millionen Mark. Auf 1 Kilometer Betriebslänge entfallen von den größeren Staatsbahnenverwaltungen der höchste Betrag mit 26.941 Mk. auf Baden, 26.700 Mk. auf Sachsen, 26.419 Mk. auf Elb-Lothringen, 20.830 Mk. auf Preußen-Hessen, 17.495 Mk. auf Württemberg und 14.998 Mk. auf Bayern.

Auf den Kopf und das Jahr berechnet betrug der persönliche Aufwand bei den Eisenbahnen

	1910	1909	1916	1909
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
in Sachsen	2506	2479	1198	1154
Baden	2475	2472	1316	1323
Elb-Lothringen	2458	2474	1161	1148
Bayern	2368	2358	1233	1215
Preußen-Hessen	2316	2262	1153	1121
Württemberg	2190	2173	1223	1225

Demnach wären die Beamten am besten in Sachsen, am geringsten in Württemberg bezahlt, die Arbeiter am höchsten in Baden, am geringsten in Preußen-Hessen entlohnt.

Drohender Ausstand der amerikanischen Lokomotivführer.

Mr. Stone, der Vorsitzende des Verbandes der Lokomotivführer, kündigt nach Erhalt der Antwort der Eisenbahndirektoren auf die Forderungen der Arbeiter an, daß Montag den 29. April früh auf sämtlichen Bahnen westlich von Chicago und nördlich vom Potomacfluß der Streik der Lokomotivführer beginnen wird. Von dem Streik werden 34.000 Arbeiter betroffen, von denen 32.000 organisiert sind. Die betreffenden Bahnen befördern 53 Prozent des Verkehrs des Landes. Das Bundeseinigungsamt hat seine Dienste angeboten, und Mr. Stone will das Angebot den Arbeitern unterbreiten.

Die Bewegung der Eisenbahner in Großbritannien.

Die Unzufriedenheit, die unter den Eisenbahnern Großbritanniens herrscht, erinnert an die Lage vor dem großen Streik vom letzten Sommer. Man hört von allen Seiten von Personen, die die beste Gelegenheit haben, die Stimmung unter den Arbeitern zu erfahren, daß der Ausbruch eines großen Streiks jeden Tag erfolgen könne. Wahrscheinlich werden die Eisenbahner jedoch bis zum Hochsommer warten, ehe sie losschlagen, da dies die günstigste Zeit ist. Die allgemeine Unzufriedenheit hat sich seit dem Abbruch des Streiks nur gesteigert. Einige Gesellschaften suchen der Unzufriedenheit dadurch Herr zu werden, daß sie die bekanntesten Mitglieder der Eisenbahnergemeinschaften entlassen. Diese Politik befolgten sie namentlich während des Bergarbeiterstreiks, als durch die Einschränkung des Verkehrs ein Teil des Personals vom Dienste suspendiert oder entlassen werden mußte. Die Gesellschaften betonen natürlich, daß der Entlassungsgrund nicht die Zugehörigkeit zur Organisation sei; aber die Arbeiter sind davon überzeugt, daß man ihre unerschrockensten Fürsprecher maßregelt. Hierzu kommt noch, daß sich einige der Eisenbahngesellschaften bei der Organisation der Einigungsämter einer Methode bedienen, die darauf schließen läßt, daß sie die Verhandlungen über die Forderungen und Beschwerden ihrer Angestellten auf die lange Bank schieben wollen. Alles dies hat eine Stimmung erzeugt, die, wenn die Gesellschaften nicht rechtzeitig einlenken, bald zu einer gewaltigen Explosion führen muß.

Die Regierung und die Gesellschaften scheinen mit der Möglichkeit eines neuen Ausbruches zu rechnen, und haben schon, wie Genosse Keir Gardie in einer Rede zu London ausführte, ihre Maßregeln getroffen. Keir Gardie erklärte, daß bei einem zweiten Eisenbahnerstreik das Heer nicht allein zum Schutz der Bahnen mobilisiert werde, sondern daß es auch den Verkehr besorgen

würde. Man habe besondere Eisenbahnkorps gebildet, deren Mannschaften im Falle des Streiks die Stellen der Lokomotiv- und Zugführer, Weichensteller u. s. w. einnehmen würden. Das Heer werde dazu verwendet werden, die Bahnstrecken zu bewachen. Wenn nötig, würden die Lokomotiven kugelficher gemacht werden; Maschinen-gewehre würden vorne und hinten am Zuge geführt werden. Er warnte die Arbeiter, daß ein zweiter Streik eine Situation schaffen werde, in die man sich nicht leichtem Herzens hineinbegeben sollte.

Weitere Fortschritte der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß durch eine Mitgliederzunahme von über 200.000 in den letzten anderthalb Jahren die Mitgliederzahl sich von 500.000 auf über 700.000 erhöhte. Die letzte Organisation, welche den Anschluß vollzog, war die der spanischen Eisenbahner mit 40.000 Mitgliedern. Augenblicklich verhandelt die Arbeiterunion Schweizer Transportanstalten (Verband der Eisenbahnarbeiter und Straßenbahner) über den Anschluß. Der Verband zählt 12.000 Mitglieder mit 99 Sektionen. Der Anschluß ist ab 1. Jänner 1913 gedacht. Diesem Verband wird bald eine andere schweizerische Eisenbahnerorganisation folgen, und zwar der Lokomotivpersonalverband. Ein Verband gleicher Art, der Verband der Lokomotivführer und Heizer in Argentinien, der jetzt einen musterhaft und erfolgreich geführten Kampf hinter sich hat, wird auch nicht lange mehr mit dem Anschluß zögern, der vielleicht schon vollzogen wäre, hätte nicht der Streik die Organisation in anderer Weise in Anspruch genommen. Dieser Verband zählt auch 8000 Mitglieder und hat eine gute finanzielle Grundlage. Zuletzt möge noch darauf hingewiesen werden, daß die Nationale Föderation der Transportarbeiter in England, die jetzt annähernd 250.000 Mitglieder zählt und im Juni ihren Kongreß abhält, sich mit der Anschlußfrage beschäftigen wird. Beabsichtigt ist, die Nationale Föderation als einheitliche Körperschaft der Internationalen Transportarbeiter-Föderation anzuschließen, womit gesagt sein soll, daß die vierundzwanzig Organisationen, die jetzt der nationalen Föderation angehören, durch diese ihren Anschluß an die Internationale Föderation vollziehen werden. Das bringt uns einen großen Sprung vorwärts und trägt sicherlich zur Stärkung der in der Internationalen Transportarbeiter-Föderation verkörperten Macht bei.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Eisenbahnunfall im Willacher Staatsbahnhof. Am 16. April d. J. fand vor dem Bezirksgericht in Willach die Verhandlung der Anklage gegen den Kontrollwächter Genossen Schaumberger und den Wächter Adunka, welche beschuldigt erscheinen, an dem Eisenbahnunfall im Willacher Staatsbahnhof schuldtragend zu sein, statt. Wie erinnerlich, fuhr am 8. März d. J. infolge falscher Wechselverbindung der von Arnoldstein kommende Personenzug 956 in einen Verschlus. Nach durchgeführtem Beweiserfahren wurden beide Angeklagte, nachdem Herr Dr. Fuhrmann als Vertreter für Schaumberger in seinem Plaidoyer die unzulänglichen Sicherheitsvorkehrungen bemängelt und andere wichtige Tatsachen, die zur Entlastung der Angeklagten führten, festgestellt hatte, zu je 24 Stunden Arrest verurteilt.

Streiflichter.

Erlasse gegen die Mäseier der Arbeiter auf den Staatsbahnen. Gegen Ende des Monats April werden alljährlich bei den Staatsbahndirektionen die Erlasse fällig, die es verbieten, den Arbeitern auf den l. l. Staatsbahnen zur Feier des 1. Mai diesen Tag freizugeben. Diese Erlasse sind auch im heurigen Jahre nicht ausgeblieben und wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut eines dieser Erlasse. Unsere Genossen wissen bereits, was sie von diesen patzerischen Erlässen zu halten haben. Allüberall dort, wo es die Verhältnisse ermöglichen und wo es ohne große Opfer durchführbar erscheint, werden sich die Arbeiter der Staatsbahnbetriebe auch wiederum heuer an der Mäseier der übrigen Arbeiterschaft beteiligen. Der Staatsbahndirektion soll aber andererseits keine Gelegenheit geboten werden, gegen die Arbeiterschaft anlässlich der Mäseier loszugehen, und aus diesem Grunde werden sich unsere Genossen die Beteiligung an der Mäseier allüberall dort versagen, wo nicht vollständige Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiter jede Maßregelung im Vorhinein ausschließt. Nachstehend der Erlaß:

„Vertraulich.“

Dienstbefehl

In

alle Herren Dienstvorstände!

Auch heuer dürfte für eine möglichst ausgedehnte Arbeitsruhe am 1. Mai bei den Arbeitern agitiert werden, um die Mäseier, gleich den Vorjahren, zu begehen. Aus diesem Grunde werden den Herren Dienstvorständen die zahlreichen Erlasse über diesen Gegenstand, speziell über das Verbot der Freigabe dieses Tages, über Erteilung von Urlauben, über ungerechtfertigte Absentierungen und über die Agitationen, welche auf Umgehung oder Außertreffsetzung dieser Anordnungen gerichtet sind, zur unbedingten Beachtung in Erinnerung gebracht.

Zugleich werden die Herren Dienstvorstände beauftragt, persönlich den Dienst am 1. Mai zu überwachen und, wenn nötig, mit aller Energie, aber auch fallvoll und wohlwollend einzugreifen. Die Affizierung von Kundmachungen hat zu unterbleiben.

Ueber die Dienstesabwicklung an diesem Tage haben nur jene Dienststellen unverzüglich telegraphisch zu berichten, wo sich Anstände ergeben haben; von einer allgemeinen Berichtserstattung wird also abgesehen.“

Vom Wächterpersonal des Staatsbahndirektionsbezirks Willach. In der Staatsbahndirektion Willach scheint man mit dem alten Grundsatze, daß die Wächter als besonderes Ausbeutungsobjekt zu betrachten sind, nicht brechen zu wollen. In fast allen Staatsbahndirektionsbezirken ist man in den letzten Jahren daran gegangen, die Dienstzeit und Dienstverhältnisse des Wächterpersonals überhaupt dem gesteigerten Verkehr und der damit gesteigerten Leistung anzupassen. Nur im Willacher Direktionsbezirk nicht. So erhalten zum Beispiel die Zugmelbewächter nach dem Erscheinen des Eisen-

bahnministerialerlasses vom Jahre 1898, der die Dienst- und Begehzeiten einer Regelung unterzieht, den 16/16stündigen Dienstturnus eingeführt. Als die Strecke Glandorf-Magenfurt noch Lokalbahn war, hatten die Wächter einen 18/18stündigen Turnus und dazu die sechsstündige Zeitdauer in der Nacht, in welcher kein Zugverkehr war. In Wirklichkeit also einen 18/15stündigen Turnus. 18 Jüge bildeten damals den ganzen Zugverkehr. Seit 1906 ist diese Strecke mit der Strecke Selzthal-St. Michael-St. Veit an der Glan als Hauptstrecke im Betrieb, der Verkehr hat sich verdreifacht, um so mehr, als das zweite Geleise noch immer nicht fertig ist, eine Menge neuer Haltestellen, Verladestellen und Industriegeleise wurden neu errichtet, und trotzdem müssen die Wächter noch immer den verantwortungsvollen Dienst bei einem 18/12stündigen Turnus versehen. Ob die Staatsbahndirektion Willach auch vor Gericht die Verantwortung tragen wird, wenn einem durch 18 Stunden ermüdeten Wächter die Kräfte versagen werden, ist auch eine andere Frage. Es wäre wirklich höchste Zeit, daß mit diesem mörderischen Dienstturnus, der die Sicherheit des Verkehrs arg gefährdet, doch endlich einmal aufgeräumt wird.

Eine besondere Schmutzerei ist die Heranziehung der Wächtersfrauen zum Haltestellendienst ohne jede Entschädigung. Die Wächtersfrauen müssen während der freien Zeit des Wächters in vielen Haltestellen die Fahrkartenausgabe und die Gepäckmanipulation besorgen. Die Verantwortung für die Handlung der Frau muß der dienstfreie Wächter tragen. Bei den Verkehrsverhältnissen, wie sie vor 20 Jahren waren, hat man zu diesem Skandal ein Auge zugeblinzt. Die Sache war schließlich zu ertragen. Aber heute, wo jeder Dienst eine ununterbrochene, anstrengende Tätigkeit und eine große Verantwortung erfordert, sollte doch auch die Staatsbahndirektion ein bißchen Schamgefühl haben und den Skandal, aus der Arbeitsteilung einer schwachen Frau Erparungsprämien zu erzielen, aus der Welt schaffen. Dieses Vorgehen ist um so bezeichnender, als den Wächtern, deren Frauen sich weigern, diese unbezahlten Dienste zu verrichten, mit Verletzung gedroht wird. Die Finanzen der Staatsbahndirektion werden gewiß nicht erschüttert werden, wenn den Frauen und auch allen Ablesern, wo dies zutrifft, die geringfügige Haltestellengulage gewährt wird. Damit wäre dieser Schandfleck österreichischer Staatsbahndirektion beseitigt.

Ganz ungeregt sind auch die übrigen Dienstesverhältnisse des Wächterpersonals. Mit der Herausgabe der neuen Anweisungen erhofften sich auch die Wächter eine diesbezügliche Regelung. Wohl traten im Signalwesen Änderungen ein, aber im Aufsichts- und Erhaltungsdienst blieb alles beim alten. Die diversen Nebenarbeiten, wie Grasreinigen, Schneeschaukeln und die Erhaltungsarbeiten am Oberbau sollten mit Rücksicht auf den gesteigerten Verkehr und der dadurch vermehrten Aufsichtsdienstleistung längst schon eigens hierzu bestellten Arbeitern überwiesen sein, wie es ja in jedem modernen Eisenbahnbetrieb schon lange geschehen ist. Bei den heutigen gesteigerten Verkehrsverhältnissen ist es ganz unmöglich, daß der Wächter, der ja schon seinem Namen nach, ein Aufsichtsorgan zur Freiheitung und Bewachung der Strecke ist, Streckenreiniger, Bahnerhaltungsarbeiter und Aufsichtsorgan in einer Person ist. Das eine oder das andere muß vernachlässigt werden. Nachdem die Hauptaufgabe des Wächters naturgemäß die Überwachung der Verkehrssicherheit ist, wird er die übrigen Arbeiten vernachlässigen müssen. Oder er muß, wie es leider in vielen Fällen geschieht, seine Familie zu diesen Nebenarbeiten heranziehen. Auch so ein österreichischer Skandal, der das Ansehen der Staatsbahndirektion schwer schädigt.

Die Brennstoffpauschalierung ist im Direktionsbezirk Willach bis heute nicht durchgeführt, trotzdem in den benachbarten Direktionsbezirken Linz und Willach auch diese Verbesserung schon längere Zeit durchgeführt ist. Als ob der Direktionsbezirk Willach nicht in den Alpenländern liegen würde. Solche Zustände trifft man auf fast allen Gebieten, wo es sich um die Verhältnisse der Wächter wie im Staatsbahndirektionsbezirk Willach handelt. Und da verlangt der Herr Eisenbahnminister Zufriedenheit! Die goldenen Zeiten sind längst vorüber, wo sich die Wächter Kühe und Schweine halten konnten. Der Herr Eisenbahnminister möge sich bei den Wächtern des Direktionsbezirks Willach einmal selbst erkundigen. Er wird im besten Falle in den Ställen Hagen und Pigen finden, meistens aber Ratten und Mäuse, die noch die farge Nahrung des Wächters mitverzehren helfen. Mit dem Colorado aus Galizien ist es also nichts im Willacher Direktionsbezirk, Herr Eisenbahnminister! Und die Wächter warten sehnsüchtig auf die paar Kronen, die ihnen die wohlverdiente und auch schon längst gebührende Nachdienstzulage bringen soll.

Eine anständige Gesellschaft. „Zu verlange, daß über eine anständige Gesellschaft auch anständig geschrieben wird.“ So ein Ausspruch des Generaldirektors Enderers der A. T. E. — Am 12. April 1885 wurde der Arbeiter R. M. in der Station Dug mit einem Tagelohn von zwei Kronen entnommen. Nach 27jähriger fleißiger Arbeit und nach vielem Witten hatte M. einen Tagelohn von 2 Kronen 50 Heller erreicht. Das ist eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von jährlich nicht ganz zwei Heller. Nun hatte M. das Glück, sich vor acht Jahren infolge einer Leberentzündung einen Bruch zuzuziehen. Wie das bei unangefakten Arbeitern meist der Fall ist, beachtete auch M. anfangs die Keinen Schmerzen nicht. Später, als sich schmerzhafter Folgen des Bruches bemerkbar machten, war es zu spät, um eventuelle Ansprüche an die Unfallversicherung geltend zu machen. M. wurde nun zu — nach der Ansicht des Streckenvorstandes — leichteren Arbeiten verwendet, zum Strafenräumen, Materialausgeben, Herronföhren, dann dazu, für die Frau des Streckenvorstandes Holz zu hacken, Wäsche zu begießen, den Garten umzugraben u. s. w. Weil nun M. „leichtere“ Arbeit hatte, mußte er täglich, Sommer wie Winter, um 5 Uhr früh, den Herron der Station Dug reinigen, das bedeutete eine tägliche einstündige Verlängerung der Arbeitszeit. — Vor einigen Wochen bekam M. von seinem Vorgesetzten den Auftrag, eine zwei Zentner schwere Kiste von der Rampe in das Streckenmagazin zu tragen. M. erklärte, daß er infolge seines Gebrechens diese Kiste allein nicht wegragen könne, und mit Recht, da an zwei Zentnern zwei kräftige Männer zu tragen haben. Der Vorgesetzte sagte darauf: „Sie weigern sich also...“ M. wohl wissend, was eine Dienstesverweigerung zur Folge hat, entgegnete: „Ich weigere mich nicht, aber ich kann nicht.“ Darauf meinte der Beamte: „Es ist gut.“ Dieses „gut“ bedeutete dann die Kündigung und gleichzeitige Pensionierung dieses im Dienste der A. T. E. zum Krüppel gewordenen alten Arbeiters. M. bezieht nun monatlich 27 Kr. oder 90 S. täglich an Pension. Arbeiter, welche sich im Dienste durch die maßlose Antreiberei zugrunde gerichtet und dann nicht mindestens zwei Zentner tragen können, sind überflüssig. Jetzt wird Auffig nicht mehr allein die Ehre haben, pensionierte Arbeiter der A. T. E. als Strafenkehrer zu besetzen, es dürfte nun Dug in kurzer Zeit ebenfalls solche Beweise des Wohlwollens, der Humanität und der — Anständigkeit der A. T. E. aufweisen können.

Wie ein Offizial den Arbeitern das Wahlrecht verweigert. In den Staatsbahnerstaaten Wien-Westbahnhof kreibt ein ehemaliger Werkmeister, jetzt seines Zeichens „Offizial“, namens Guano Richter sein Umwehen,

Er bemüht nämlich jetzt seine neue Würde zu allen möglichen Eigenmächtigkeiten, setzt sich selbst über wirkliche Beamte hinweg, nachdem ihm diese seine mangelhafte Intelligenz entschuldigen, und reitet dabei das hohe Ross. Bei den Gemeinderatswahlen in den IV. Wahlkörper haben viele Bedienstete obiger Werkstätte ihre Legitimationen nicht erhalten, und weil sie sich um ihr Wahlrecht nicht betreten lassen wollten, so suchten sie den Tag vorher um Urlaub an, um sich die Legitimationen zu verschaffen. Er wurde auch von der Werkstättenleitung anstandslos gewährt. Als sie aber zum Herrn Offizial Hugo Richter kamen, um sich den Ausgangszettel zu holen, herrschte er die Bediensteten in dem fälschlich bekannten christlichsozialen Tone an: „Wenn es auf mich ankommen möchte, ich ließ euch nicht fortgehen; es ist ja eh nur ein Schwindel von euch.“ Als sich die betreffenden Arbeiter verbateten, mit ihnen so zu reden, bemerkte der Herr Offizial: „Wenn ihr euch für solche Sachen Urlaub nehmt, so wird die Qualifikation schlecht ausschauen.“ Also, mit Ergötzungsschädigungen wollen christlichsoziale Bezirksräte den Arbeitern ihr schwer errungenes Wahlrecht nehmen! Für die Zukunft lasse es sich der Herr Offizial vergehen, sich in die politischen Rechte der Arbeiter einzumengen, denn eine Einschränkung zur Ausübung der Wahlpflicht könnte einmal dem Herrn Offizial bei einem Wahlzwang besondere Unannehmlichkeiten verursachen, weil da die Arbeiter gegungen wären, das Gericht in Anspruch zu nehmen. Der Herr Offizial poche also auf seine neue Würde nicht zu viel, denn durch seinen Zusammenstoß der Arbeiter sind schon höhere Herren gefallen, als ein Hugo Richter. Uebrigens wird auch dem Herrn Inspektor Falsch empfohlen, seine ihm unterstellten Arbeiter besser zu behandeln, sein Ansehen und Schidamieren aufzugeben, sonst müßte deutlicher gesprochen werden. Material ist genug vorhanden.

Wagenaufseher auf der k. k. Nordwestbahn. Bei der alten De. N. W. bestand die Kategorie der Revisionschlosser, welche dann im Jahre 1907 in die Kategorie der Wagenaufseher umgeändert wurde. Diese Bediensteten sollen nun in ihrer Uniform verkleidet werden, indem ihnen dieselbe statt nach Post 31, wie selbst bei den alten Staatsbahnen sowie der Staatsbahnverwaltung geschieht, nach Post 40 zuerkannt werden. Nach Post 31 beträgt die Tragdauer der Tuchbluse ein Jahr und die Tragdauer des Bodentodes zwei Jahre, wogegen nach Post 40 die Tragdauer der Tuchbluse zwei Jahre und die des Bodentodes drei Jahre beträgt. Es ist zu erwarten, daß für die Wagenaufseher der k. k. Nordbahn keine Sonderbestimmungen in der Uniform erfolgen, denn, was für die Wagenaufseher der alten Staatsbahnen recht, muß für die Wagenaufseher der k. k. N. W. B. billig sein.

Verhältnisse unter dem Verschubpersonal auf der k. k. Nordwestbahn. Seit der Verstaatlichung der k. k. Nordwestbahn sind es wenige Kategorien, die nicht in dieser oder jener Weise mannigfache Schädigungen erfahren haben. Wir wollen zugeben, daß bei derartig großen Umwälzungen, wie solche durch die Uebernahme des Personals von einer Bahnverwaltung durch die andere erfolgen, in Rücksicht auf die Verschiedenheit der Personalverhältnisse, nicht alles klaglos durchgeführt werden kann. In Rücksicht dieser Sachlage hat das Personal der verstaatlichten k. k. Nordwestbahn auch genug Geduld gezeigt. Es wäre wohl Pflicht der Verwaltung, auch ihrerseits Sorge zu tragen, daß durch gewissenhafte Einhaltung und lokale Auslegung der Einreisungsgrundzüge und der gemachten Vereinbarungen, Schädigungen nach Möglichkeit vermieden würden. Diese Rücksicht scheint jedoch bei der Verwaltung nicht vorhanden zu sein, da es sonst nicht möglich wäre, dem Personal derartig empfindliche Schädigungen zuzufügen, wie dieses bei dem im Tagelohn stehenden Verschubpersonal geschehen ist. Als eines der wichtigsten Erfolge des Lohnkampfes im Jahre 1907 müßte das Zugeständnis betrachtet werden, daß die Ernennungen zum definitiven Diener geregelt wurden. Und zwar wurde das Zugeständnis gemacht, daß die Ernennung zum definitiven Diener nach einer dreijährigen Dienstzeit erfolgt. Nach der Uebernahme des Personals durch die k. k. Staatsbahnverwaltung wurde dieses wichtige Zugeständnis einfach ignoriert. Seit dieser Zeit ist nur eine ganz geringe Anzahl von Bediensteten zu definitiven Verschiebern ernannt worden. Infolgedessen sind heute auf der k. k. Nordwestbahn Verschieber mit vier bis sechs Dienstjahren, ohne Aussicht auf eine Ernennung. Auf sämtliche Vorstellungen des Personals in dieser Angelegenheit wird die Antwort erteilt, es sei die Ernennung deshalb nicht möglich, weil nicht mehr normierte Stellen vorhanden sind. Dabei kommt es aber vor, daß in einzelnen großen Stationen überhaupt zu wenig definitives Personal vorhanden ist. So sollen zum Beispiel in Scheeferstein 36 Stellen normiert sein, wogegen aber nur 12 Verschieber definitiv sind, wovon drei gegenwärtig gar keinen Verschubdienst leisten. Dadurch wird ersichtlich, daß es sich hier um ein raffiniertes Sparsystem handelt, durch welches die Anstellungsfristen ausgedehnt werden, damit die Bediensteten später die Vorteile der Automatik genießen. Durch dieses System wird den Bediensteten der Gewinn einfach wieder genommen, den sie durch die Erhöhung des Anfangsgehaltes erzielt haben. Dieser Vorgang kann gewiß nicht nobel bezeichnet werden.

Weiters wird die Ausrede gebraucht, die Normierung gelte nicht für einzelne Stationen, sondern für den Bereich der ganzen k. k. Nordwestbahndirektion. Selbst wenn dies wahr wäre, daß nach dem Stande der Normierung in einzelnen Stationen überschüssig definitives Personal ist, so geht es nicht an, dafür die Anstellung der Bediensteten in jenen Stationen zu verzögern, wo ein Mangel an definitivem Personal ist, und wo die betreffenden Bediensteten nach den Normen der früheren Verwaltung schon längst ernannt sein sollten. Aber weit entfernt, daß die Verwaltung das gute Recht der Bediensteten in lokaler Weise anerkennen möchte, ging dieselbe noch soweit, den Lohnverschiebern auch noch die Uniform zu entziehen, die dieselben seit Jahren nach den Bestimmungen der alten Verwaltung erhalten haben. Dieses ist ein direkter Raub an den alten Rechten der Bediensteten. Die Erbitterung ist infolge dieses rückwärtsgehenden Vorgehens unter den betreffenden Bediensteten derartig gestiegen, daß Bedienstete, welche bereits vier bis fünf Jahre im Bahndienst stehen, austreten wollen. Dabei kommt noch in Betracht, daß diese Bediensteten gerade furchtbar unter der Feuerung leiden und die zugestandenen Lohnerhöhungen bis heute noch nicht durchgeführt sind. Bessere Einsicht von seiten der Verwaltung ist ein dringendes Bedürfnis.

Aus den Amtsblättern.

Einführung von Verschubprämien.

k. k. Eisenbahnministerium.
Z. 38.032/20a ex 1911. Wien, am 5. März 1912.
Termin: Im August 1912.
Beilagen: 2.
D. Z. 28.011 ex 1912.

In die k. k. Nordbahndirektion in Wien.
Das Eisenbahnministerium findet mit 1. Mai l. J. versuchsweise die Einführung von Prämien für die wirtschaftliche Ausführung des Verschubdienstes nach den mitfolgenden grundsätzlichen Bestimmungen zu verfügen.

Die Einführung ist bis auf weiteres auf zwei, von der k. k. Nordbahndirektion zu bestimmende Stationen des b. f. Amtsbezirk zu beschränken und bleibt die Einbeziehung weiterer Stationen, beziehungsweise die allgemeine Einführung vorbehalten.

Die durch die Prämien erwachsenden Auslagen sind zu Lasten der der k. k. Nordbahndirektion im Rahmen der Ausgabennormierung für das Jahr 1912 für Prämien zugewiesenen Prämienbeiträge zu bestreiten und in den Erläuterungen zu den periodischen Erfolgsnachweisungen ziffermäßig auszuweisen.

Bezüglich der Bedeckung dieser Ausgaben, soweit dieselbe im Rahmen der der k. k. Nordbahndirektion durch die Ausgabennormierung für das Jahr 1912 bei den bezüglichen Verrechnungskapiteln für persönliche Ausgaben zugewiesenen Gesamtprämienbeiträge nicht gedeckt werden sollte, werden der k. k. Nordbahndirektion seinerzeit gesonderte Weisungen zutreffen.

Die statistischen Vormerke, deren Führung mit dem hieramtlichen Erlaß vom 18. September 1911, Zahl ad 38.032, verfügt wurde, sind im vollen Umfang auch weiterhin bei sämtlichen, seinerzeit für die allgemeine Einführung der Verschubprämien in Aussicht genommenen Stationen zu führen.

Ueber den Vollzug der Einführung ist unter Bekanntgabe der für den Prämienbezug bestimmten Stationen kurz anher zu berichten und sind Kopien dieses Berichtes der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen behufs Evidenz der Einführungsstationen zu übersmitteln. Ferner sind bis auf weiteres Abschriften der Hauptzusammenstellung der Prämienabrechnung der betreffenden Stationen jeden Monat anher vorzulegen, wobei ein Vorlagebericht nur für den Fall zu erstatten ist, als besonders bemerkenswerte Umstände des wünschenswerten Erscheinens lassen.

Nach Ablauf von drei Monaten vom Einführungstermin, das ist bis längstens im Laufe des Monats August, haben die beteiligten k. k. Direktionen im Konferenzwege ihre Erfahrungen mit der Einführung der Verschubprämie festzustellen.

Die Geschäftsführung wird hierfür der k. k. Staatsbahndirektion Prag übertragen und obliegt derselben die Einberufung der Konferenz sowie die einvernehmliche Berichterstattung und Antragstellung an das Eisenbahnministerium.

Der k. k. Eisenbahnminister: Forster m. p.

Abschrift zur E. M. Z. 38.032 ex 1911.

Grundsätze für die Einführung von Prämien für das Verschubpersonal.

I. Allgemeines.

1. Zur Erreichung möglicher Oekonomie im Verschubdienst werden provisorische Prämien eingeführt, die im Verhältnis zu der bei der Ausführung dieses Dienstes tatsächlich erreichten Verminderung der Auslagen bemessen beziehungsweise ermittelt werden.

2. Zu diesem Zweck wird das direkt am Verschubdienst beteiligte Personal jener Stationen, in denen die Verschubprämie zur Einführung gelangt, zu einer Gruppe vereinigt, und zwar:

- a) die Platzmeister, Verschubaufseher, Oberverschieber und Verschieber;
- b) die Wächterkontrolloren, Blocksignalbiener, Blockwächter und Weichenwächter;
- c) die Lokomotivführer und Heizer der Reservelokomotiven (Verschublokomotiven).

3. Die Stationen, in denen die Verschubprämie zur Einführung gelangt, werden von den Staatsbahndirektionen bestimmt. Die Einführung erfolgt provisorisch und kann jederzeit aufgehoben werden.

4. Die prämiierenden Leistungen umfassen:

- a) den Verschub von sämtlichen in der Station angekommenen und von dort abzufahrenden Wagen, deren Zustellung, Zu- und Abholung von den Manipulationsplätzen der Stationen und der Industriegelise, sofern deren Bedienung nicht durch besondere Züge erfolgt;
- b) das Zusammenstellen der abgehenden und die Ausrangierung eventuell Umrangierung der in der Station endenden Züge.

5. Die Grundlage für die Prämierung haben die auf einen angekommenen Wagen entfallenden, aus persönlichen und sachlichen Auslagen gebildeten, normalen Einheitskosten zu bilden.

6. Die ermittelten Einheitskosten sind nach Ablauf des ersten Jahres vom Beginn der Einführung und gegebenenfalls am weiteren Verlauf alle drei Jahre zu revidieren, beziehungsweise neu zu ermitteln.

7. Die Differenz der auf Grund der normalen Einheitskosten ermittelten Gesamtkosten und den tatsächlich aufgewandten Kosten stellt die in der Beobachtungsperiode erreichte Verminderung der Auslagen dar, die im Verhältnis von 70 und 30 Prozent zwischen den beteiligten Bediensteten und der Staatsbahnverwaltung aufgeteilt wird. Von der sich eventuell ergebenden Passivdifferenz werden 70 Prozent auf die folgende Beobachtungsperiode als Belastungspost der Prämiengruppe übertragen.

8. Die Prämienabrechnung erfolgt monatlich unter Aufsicht und Verantwortlichkeit des Dienstvorstandes von dem hierzu bestimmten Stationsorgan.

II. Besondere Bestimmungen.

A. Einheitskosten.

9. Die Ermittlung der Einheitskosten wird wie folgt festgelegt:

- a) Die Ermittlung hat für jede in Betracht kommende Station gesondert zu erfolgen.
- b) Die persönlichen Kosten setzen sich zusammen:
 - aus dem Produkt, gebildet aus dem für die betreffende Station normierten Grundlohn eines Verschubarbeiters und der Anzahl der beim Verschubdienst tatsächlich aufgewandten Tagsschichten des in die Prämiengruppe gehörigen Personals mit Ausnahme des Lokomotivpersonals;
 - aus den Kosten der an das Personal der Prämiengruppe bezüglichen Nachdienstzulagen.
- c) Zu den sachlichen Kosten gehören:
 - die von den Lokomotiven geleisteten Verschub- und Dampfhaltestunden, wobei je fünf Dampfhaltestunden als eine Verschubstunde und die Kosten einer Verschubstunde mit 5 Kr. zu berechnen sind;
 - die Kosten des auf Konto XII/11a in den Materialrechnungen verrechneten Materials und Inventars (einschließlich der Reparaturkosten und der Brennstühle).

10. Die Summe der nach den unter Punkt 9, b und c enthaltenen Bestimmungen ermittelten Kosten, geteilt durch die Anzahl der in der Beobachtungsperiode angekommenen Wagen, ergibt die auf einen Wagen entfallenden normalen Einheitskosten.

11. Unter „angekommene Wagen“ sind alle angekommenen und faktisch abgestellten Personen- und Güterwagen mit Ausnahme des Transitverkehrs — gleichviel ob bei demselben Ueberänderungen in der Zugnummer vorkommen oder nicht — zu verstehen.

Als weiterer Grundsatz ist einzuhalten, daß jeder in einer Station ankommende Wagen, unbeschadet der mit ihm vorzunehmenden örtlichen Ueberstellungen auf verschiedene Bahnhofsstelle Werkstätten, Heizhaus, oder in die Stationsgeleise eingebundene Industrie- und Schlepplageleise nur einmal als „angekommen“ gezählt werden darf.

Bei Schlepplagen und Ladestellen, die mit besonderen Zügen unter Ausfertigung eigener Stundenpässe bedient wer-

den, sind die Wagen der von diesen Anlagen einlaufenden Züge als „angekommen“ zu rechnen.

B. Aufstellung der Prämienrechnung.

12. Die Einnahme der Prämiengruppe bildet die Vergütung für die angekommenen Wagen, welche dem Produkt, gebildet aus deren Anzahl und der normalen Einheitskosten, entspricht.

13. Die Ausgabeposten sind folgende:

- a) Die auf die Löhne reduzierten Bezüge des beteiligten Personals.
- b) Die Nachdienstzulagen.
- c) Die Verschubkosten der Zugförderung.
- d) Die Kosten des auf Konto XII/11a verrechneten Materials und Inventars laut Materialrechnung sowie der Reparaturkosten.
- e) Ersätze für Wagenbeschädigungen, Wagenverzögerungen und Fehlrangierungen in Form von Abzügen von der Anzahl der angekommenen Wagen. Jeder beim Verschub beschädigte und jeder verzögerte Wagen ist von der Anzahl der faktisch angekommenen Wagen in Abzug zu bringen. Für gerissene Kuppeln ist ein Abzug von 0,5 Wagen für jeden einzelnen Fall zu machen. Als Grundlage für die Berechnung der Wagenabzüge für Wagenbeschädigungen und gerissene Kuppeln haben die von den Wagenaufsehern tagweise aufzustellenden Konnotationen (Formular III) zu dienen, in welchen die Nummern der beschädigten Wagen mit kurzer Angabe der Gebrechen und die Anzahl der gerissenen Kuppeln zu vermerken sind. Die Ergebnisse dieser Konnotation sind in den Ausweis über angekommenen Wagen (Formular II) zu übertragen. Die Abzüge für verzögerte Wagen erfolgen auf Grund der Mängelvorzeichnungen der Füllwagenbrigierung; jene für Fehlrangierungen werden fallweise von der Staatsbahndirektion vorgeschrieben und sind diese Abzugsposten im Ausweis Formular II durchzuführen.
- f) Eventuelle Passivposten vom Vormonat. (Vergleiche Punkt 7.)
- g) Die Summe der unter a bis f angeführten Ausgabeposten stellt die Gesamtausgaben dar. Die Differenz zwischen den Gesamteinnahmen (Vergleiche Punkt 7) und den Gesamtausgaben ergibt die erzielte Gesamterparnis.

Wenn die Gesamtausgaben größer als die Einnahmen sind, ergibt sich ein Passivsaldo, der mit 70 Prozent als Ausgabepost in die Prämienrechnung des folgenden Monats zu geben und zwischen den Gesamteinnahmen (Vergleiche Punkt 7) und Punkt 13 f.)

14. Die Verteilung der gemäß Punkt 13 ermittelten Quote der Gesamtpremie erfolgt nach Einheiten und Tagsschichten und zwar sind in Rechnung zu ziehen: Tagsschichten der:

Platzmeister	} 2
Verschubaufseher		
Oberverschieber	} 15
Lokomotivführer		
Heizer	} 7
Verschieber		
Verschubarbeiter	} 0,5
Wächterkontrolloren		
Blocksignalbiener		
Blockwächter	} 0,5
Weichenwächter		

15. Die Einheiten werden wie folgt ermittelt:

a) Für Platzmeister, Verschubaufseher, Verschieber, Wächterkontrolloren, Blocksignalbiener, Block- und Weichenwächter dient als Grundlage die Zahlungsliste (Formular IV).

In der Zahlungsliste werden die beim Verschubdienst tatsächlich aufgewandten Tagsschichten der Verwendungskategorie entsprechend nachgewiesen. Die Summe der Platzmeisterschichten, Verschubaufseher- und Oberverschieberschichten ist mit 2 zu multiplizieren, jene der Verschieber ist einmal, jene der Wächterkontrolloren, Blocksignalbiener, Blockwächter und Weichenwächter mit 0,5 in Rechnung zu ziehen. Die Gesamtsumme der auf diese Weise umgerechneten Tagsschichten stellt die Gesamtsumme der Einheiten des Verschubpersonals dar.

b) Die Grundlage für die Einheitsermittlung des Lokomotivpersonals bilden die von den einzelnen Lokomotivführern und Heizern geleisteten Verschub- und Dampfhaltestunden, wobei 10 Stunden Verschub als 1 Tagsschicht = 15 Einheiten für den Lokomotivführer und 1 Einheit für den Heizer in Rechnung zu ziehen, und 5 Dampfhaltestunden = 1 Verschubstunde zu berechnen sind.

c) Die Summe der unter a und b ermittelten Einheiten stellt die Totale der Einheiten dar.

d) Die gemäß Punkt 7 ermittelte Gesamtpremie, geteilt durch die Totale der Einheiten, ergibt die auf eine solche entfallende Prämie, deren Höhe für den einzelnen beteiligten Bediensteten wieder dem Produkt, gebildet aus dem ihm nach den geleisteten Tagsschichten zuzurechnenden Einheiten und dem auf eine solche entfallenden Prämienfuß, entspricht.

Die Festsetzung der Maximalthöhe der auf einen Bediensteten entfallenden Prämie bleibt bis auf weiteres vorbehalten.

16. Die Prämienmonatsrechnung hat zu bestehen aus:

- a) der Zusammenstellung der Personal- und Nachdienstkosten (Formular I);
- b) der Nachweisung über die angekommenen Wagen (Formular II), belegt mit den Konnotationen der Wagenaufseher (Formular III);
- c) der Zahlungsliste des Verschub- und Wächterpersonals (Formular IV);
- d) der Zahlungsliste des Lokomotivpersonals (Formular V);
- e) der Nachweisung über die Kosten der Verschubleistungen des Zugförderungsdienstes (Formular VI), belegt mit den Ausweis über die von den einzelnen Lokomotivführern geleisteten Verschub- und Dampfhaltestunden (Formular VII);
- f) dem Auszug aus der Materialverrechnung;
- g) der Hauptzusammenstellung (Formular VIII).

17. Die Prämienrechnung ist am 10. jeden Monats an die Staatsbahndirektion vorzulegen, die Prämienauszahlung hat längstens zwei Monate nach dem Verrechnungsmonat zu erfolgen.

18. Die Prämienrechnungsführung ist von den Werkstättenkontrolloren so oft als möglich, mindestens aber biertmal jährlich, eingehend an Ort und Stelle zu revidieren, die Vornahme der Revision in den Rechnungsbelegen ersichtlich zu machen und über das Ergebnis kurz schriftlich zu berichten.

19. Eventuelle Kosten, die durch die Aufstellung der Prämienrechnung erwachsen, sind der Prämiengruppe zur Gänze anzulasten.

20. Die vorstehenden Bestimmungen haben provisorische Wirksamkeit und bleibt deren Ueberänderung vorbehalten.

Korrespondenzen.

Krems. (Nachruf.) Die Ortsgruppe Krems an der Donau ruft dem nach Hüteldorf-G. verstorbenen Genossen Leopold Dürauer, Ausführender, ein herzlicheres Leben zu...

Schwarzach-St. Veit. Es gibt leider unter den Eisenbahnern noch Subjekte, deren Verhalten ein derartiges ist, daß sich diejenigen, die gezwungen sind, mit ihnen Dienst zu machen, ihrer Scham schämen müssen. Ein solches Subjekt ist der Portier Johann Schmelzer. Dieser Mann ist auch einer von jenen, die unsere Organisation dazu benötigen möchten...

Laibach-Südbahnhof. (Ueberzahliges.) Das Sparsystem, wie es unsere Verwaltung, die zentrale wie lokale, zur Ausübung bringt, zeitigt gar herrliche Früchte. Wir führen hier einige Beispiele an aus der Fülle, die uns zu Gebote stehen...

Ein anderer Zweig: Das Transitbüro. Hier saßen Jahr und Tag abwechselungsweise zwei Kanzleibeamteten. Vor nicht langer Zeit entfernte man dieselben und ersetzte sie durch billigere Kräfte. Wir sind überzeugt, daß es gehen wird; doch welchen Zweck erreichte die Sparmaßnahme, wenn sie wieder einen Adjunkten hineinsetzte...

Nun werfen wir einen Blick ins Beamtenreservoir, alias Instruktionsbureau. Dort sitzen in der Regel drei, sechs, ja manchmal bis ein Duzend Beamte, Expedienten und dergleichen mehr, welche sich bei Zeitungslücke und Zettel-einkleben langweilen.

Das Sekretariat leistet sich den Luxus von drei Sekretären. Am Magazinsgebäude mußte man einen Zubau anbringen, um die Beamten unterzubringen. Wir erteilen der Verwaltung den Rat, einige Stodwerke auf die Magazinsgebäude, Stationsanlagen und Weidentürme anzubringen, um alle jene unterzubringen, welche normiert und berufen sind, sparen zu helfen.

Das nennt man sparen. Ja, wenn es gilt, einen Wächter, einen Arbeiter abzugeben, dessen Arbeit anderen auszubürden, da geniert man sich nicht, man spart ja. Eine Bagatelle ergibt man und ein Vielfaches geht verloren. Das heißt „Defonomie“. Defonomie an Arbeiterknöchen.

Lobositz. (R. I. St. G. G.) Im Amtsblatt 12, Nr. 64, vom 2. März 1912, für die Linien der St. G. G. wurde das höchste jährliche Ausmaß für den Bezug von Brennstoff für die einzelnen Kategorien der Bahnbediensteten festgesetzt. Dieses Ausmaß ist so klein, daß fast niemand mit dem angemessenen Quantum jährlich auskommen kann.

Wir fragen zum Beispiel an: auf Grund welcher Bestimmungen im Wagbühne, Gastwirt im Hotel „Germania“ in Lobositz, einen ganzen Wagen Regiebraunkohle am Staatsbahnhof bezogen hat? Könnte der f. f. Bahnbetriebsamtsvorstand in Lobositz diese Frage beantworten?

Weselh an der March. (Wie bedürftige Bahnarbeiterwitwen behandelt werden.) Frau Cihal, eine arme Oberbauarbeiterwitwe, welche im Genuß einer fortläufigen Gnadengabe im Betrag von 13 Kr. monatlich steht und eine achthjährige Tochter hat, dabei 40 Jahre alt und zur schweren Arbeit infolge Gebrechens unfähig ist, hatte vor wenigen Monaten ein Wittgenbuch um ihre Vererbung als Scheuerfrau an die f. f. Direktion der St. G. G. eingereicht. Ihrem Gesuch hat die Direktion Folge gegeben und die arme Frau erhielt die Lärge, aber doch nicht zu unterschätzende Beschäftigung. Zumindest ist sie aus der größten Not herausgerissen worden. Doch da kam unlängst der Herr Kontrolleur Lipa von der Direktion nach Weselh an der March und kündigte der Frau Cihal den Dienst, ohne erst zu fragen, ob die f. f. Direktion die Zustimmung hierzu erteilt oder nicht. Herr Lipa ließ sich nämlich von zwei ischschidnationalen Beamten sagen, daß Frau Cihal angeblich nur ein halbes Jahr mit ihrem Gatten gelebt habe, von ihrer Tochter ernährt werden könne und überdies Hausbesitzerin sei! Deshalb brauche sie keinerlei Erwerb. Auf das hin entschied Herr Lipa für die Entlassung der Frau Cihal. Im Hinblick auf diese tödlichen Madinationen sei hier folgendes konstatiert: Der Gatte der Frau Cihal stand bei der Bahn volle 40 Jahre in Verwendung und hinterließ die Witwe mit einer derzeit achthjährigen ehelichen Tochter, ohne Vermögen und ohne Ansprüche auf eine statutarische Versorgung, da er in seinen Versicherungsfonds einzahlte. Frau Cihal besitzt allerdings ein kleines Häuschen, aber dieses trägt nichts, ist vielmehr eine hüttenähnliche Barrade und vollständig verschuldet. Der Wert dieses Häuschens beträgt übrigens den geringen Betrag von einigen Hundert Kronen, so daß die Frau Cihal gerade noch froh ist, daß sie in dem Häuschen von den Gläubigern geduldet wird. Aber was kümmert sich Herr Lipa um solche Sachen. Selbst erst kurze Zeit bei der Bahn angestellt, ist er sehr oft seines „schamännischen Wissens“ wegen Gegenstand von Wiben bei...

dem Personal. Also möchte er sich allenfalls auf eine andere Art „berühmt“ machen. Deshalb sieht er böswilligen Verleumdungen seiner „Herren Kollegen“ gründlich auf. Arme Witwen nach verdienten Arbeitern sollen aber seinen „Ruhm“ mit Elend und Not bezahlen. Hoffentlich wird aber der Herr Direktor Burger noch anders entscheiden.

Linz an der Donau. (Elendsbilder bei der f. f. Staatsbahn.) In den Personelhäusern der f. f. Staatsbahn in Linz ereignete sich ein Fall, der drastisch zeigt, unter welchen Verhältnissen heute noch Arbeiterfamilien ihre Existenz verbringen. Der Rettungswagen holte gleich eine ganze Familie, und zwar die Frau und deren drei Kinder ab, um dieselben in das Städtische Krankenhaus zu überführen. Es sammelten sich Hunderte von Neugierigen und kein Auge blieb trocken, als sie die Ursache der Ueberführung erfuhr. Nicht vielleicht irgendeine gefährliche, ansteckende Krankheit war die Ursache, nein, Hunger war die Ursache. Die Sache ist so: Ende November wurde ein Kesselschmied der Staatsbahn von Salzburg in die Staatsbahnwerkstätte nach Linz versetzt. Derselbe glaubte sich seine Lage zu verbessern, mußte aber nun zu seinem Unglück sehen, daß gerade das Gegenteil eintrat. Der Unglückliche ist verheiratet, hat drei Kinder im Alter von vier Monaten bis zu drei Jahren und einen Tagelohn von Kr. 3.80, aber diesen erst seit Februar dieses Jahres. Da er keine Wohnung fand, war er gezwungen, einstweilen eine Wohnung in den Personelhäusern zu nehmen, bis er eine andere, billigere Wohnung findet. Für die Wohnung mußte er monatlich Kr. 25.65 bezahlen. Frau und Kinder waren seit jeher immer kränzlich und daher die Lebenslage eine tieftraurige.

Dieser Familienvater sah nun, daß er den teuren Wohnzins nicht mehr bestreiten kann, wenn er seine Familie und sich selbst am Leben erhalten will, und suchte sich außer der Stadtgrenze eine billigere Wohnung, die er am 1. April beziehen wollte. Da erklärte man ihm: „Das gibts nicht, Sie müssen vierteljährig kündigen oder den Zins zahlen.“ Der arme Schluider ging nun zur Direktion, war auch bei Herrn Hofrat Messerlinger, schilderte überall seine Not und bat um Hilfe, leider vergebens. Wir fragen, hätte man nicht aus Vertriebsmitteln einige Kronen übrig gehabt? Beamte mit schönem Einkommen, sogar kinderlos, bekommen Hunderte von Kronen jährlich Unterstützung, für arme Teufel hat man nichts.

Die ganze Familie wurde bettlägerig, der Arzt konstatierte Unterernährung und gab den Rat: „Schnellste Ueberführung in das Städtische Krankenhaus!“ damit die Familie gerettet und am Leben erhalten werde. Der Mann steht nun verzweifelt da. Er muß seinen Berufspflichten als Kesselschmied nachkommen, obwohl er selbst ganz kräfteelos ist. Der Arzt sagte zu ihm: „Auch Sie sollen in ein Krankenhaus gehen.“ Tut er dies, so winkt ihm die Entlassung, denn man braucht nur kräftige, fleißige Leute. So wie diesem Familienvater geht es aber zahllosen anderen auf der f. f. Staatsbahn. Da wundert man sich, daß die Leute verdrossen, misgütig ihren Pflichten nachkommen. Man wundert sich, wenn Arbeiter mehr Lohn verlangen. Ein Verbrechen an der Menschheit, an der Kultur sind solche Zustände, und wir können nicht anders, als es laut in alle Welt hinauszuschreien, wie die Existenz so vieler auf der Staatsbahn aussieht.

Prävali. In Prävali ist allgemein bekannt, daß die neu-aufgenommenen Oberbauarbeiter, sobald sie zum Werkzeugschreiten, vom Bahnrührer Andreas Filip zu Schnapszahlen gebrängt werden. Dies geschieht alljährlich, so lange sich die Neuaufgenommenen in der „Rekrutenabteilung“ befinden. Im Winter da werden Oberbauarbeiter im Bedarfsfalle zur Nachschicht, natürlich von Herrn Filip ausgeführt, weil — er kennt seine Kunden am besten. Da heißt es wieder: „Wer Schnaps zahlt, der kann zur Nachschicht kommen!“ Alles dies wäre ja noch zu ertragen, weil ja keine Pflicht zum Zahlen vorhanden ist. Dieser Filip ist aber auch Mitglied des neugebundenen Vereines „Südbahner“ und versteht es, unsere Genossen zu schimpfen und zu spotten.

Ein Genosse hatte das Unglück, an Rheumatismus zu leiden, weshalb er nicht gleich den anderen kräftig ausschreiten kann. Filip sagte zu ihm: „Diese Kröten, die sind nicht viel wert, sie sind lauter Faulenzler und Invaliden und der „Ver-ein“ hilft ihm auch nichts.“ „Wir“ sind tolle Kumpel beinand (die Südbahner) und dergleichen.

In ein paar Tagen schimpft er wieder über den „Südbahner“ Verein, „daß ihm (den Filip) der auch nichts hilft?“ Dies geschieht immer, wenn er einen „Gratisschwips“ erteilt. Wir begnügen uns für heute. Sollte sich Herr Filip nicht bessern, so sei ihm gesagt: „Filip, gehe nicht an die Sonne, solange du Butter am Kopf hast!“

Wischhofshofen. Wie weit die christliche Nächstenliebe bei manchem Lippenströmmer geht, zeigt uns nachstehender Fall: Ein Verschieber der Station Wischhofshofen, welcher im September 1911 bei Ausübung seiner Berufspflichten einen Unfall erlitten hatte, mußte am 22. Februar l. J. infolge ärztlicher Anordnung nach Innsbruck in die Klinik, um sich dort einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Der kranke Mann mußte von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in der Klinik verweilen, was wahrlich selbst für einen minder Leidenden kein Vergnügen ist. Vollkommen erschöpft ging der schwerleidende Mann zum Bahnhof, um mit dem Personenzug um 10 Uhr 35 Minuten abends nach Hause zu fahren. Hoffend, daß man auf seinen Zustand Rücksicht nehmen werde, hat er unter gleichzeitiger Anführung seiner Leiden den Kondukteur Medl aus Salzburg, er möge ihm einen Platz in einem kleinen Abteil anweisen, wo er ungestört sitzen, eventuell ein wenig schlafen könne. Leider wußte der kranke Mann nicht, daß Medl ein christlicher Hausherr ist und mehr Rücksichtseligkeit als Verstand besitzt. Er bekam daher die barische Antwort: „Geh! da hinein, wenn ein Platz ist werden wir sehen, wenn nicht, so kann man nichts machen.“ Der arme Teufel stieg ein und hoffte geduldig. Beim Einsteigen war auch die Platzsituation ganz günstig, da außer dem Kranken nur zwei Personen im Abteil waren. Aber noch vor Abfahrt des Zuges kam eine Partie lärmender Italiener, welche Medl in jenes Abteil dirigierte, so daß der kranke Mann eingemauert zwischen schreienden und rauchenden Italienern schön „Sabb acht“ sitzen mußte. Dies war die erste Rücksichtslosigkeit. Aber es sollte noch besser kommen. Gleich nach Abfahrt kam Medl Fahrkartenrevidieren. Nach Beendigung dieses winkte er einem der Mitreisenden, er solle ihm folgen. Der kranke Mann bemerkte dies und ging ebenfalls nach, im berechtigten Glauben, daß auch für ihn ein anderer Platz sein werde. Zufolge seines Zustandes konnte er aber nicht so rasch folgen, kam daher gerade noch recht, als Medl die Tür eines kleinen Abteils aufschloß und abperrte. Dem kranken Mann sagte er, er soll auf seinen Platz zurückkehren, er habe für ihn keinen anderen Platz. So mußte der schwerleidende Mann, dem man die Krankheit vom Gesicht ablesen kann, nach 10stündigem Herumgehen noch mehr als fünf Stunden eingekerkert wie ein Hering in Lärm und Rauch zubringen, nur weil er es nicht verstand, das Mitleid des Herrn Medl, Personenzugskondukteur aus „Gottes Gnaden“ zu wecken. In Wischhofshofen von dem Kranken zur Rede gestellt über dieses unkollegiale Verhalten, spielte der gute Medl nach echt christlicher Manier den Drückeberger.

Nun, dem kranken Verschieber möge zum Troste dienen, daß dieses aus Gottes Unvorsichtigkeit Mensch gewordene Subjekt ja allbekannt ist, und daß dies nicht seine erste Rücksichtslosigkeit, wahrscheinlich auch nicht seine letzte war. Daß wir diesen privilegierten Pappendelmwider auf das wärmste...

empfehlen ist selbstverständlich. Wir geben aber gleichzeitig das Zauberwort bekannt, durch welches Mitleid und Menschengefühl auf die christliche Art bei Medl geweckt werden kann: „Weiben mit Daumen und Zeigefinger“.

Salz. Am 15. April, als wir mit Zug 706 in die Station einfuhren, hörten wir ein furchtbares Geschrei und Gebrüll vom Herrn Bahnmeister J o b i t, so daß wir glaubten, es gab ein Elementarereignis oder große dienstliche Befehle. Es wurde uns mitgeteilt, daß ein Arbeiter, welcher für die Station Kohlen entleerte, etwas später zum Frühstück ging und infolgedessen auch später zu seiner Stationsarbeit zurückkehrte als zur vorgeschriebenen Zeit. Nachträglich erkundigten wir uns, ob Herr J o b i t überall so genau nimmt, aber weit gefehlt. Für seine Person und Familie da dürfen die Arbeiter und Professionisten alles tun, so daß er jahraus, jahrein gänzlich für sich einen Arbeiter beschäftigt zum Holz-, Kohlen- und Wassertragen, Spähnenmachen für die Gnädige, Teppichklopfen, sämtliche Gartenarbeiten und Bier holen. Nur das Sch... braucht er nicht auszutragen. Wehe dem Arbeiter, wenn er einmal was vergißt, sofort kommt die Gnädige mit der Rute. Wir fragen hiemit die löbliche f. f. Staatsbahndirektion Innsbruck, ob dem Bahnmeister J o b i t allein dieses Privilegium eingeräumt ist, wenn nicht, so ist es höchste Zeit, daß derartige Mißstände abgeschafft werden.

Salzhofen. (Todesfall.) Donnerstag den 18. d. M. wurde unser treuer Genosse und Obmann Josef W e d e n i g g zu Grabe getragen. Wie beliebt er bei allen war, zeigten die schönen Kranzspenden sowie die überaus große Beteiligung an dem Leichenbegängnis. Die Genossen werden dem braven Kämpfer allerorts ein gutes Andenken bewahren.

Oberberg. (Todesfall.) Die Ortsgruppe Oberberg des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines hat einen schweren Verlust zu beklagen. Ihr treues Mitglied Genosse Rudolf F i s c h e r, Lokomotivbeizler der f. f. St. B. ist nicht mehr. Genosse F i s c h e r war einer der Mitbegründer unserer Ortsgruppe, und all sein Denken und Streben war dahin gerichtet, dieselbe zu heben und zu fördern. Kein Kampf war ihm zu schwer und kein Opfer zu groß. Seine ganze dienstfreie Zeit widmete er der Gewerkschaft als auch der Partei, deren unermüdlischer und opferwilliger Kämpfer er war. Selbst seine langwierige Krankheit hinderte ihn nicht, sich bis zum letzten Augenblick in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. Die Ortsgruppe Oberberg des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines sowie auch der Wahlverein in Oberberg werden dem Dahingeschiedenen immerdar ein treues Andenken bewahren. Am 18. d. M. wurde Genosse F i s c h e r unter massenhafter Beteiligung seiner Genossen und Kollegen zu Grabe getragen. Möge dem Verstorbenen die Erde leicht sein.

Krems an der Donau. (Ein netter Zugse-r e b i s o r.) Am Ostermontag ist mit Zug 1813 ein Bahnmaurer der Bahnerhaltungsektion Krems a. d. Donau mit seinen beiden 8½- und 9½-jährigen Kindern nach Spit-z a. d. Donau gefahren. Er war, weil nur Kinder vom zehnten Lebensjahr an eine Identitätskarte oder bei den Angestellten eine Legitimation erhalten, der Meinung, daß Kinder unter zehn Jahren überhaupt frei sind von der Entrichtung einer Fahrgebühr. Am Ostermontag hatte er bei der Hinfahrt nach Spit-z für die Kinder keine Karten gelöst, sondern nur für sich allein. Er hatte absolut nicht die Absicht gehabt, die Bahnverwaltung zu schädigen. Nun kam bei diesem Zug am Ostermontag der Zugrevisor Herr Machofsky — ein bekannter Losgänger auf die Bediensteten — und revidierte unter anderem auch seine Fahrlegitimation. Er beschlagnahmte die Identitätskarte dieses Bahnmaurers und auch seinen Fahrchein zum ermäßigten Preis und fragte in Gegenwart des Kondukteurs, ob die beiden Kinder seine Kinder seien, was der Bahnmaurer bejahte. Beanstandet hat er ihn aber deshalb nicht, weil er für die Kinder keine Karten hatte. Der Revisor fragte gar nicht darnach, ob er für die zwei Kinder auch Fahrkarten habe. Er hat nur das Fehlen der Unterschrift auf der Identitätskarte beanstandet. Als der Arbeiter mit dem Abendzug zurückfuhr, kam Herr Machofsky gleich zu ihm und fragte ihn um die Karten. Nachdem Herr Machofsky vormittags nicht nach der Fahrkarte für die Kinder gefragt hatte, so hat dies den Arbeiter in seiner Meinung: Kinder unter zehn Jahren brauchen keine Karten, nur noch mehr bestärkt. Kinder unter zehn Jahren brauchen keine Fahrkarten! „So, so,“ sagte Herr Machofsky, „seit wann denn nicht?“ Der Arbeiter sagte diese Meinung ganz offenerzig Herrn Machofsky und daß er in der Früh doch auch nicht nach den Karten gefragt habe. Herr Machofsky nahm ihm die Identitätskarte ab, stellte einen Nachzahlungsschein auf Kr. 2.18 aus, und fragte den Arbeiter, ob er dies zahlen wolle. Der Arbeiter gab ihm zur Antwort: „Ich werde mich früher erkundigen, ob ich auch wirklich für die Kinder zahlen muß; wenn ja, werde ich auch zahlen.“ Herr Machofsky sagte nichts mehr, sondern nahm nur die Identitätskarte des betreffenden Bahnmaurers mit. Vergangene Woche (Freitag den 12. April) erhielt die f. f. Bahnerhaltungsektion in Krems a. d. Donau den Auftrag, vor der f. f. Staatsbahndirektion in Wien, sie wolle bei der Auszahlung dem Bahnmaurer 24 Kr. in Abzug bringen! I! Wer ist aber in diesem Fall der eigentlich schuldige Teil? Der Arbeiter bekommt keine Instruktion, aus welcher er entnehmen könnte, daß Kinder nur bis zum vollendeten vierten Lebensjahr keine Fahrkarte benötigen. Gesagt wurde es ihm auch nicht, nicht einmal vom Herrn Machofsky, als er ihn bei der Hinfahrt revidierte. Der Schuldige ist der Herr Zugrevisor Machofsky, welcher ihn bei der Hinfahrt, ob mit oder ohne Absicht, gar nicht nach der Fahrkarte der Kinder gefragt hat. Hätte er den Bahnmaurer nach derselben gefragt, so wäre es diesem nicht eingefallen, die Rückfahrt abermals ohne Fahrkarten für die Kinder anzutreten; es wäre ihm auch bei der Hinfahrt nicht eingefallen, die Nachzahlung zu verweigern, wie er es bei der Rückfahrt getan.

Verammlungsberichte.

Knittelfeld. (Die Feuerwehr als Versammlungssprenger.) Diese Empörung muß jeden anständigen Menschen ergreifen, wenn er vernimmt, daß eine Versammlung einer Genossenschaft durch den Eingriff der Feuerwehr auseinandergejagt wurde, wenn man aber die Begleiterscheinungen kennt, so ergreift einen eine tiefe Verachtung vor dieser moralischen Verkommenheit der Veranstalter. Vorgekommen ist dieses Beschämende in Knittelfeld bei der Generalversammlung des Lebensmittelmagazins. Man ist hier eine niederträchtige und stuppelose Kampfweise seitens der Gegner gewohnt und an manch solche Proben bereits gewöhnt, aber das, was man sich am Sonntag den 21. d. M. leistete, überbietet alles bisher Dagewesene. Das Lebensmittelmagazin ist seit langem ein Streitobjekt und die Quelle so mancher Blamagen für die Beamten und deren Anhang. Dieses Institut hat die Aufgabe, die Bediensteten der f. f. Staatsbahnen mit Lebensmitteln zu versorgen, aber nicht nur in Knittelfeld, sondern auch der Strecke von Amstetten bis Triest und anderen, da diese Leute oft nicht einmal die Gelegenheit dazu haben. Das Institut nimmt der f. f. Staatsbahn, welche die Leute an so weitentlegene Posten stellt, die Verpflichtung ab, dieselben mit Lebensmitteln zu versorgen, eine Aufgabe, die eigentlich jedem so großen Unternehmen selbst zukommt. Die Staatsbahndirektion übernimmt nur die Aufgabe, die Beträge, welche die bezogenen Waren ausmachen, den betreffenden Bediensteten vom Lohn oder Gehalt in Abzug zu bringen, was schließlich auch im Statut festgelegt ist. Ferner gibt sie Prachtemäßigung, um den Bediensteten auf der Strecke billiger sein...

ben zu können. Es ist eine Unwahrheit, daß den Bediensteten die Waren des Lebensmittelmagazins durch die L. L. Staatsbahnen ganz unentgeltlich befördert werden. Weder Geld noch sonstiges erhält das Institut von der L. L. Staatsbahn — es muß sich ganz aus eigenem Erhalten — trotzdem nimmt sich die Gruppe der Beamten heraus, der berufene Vorwand über das Institut der gesamten Bediensteten zu sein. Vor vielen Jahren wurde eine solche Verbannung auch statutarisch festgelegt und trotzdem solches bereits durch die Zeit weit überholt erscheint, so soll es selbst als Unfug auch in Zukunft so bleiben. Die Generalversammlung sollte nun die Statuten ändern, und zwar sollte dadurch das Institut etwas modernisiert werden, ein Aufsichtsrat soll geschaffen werden, ein Widerstandsfonds soll eingeführt werden, die Anteile sollten erhöht werden, um denselben Geld und eine weitere Verwaltungskraft zu geben. Außerdem sollte die fixe Bezahlung an die Vorstandsmitglieder abgeschafft werden und an Stelle dessen soll die Generalversammlung eine Remuneration beschließen können. Es soll nicht eine Gehaltszulage sein, wie es sich die L. L. Staatsbahndirektion auslegt, sondern soll nur für solche gegeben werden, die sich auch tatsächlich um das Entwicklung des Instituts kümmern, wenn sie in die Verwaltung gewählt werden. Diese Statutenänderung ist für das weitere Bestehen der Genossenschaft notwendig, diese Meinung hat sich auch bereits bei dem größten Teil der Mitglieder durchgedrungen, findet jedoch an dem starren Widerstand der Beamten, welchen der Ständebüchler höher steht als die Genossenschaft, ein Hindernis. Was wollen nun diese haben? Im Vorstand und Aufsichtsrat zumindest die gleiche Anzahl von Beamten als Bedienstete, überall soll der Obmann ein Beamter sein und dieser soll bei Abstimmungen zwei Stimmen haben, außerdem für die Beamten ein Kurienwahlrecht. Da ein solch weitgehender Wunsch nicht die volle Berücksichtigung finden konnte, da doch in der Genossenschaft die Mitglieder nicht mit solchem verschiedenartigen Maßstab behandelt werden können, insoweit die Beamten einen Stand, wozu sie als Akteure die gelben Organisationen der Arbeiter verwendeten. Bereits bei Beginn der Versammlung machte es sich bemerkbar, daß der Vorsitzende mit Absicht die Geschäftsordnung verleihe und durch das Lärmen seiner Garde lebhaftere Unterstützung fand. Alle Anträge wurden von ihm ignoriert und er, als Obmann des Vorstandes, welcher die Statuten einbrachte, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Versammlung nicht abgehalten werden und das Statut nicht geändert werden kann. Diese Meinung wurde ihm von den bekannten Wächern und Feinden des Instituts suggeriert. Es kam zu keiner Verhandlung, die gebungenen Scharen der Beamten schrien und tobten wie eine losgelassene Horde, und dieses nahm der famose Vorsitzende mit Namen Lepetit zum Anlaß, die Versammlung vor Eingang in die Tagesordnung zu schließen, da eine Verhandlung, nach seiner Erklärung, nicht mehr möglich war. Es ist nun klar, daß die Beamten mit Willen und Wissen der Direktion in Willach dies veranlaßten. Eine solche niederträchtige Niedertrampelpolitik des Rechtes muß selbstredend einen Brand entzünden, den selbst eine Direktion in Willach nicht löschen wird können. Kaum war nun die Verhandlung geschlossen, so hörte man plötzlich Feueralarm und an der Spitze von einigen in Uniform stehenden Dorfweilern und Beamten erschien nun der seitfam bekannte Kramar und begann nun unter den bereits fortgehenden Leuten in echt kroatischer Weise in brutaler Form zu wirken. Dieser Herr „Beamte“ fand es nicht unter seiner Würde, einem ruhig stehenden Mann die Augenkläuser vom Gesicht zu reißen und denselben Verletzungen beizubringen. Die Provokation wurde mit allen Mitteln betrieben, und schließlich wollte man mit der Feuerprobe in die weggehenden Leute spritzen, was selbstverständlich eine Situation geschaffen hätte, deren Folgen unübersehbar gewesen wären. Unter den Mitgliedern herrscht eine tiefe Erbitterung, und es hat dieser Vorgang zur Festigung der Autorität nicht beigetragen. Ueber 500 Menschen mußten sich von einer gebungenen Horde mit höchstens 150 Mann so terrorisieren und schließlich noch unter Anwendung der Brachialgewalt, wie zur Zeit des Ausnahmezustandes auseinanderjagen lassen. Schuld, daß es so kommen mußte, ist die Direktion in Willach und nicht in letzter Linie der Direktor Ostheim selbst, und werden wir auf die Stellungnahme dieses Mannes noch zu sprechen kommen. Wir stellen dieses nur in der Öffentlichkeit fest, damit ihm der Weg beim Ministerium, alles abzuleugnen, abgeschnitten ist. Die Bediensteten waren erstunken über die Niedertracht, welche eigentlich die moralische Verfassung des Beamtenstandes und aller jener, die sich mit diesem identifizieren, zum Ausdruck bringt. Sie aber werden das begonnene Werk vollenden, und cheftens wird die Fortsetzung der Generalversammlung bekanntgemacht werden.

Kriegsdorf. Am 14. April fand im Arbeiterheim in Freudenthal eine zahlreich besuchte Versammlung des Wächterpersonals statt, in welcher Personalkommissionsmitglied Adolf Gebr Bericht erstattete.

St. Pölten. Eine zahlreich besuchte Versammlung fand am 14. April in den Stadtsälen statt, wo Genosse Dufschel über die Lohnbewegungen der Eisenbahner in ausgedehnter Rede die massenhaft erschienenen Eisenbahner informierte. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute den 14. April in den Stadtsälen versammelten Eisenbahner St. Pöltens betrachten die vom Eisenbahnministerium bewilligten 21 Millionen Kronen als Abschlagszahlung und fordern daher die volle Durchführung der vom Parlament bewilligten 38 Millionen Kronen als jene Summe, welche zur Erfüllung der allerdingendsten Forderungen des gesamten Eisenbahnerpersonals notwendig ist. Dieselben sprechen der sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus ihr volles Vertrauen für ihr mannhaftes Eintreten in der Eisenbahnerfrage aus und verlangen, daß sich unsere Fraktion mit allen Mitteln dafür einsetze, daß der Beschluß unserer Volksvertretung in der allerraschesten Weise verwirklicht wird.“

Wien-Favoriten II. (Wagenpuffer der Staats-eisenbahngesellschaft.) Die Wagenpuffer in Wien St. E. G. arbeiten derzeit im Afford. Zur Grundlage der Krankentafelabgabe wurde ihnen feinerzeit ein Lohn erstellt und erhielten die Anfänger einen solchen von Kr. 2.50. Seit Jahren bestand dieser Lohn, doch hatten auch einige wenige einen Lohn von Kr. 2.60, 2.70 oder schon Kr. 2.80. Diese letzte Lohnhöhe wurde bis jetzt aber nur von einem einzigen Wagenpuffer erreicht.

Nun sind, wie alle anderen Affordarbeiter, auch die Wagenpuffer um eine Lohnregulierung erbittlich geworden, ohne daß sie im Affordverdienst selbst Schaden nehmen sollen. Eine Lohnaufbesserung soll auch bei ihnen so zum Ausdruck kommen, daß sie als Aufbesserung in ihren Bezügen faktisch erzielt wird und nicht vom Affordverdienst selbst abhängt. Diese Lohnregulierung soll sich aber auch darauf erstrecken, die Grundlöhne auch bei den Affordarbeitern durchzuführen und die Affordarbeiten nach ihrer Dienstzeit eingureichen. Um die Angelegenheit an kompetenter Stelle wirksam vorzutragen, hat nun auch diese Kategorie sich endlich befaßt, sich zu organisieren, nachdem sie sich jahrelang vom Verkehrsbande zum Weiten halten ließ. In einigen Versammlungen haben sie ihre Lage besprochen und gefunden, daß sie in unerhörter Weise geschädigt worden sind, indem sie von der Kurrende 180 vollständig und unbedeutend ausgeschaltet wurden. Genosse Swoboda, der Vertreter der Zentrale, hat in den Versammlungen dieser Wagenpuffer die Verhältnisse eingehend dargelegt; er bewies

die Manipulation des Verkehrsbandes, der ihnen den Koffer der Stabilisierung nur deshalb hinwarf, um sie, die Affordlojen, aus der Kurrende 180 auszuschalten und hob die gewaltige Schädigung hervor, die die Wagenpuffer seit dem 1. Mai 1911 erlitten haben. Die Organisation wird, soferne sie von den Wagenpuffern das Mandat hat, auf das allerentschiedenste für diese ganz vernachlässigte Arbeiterkategorie eintreten. Aber die Organisation bei dieser Gruppe darf nicht vernachlässigt werden, denn nur dann wird ihre Lage einer Revision unterzogen werden, wenn alle einmütig hinter der Organisation stehen.

Die letzte dieser Versammlung (16. April I. J.) zeitigte nun folgende Entschliezung, die der Dienststelle unterbreitet wurde:

Resolution:

„Die heute am 16. April 1912 in Wien X, Arbeiterheim, tagende Versammlung der Wagenpuffer Wien St. E. G., welche im Einverständnis sämtlicher in Wien St. E. G. bediensteten Wagenpuffer tagt, hat im Verlauf der Versammlung folgende Kollegen: Wenzel Trauscha, Emanuel Marc, Rudolf Klos und Eduard Czech zu ihren Vertrauensmännern einstimmig gewählt. Die Versammlung beschließt, daß diese genannten Vertrauensmänner nunmehr die Wagenpuffer Wien St. E. G. in allen Angelegenheiten vertreten.“

Durch die einstimmig erfolgte Annahme der Resolution wird erzielt, daß der einzige Mensch, der bisher die Verhältnisse der Wagenpuffer verwickelte und verbandelte, endlich unschädlich gemacht wird. Hoffentlich wird aber auch die betreffende Dienststelle den betreffenden Menschen fernzubalten verstehen.

Perg. Am Sonntag den 14. April 1912 fand eine sehr gut besuchte Vereinsversammlung statt, zu welcher als Referent Genosse Schneider aus Wien erschienen war. Genosse Schneider besprach sehr eingehend die Existenzverhältnisse der Bahnerhaltungsarbeiter. Vorsitzender Genosse Dimitzberger aus Schwertberg dankte im Namen der Ortsgruppe Krenns a. d. D. für das zweistündige Referat.

Wächtervereinsammlungen. Am 20., 21. und 22. April I. J. fanden in Waidhofen, Selzthal, St. Michael, Ungmarkt und St. Veit Wächtervereinsammlungen statt, in welchen Personalkommissionsmitglied Genosse Dollinger aus Thörl-Maglern referierte. Der Besuch der Versammlungen war ein guter und fanden die Ausführungen ungeteilten Beifall. Auf dringendes Verlangen der Wächter hatte Genosse Dollinger die Zusage gemacht, daß er die Kandidatur für die Neuwahl in die Personalkommission aufrecht erhält, und werden die Wächter ersucht, für die Wahl des Genossen Dollinger einzutreten.

Wolfsberg. Am 8. April sprach hier in einer gut besuchten Versammlung Genosse Kusidka aus Willach über „Die Forderungen der österreichischen Eisenbahner“.

Olmutz. Am 21. April sprach Genosse Rouka aus Brünn in einer gut besuchten Versammlung in Groß-Wosternitz über „Die Forderungen des Eisenbahnerpersonals“.

St. Veit an der Glan. Samstag den 20. April I. J. fand in S. J. G. ein gut besuchtes Versammlung statt. Der Bericht des Genossen Dollinger über die Tätigkeit der Personalkommission in der abgelaufenen Periode wurde mit Beifriedigung zur Kenntnis genommen und Genossen Dollinger für seine Tätigkeit der Dank durch Erheben von den Seiten ausgedrückt. Des weiteren wurde Genosse Dollinger auch wieder für die nächste Periode als Kandidat für die Personalkommission aufgestellt und dessen Kandidatur einstimmig angenommen. Sache und Pflicht der Wächter ist es, durch fleißige Agitation dahin zu wirken, daß der so verdienstvolle Genosse Dollinger wieder gewählt wird.

Aus den Organisationen.

Lobositz. Bei der am 21. April abgehaltenen Generalversammlung wurde Genosse Wenzel Prodl, wohnhaft in Sullnowitz Nr. 7, zum Obmann gewählt. Die nächste Versammlung findet am 27. Mai um 3 Uhr nachmittags statt.

Auverschin. In der am 14. April 1912 abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Josef Teuschel, Obmann, Jaroslav Zeman, Stellvertreter; Franz Rudolf, Schriftführer, Anton Proh, Stellvertreter; Rudolf Mauer mann, Kassier; Karl Proh, Josef Wankowsky, Revisoren; Josef Pohl, Josef Krotte, Johann Zanda, Hubert Ahne, Ausschussmitglieder; Karl Proh als Vertrauensmann für die Oberbauarbeiter. Zuschriften sind an Josef Teuschel in Belboth, in Geldangelegenheiten an Rudolf Mauer mann zu richten. Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat um 8 Uhr abends im Vereinslokal statt.

Dzieditz. Am 18. März I. J. fand die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt, welche ausnahmsweise gut besucht war. Nach vollzogener Neuwahl des Ausschusses referierte Genosse Adolf Müller über die Teuerungssaktion. Seine klaren und treffenden Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Bei der Wahl wurden nachstehende Genossen in den Ausschuss gewählt, beziehungsweise wiedergewählt: Rudolf Londzjn, Obmann, Otto Lorenz, Stellvertreter; Ferdinand Wozniak, Kassier, Anton Wahn, Stellvertreter; Karl Hanke, Schriftführer, Boleslaw Urbanczyk, Stellvertreter; Rudolf Helmbacher, Leopold Michno, Revisoren; Josef Jaczek, Rudolf Balla, Ausschussmitglieder. Als Subkassiere wurden für das Heizhauspersonal Otto Lorenz, für die Zugbegleiter Anton Wahn bestimmt. Alle Zuschriften sind an Rud. Londzjn, Stationsmeister, in Kasienangelegenheiten an Ferdinand Wozniak, Wagenaufseher, Dzieditz, Bahnhof, zu richten.

Die Monatsversammlungen finden wie bisher an jedem ersten Montag eines jeden Monats statt. Fällt auf diese Tage ein Feiertag, so wird die Versammlung am nächsten Tage abgehalten.

Prerau. (Ortsgruppe I.) Bei der am 8. April 1912 stattgefundenen Generalversammlung wurden nachstehende Genossen in die Ortsgruppenleitung gewählt: Leopold Lazar, Obmann, Alois Polzer und Gnesl Sindelar, Stellvertreter; Josef Bartelzy, Kassier; Johann Schestak und Franz Kotal, Schriftführer; Anton Walter und Peter Winter, Bibliothekare; Anton Navařik und Johann Občáček, Ausschussmitglieder; Stephan Pietrzak, Adalbert Klappa und Franz Krenn, Erfahrmänner; Anton Pražil und Julius Landil, Revisoren.

Die Ausgabe von Büchern aus der Bibliothek beginnt Montag den 6. Mai, und zwar jeden Montag von 7 bis 8 Uhr abends im Vereinslokal Hotel „Austria“.

Sämtliche Zuschriften sind zu richten an den Obmann Leopold Lazar, Kramakasse 33.

Graz II. (L. L. Staatsbahn.) Bei der am 20. April 1912 stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Graz II wurden nachstehende Genossen in den Ausschuss gewählt: Johann Reisch, Oberkondukteur, Obmann, Hechtl und Kramer, Stellvertreter; Johann Bach, Manipulant, Kassier, Liz und Kraker, Stellvertreter; Johann Lang, Schriftführer, Preßinger, Stellvertreter; Johann Finl, Bibliothekar, Schöffman und Kornhäusler, Stellvertreter; Keunegger und Moil, Kontrolloren.

Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Johann Reisch, Oberkondukteur, Graz, Schönau-

gürtel 31, in Geldangelegenheiten an Genossen Johann Bach, Manipulant, Graz, Flugasse 33, zu richten. **Marienburg.** Bei der am 8. April I. J. stattgefundenen Hauptversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Johann Deml, Obmann, Johann Luft, Stellvertreter; Franz Schuster, Kassier; Josef Pallek, Schriftführer; Johann Madl, Bibliothekar; Andreas Standfest und Anton Böhm, Kontrolloren. Für Plan wurde Genosse Brezzi und für Tachau Genosse Czerny zur Entfasserung der Mitgliedsbeiträge und Entgegennahme von Wünschen der dortigen Genossen bestimmt.

Wien X. (Staats-eisenbahngesellschaft.) Am 10. April I. J. hat die zahlreich besuchte Generalversammlung obiger Ortsgruppe stattgefunden. Einstimmig gewählt wurden: Kirchmayer, Obmann, Prajschal und Benisch, Stellvertreter; Kavaz, Schriftführer, Winter, Stellvertreter; Bucher, Kassier, Mathias Kobsa, Stellvertreter; Steingasser, Winler und Gilmer, Kontrolloren. Außerdem wurden 38 Genossen in den erweiterten Ausschuss gewählt.

Dem scheidenden Obmann Genossen Emil Pohl wird auf diesem Wege der beste Dank für sein erprobliches Wirken ausgesprochen.

Dorberg. Wegen Zentralisierung der Bibliothek werden alle Mitglieder, welche Bücher entliehen haben, dringend ersucht, dieselben bis zum 7. Mai I. J. rückzugeben und werden die Mitglieder gleichzeitig aufmerksam gemacht, daß die Bibliothekbenützung bis nach erfolgter Zentralisierung eingestellt wurde. Die Wiederbenützung wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Görfan. Am 21. April fand die diesjährige Generalversammlung statt, in welcher Genosse Gringner aus Bobenbach einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation hielt, wofür ihm reichlicher Beifall wurde. In den Ausschuss wurden gewählt: Wenzel Ehrlich, Zählstellenleiter; Josef Mitterbauer, Kassier; Felty Dudzil, Schriftführer; Johann Hübnl, Bibliothekar; Josef Vichnert, Kassienkontrollor; Josef Stumpf, Anton Schmiedl jun. und Proh, Ausschussmitglieder.

Rudelsdorf. Die Ortsgruppe hielt am 21. April ihre Generalversammlung ab, wobei folgende Genossen gewählt wurden: Karl Klimesch, Obmann, Franz Hartmann, Stellvertreter; Josef Birzl, Schriftführer, Johann Püll, Stellvertreter; Wenzel Theimer, Florian Koller, Alois Demel und Franz Wohlich, Ausschussmitglieder; Franz Slezak und Wilhelm Lienert, Kontrolloren; Josef Stindl und Richard Waber, Kassiere; Vertrauensmänner: für Rudelsdorf Josef Schmidt; für Thomigsdorf Rudolf Theimer, Wächter; für Triebitz Franz Wohlich, Bahnrichter.

Wiesau-Oberlentendorf. Es diene allen beteiligten Ortsgruppen der Sterbefasse zur Kenntnis, daß am 6. April d. J. die Wirtschafterin des Genossen Gustav Start, Mitglied der Sterbefasse, gestorben ist und die Sterbequote per 80 Kr. vom Genossen Horu am 12. April 1912 beboden wurde. Es werden daher alle Ortsgruppen und Mitglieder ersucht, ihre Beiträge ehestens abzuführen. Insbesondere ergeht an die Mitglieder der Ortsgruppe Wiesau-Oberlentendorf die dringende Mahnung, ihren Pflichten bezüglich der Kassienordnungsgemäß nachzukommen, da sonst Schwierigkeiten für die zahlreihen Fahler entstehen könnten.

Unser Hinterbliebenenunterstützungsfonds.

Aus unserem Hinterbliebenenunterstützungsfonds wurden für folgende Sterbefälle die laut Regulatoriv festgesetzten Hinterbliebenenunterstützungen ausbezahlt:

- 29. Rohut Ludwiga in Stanislaw;
- 30. Kowaluk Michael in Stanislaw;
- 31. Marischner Franz in Tetschen;
- 35. Cervenka Maria in Bilgram;
- 36. Szednička Franz in Wien XI/1;
- 37. Malzer Ignaz in Bieng I/;
- 38. Lodinger Anna in Linz;
- 39. Sternath Maria in Leoben;
- 40. Pototschnig Johanna in Marburg II/;
- 41. Vokorny Barbara in Klado;
- 42. Gwozdiewicz Antonia in Oswieczim/;
- 43. Jmlauer Johann in Saalfelden/;
- 44. Simánek Wenzel in Pilsen/;
- 46. Fuchs Johann in Wien IX (Msergrund/);
- 47. Rudisch Emilie in Hohenstadt/;
- 48. Klement Anton in Wien IX (Msergrund/);
- 49. Ulrich Anton in Saaz/;
- 51. Lábř Johann in Jaroměř/;
- 52. Grubes Emilie in Wien XXI (Stadlau/);
- 53. Bednár Eduard in Schredenstein/;
- 54. Rank Hedwig in Lundenburg/;
- 55. Furian Leopold in Marchegg/;
- 56. Kumpfer Gisela in Simmering/;
- 57. Brinek Anton in Neuhaus/;
- 58. Kareis Auguste in Komotau/;
- 59. Czedtichy Karl in Braunau am Inn/;
- 60. Altrichter Wenzel in Zlatau/;
- 61. Ziegelwanger Josef in Burkersdorf/;
- 62. Varnikel Anton in Rozwadów/;
- 63. Swoboda Maria in Bodenbach/;
- 64. Theimer Maria in Bärn/;
- 65. Wieser Susanne in Hallein/;
- 67. Preismuh Margareta in Rosenbach/;
- 69. Fischer Rudolf in Dorberg/;
- 70. Fürtig Anna in Böhmischem Kamnik/;
- 71. Herbst Katharina in Leoben/;
- 73. Fric Jakob in Holfau/.

Genossen, sorgt durch unermüdlige Agitation für den Beitritt zu diesem Fonds und für Kräftigung desselben!

Technisches.

Desinfektionsanlage für Eisenbahnwaggons. In der Hauptwerkstätte des Bahnhofes Potsdam ist seit ungefähr einem Jahre ein Apparat in Betrieb, der in höchst einfacher Weise gestattet, ganze Eisenbahnwaggons zu desinfizieren, eine Arbeit, die früher sehr langwierig und teuer war und zudem nicht immer die gewünschte Wirkung hatte. Die neue Anlage dient, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, außer zur Desinfektion auch noch zur Reinigung der Wagen, besonders der nach Ausland verkehrenden D-Zugwagen, von Anzeigefeder und schließlich auch zum Austrocknen von Speiseeigenen, deren Fußböden häufig bößig durchnäßt sind. Während eine gründliche Reinigung von D-Zugwagen und die völlige Vertilgung des Anzeigefeders in ihnen bisher nur durch Herausnehmer aller Holzstücke zu erreichen war, ist dies bei dem neuen Apparat nicht erforderlich. Die Anlage besteht aus einem gußeisernen Zylinder, der etwa 25 Meter lang ist und einen Durchmesser von un-

gefähr 5 Meter hat. Seine beiden Enden sind durch Böden verschlossen; der eine dieser Böden kann mit Hilfe eines Kranes zur Seite gedreht werden. Das Gewicht des Apparates samt dem Kran beträgt 185.000 Kilogramm. In den Zylinder führt ein Geleise hinein, auf dem der zu reinigende Wagen eingefahren wird. Dann wird der Deckel mittels des Kranes vorgefahren und mit Klappschrauben an den Rand des Zylinders festgedrückt. Ist der Apparat luftdicht verschlossen, so wird der Innenraum mittels Frischdampfes auf etwa 50 Grad Celsius angeheizt und zugleich mit Hilfe einer von einem Elektromotor angetriebenen Luftpumpe die Luft im Innern des Zylinders stark verdünnt. Die gleichmäßige Durchwärmung des Zylinders und des eingefahrenen Wagens nimmt fünf Stunden in Anspruch, obwohl zwei elektrische Ventilatoren die Luft in ständiger Bewegung halten. Das Evakuieren des ganzen Raumes, der nahezu 500 Kubikmeter groß ist, dauert zwei Stunden. Da in einem derartig evakuierten Raume bei einer Temperatur von 50 Grad allen Lebewesen ihre Körperflüssigkeit entzogen wird, so ist man sicher, daß hierbei alle Insekten und auch ihre Brut vernichtet werden. Weiter die Polster noch die Wandbekleidung müssen hierbei entfernt werden, und auch die äußere Lackierung des Wagens wird in keiner Weise angegriffen. Schließlich wird in dem Vakuum noch Formalin verdampft, dessen Dämpfe beim Wiedereintrömen der Luft von dieser bis in die kleinsten Poren mitgenommen werden, so daß auch eine vollkommene Abtötung aller Krankheitskeime mit Sicherheit erreicht wird. Die Reinigungsloskosten eines großen Schlaf- oder D-Zugwagens belaufen sich auf 20 Mk., während früher die Reinigung eines durch Ungeziefer verunreinigten Wagens das Zehnfache an Löshen kostete und durchaus keine Gewähr für eine einwandfreie Reinigung gab.

Automatische Kuppelung der Eisenbahnwagen ist eine der wichtigsten Maßnahmen des Arbeiterschutzes im Eisenbahnbetrieb, da bei der jetzigen Art, durch Menschenhand die Verbindung zwischen den Wagen herzustellen, alljährlich zahlreiche Todesfälle und Verletzungen vorkommen. Seit langer Zeit beschäftigen sich in fast allen Ländern die Eisenbahnverwaltungen mit der Lösung dieser Aufgabe, die indessen an die Technik sehr erhebliche Schwierigkeiten stellt. Ein neues System, nach seinem Erfinder Voiraust genannt, wurde bei Gelegenheit der V. Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für geschulden Arbeiterschutzes in Lugern, September 1908, praktisch vorgeführt; damit angestellte Proben im Bereich der Eisenbahndirektion Saarbrücken ergaben indessen, wie der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten im Landtag erklärt hat, doch noch gewisse Mängel, namentlich wurde auf das bei Risse und Kälte eintretende Einfrieren der Kuppelvorrichtungen hingewiesen. Wie man uns schreibt, soll es nunmehr gelungen sein, diese Mängel durch Verbesserungen der Konstruktion zu beseitigen oder doch auf ein geringes zurückzuführen. In Frankreich haben infolge dessen auf Antrag der Regierung die Kammer (am 10. Februar 1911) und der Senat (5. Juli 1911) einen Kredit von 1.200.000 Franken bewilligt, damit auf fünf von La Rochelle ausgehenden Staatsbahnstrecken 700 automatische Kuppelapparate eingeführt werden. Dieser Vorgang hat begreiflicherweise die Aufmerksamkeit in Deutschland aufs neue auf dies System der automatischen Kuppelung gelenkt und die preussische Eisenbahnverwaltung veranlaßt, die Versuche damit in Saarbrücken wieder aufzunehmen.

Literatur

Zu dem am 12. Mai 1912 stattfindenden Zweiten Sozialdemokratischen Frauentag ist soeben eine 16 Seiten starke Agitationszeitung für das Frauenwahlrecht erschienen, herausgegeben von Maria Zettin.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Fest der Blüte. Gedicht von Maria Müller-Jahnke. — Zum 12. Mai. — Die Schmerzensreichen. Gedicht von Ida Negri. — Die Internationalität des Frauentages. Von Adelheid Popp (Wien). — Für unser Recht. Aus der Rede von August Bebel zum ersten sozialdemokratischen Antrag, der 1895 im Deutschen Reichstag das Frauenwahlrecht forderte. — Das Frauenwahlrecht, eine geschichtlich begründete Forderung. Von Luise Zieh. — Das Bürgerrecht — ein Recht der Mütter. Von Berta Selinger. — Schicksal. Gedicht von Ida Negri. — Frauenwahlrecht und Klassenkampf. Von Rosa Luxemburg. — Warum fordern wir volles Bürgerrecht? — Mutter. Gedicht von Maria Müller-Jahnke. — Die Bedeutung des Frauenwahlrechtes für die Arbeiterinnen. Von Gertrud Hanna. — Frauenwahlrechtsbewegung in Bayern. Von Selene Grünberg. — Entschaltet aus der Hülle... Gedicht von Wally Whimann. — Als die Frauen in Finnland zum erstenmal zur Wahlurne gingen. Von Silja Pärsinen, Seltsinger und andere.

An künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: Aufende Bergarbeiterin, von Meunier. — Porträts der Sozialdemokratinnen im finnischen Landtag. — Walküre, von Stephan Einding. — Die Achrenleserinnen, von Millet. — Judith, von Botticelli.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Dieselbe ist von der Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furlbachstraße 12, sowie von den Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 30. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der 1. Mai und der Kampf gegen den Militarismus. Von A. Kautsky. — Der große Streit und seine Lehren. Von Th. Nothstein. — Kongreß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei. Von Eugen Varga. — Die Betriebsunfälle als soziale Massenerscheinung. Von J. Brad. — Literarische Rundschau: Bücherverzeichnis der Desfontaines Bibliothek und Lesehalle. Von Heinrich Schulz. D. v. Hansmann, Ueber das konditionale Denken in der Medizin und seine Bedeutung für die Praxis. Von Lipschütz. Richard Wolbt, Das großindustrielle Vegetarismus. Von A. S. — Zeitschriftenchau. Von G. S.

Heftleton der „Neuen Zeit“ Nr. 50: Friedrich v. Sallet. Von Franz Diederich. Futter für Moloch. Von F. Mehring. — Bücherchau: Friedrich Rückert, Politisches Notizbuch. Johannes E. Jensen, Der Gletscher. — Jose Blätter: Kinokritik.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk. 3:25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Mitteilungen des Rechtsbureaus.

Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die juristische Sprechstunde von 6 bis 7 Uhr abends an jedem Dienstag abgehalten wird. Ist Dienstag ein Feiertag, so ist die Sprechstunde am vorhergehenden Montag, auch von 6 bis 7 Uhr abends.

Die jetzige Ansetzung der Sprechstunde erleichtert auch den Mitgliedern aus der Provinz den Besuch der Sprechstunde, da sie noch die Abendzüge bequem erreichen können.

In dieser Sprechstunde werden auch in privaten Angelegenheiten von den die Sprechstunde abhaltenden Herren Dr. Sarpner und Dr. Kay Auskünfte erteilt.

Im Interesse aller Genossen ist es gelegen, von dieser Einrichtung gegebenenfalls Nutzen zu ziehen.

Das Zentralsekretariat für das Rechtshilfsbureau:
Düssel.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns aus folgenden Orten in der Zeit vom 20. April bis 30. April eingelaufen: Zlatou 20 Kr., Wisenz-Bisef 20, Warkühn 10, Biedig 20, St. Vit a. b. G. 20, Wlfergrund 20, Karlsbad 20, Bieich 20, Bozen II 20, Teilschen 20, Franz Smekal, Wien 20, Dr. Eber, Innsbruck 20, Dr. F. Gruener, Innsbruck 20, Dr. Mesler, Stant, 20, G. Staudacher, Teplitz 20, Klostergrab 20 Kr.

Sprechsaal.

Achtung, Pumpenwärter und Maschinisten!

Am Sonntag den 5. Mai 1912 findet eine Landeskongferenz der Pumpenwärter und Maschinisten in Prag-Sitzob, „Hotel Bodal“, Karlova tk. Nr. 57 (neu), statt. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. Anfang 9 Uhr vormittags.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Wien und an das k. k. Eisenbahnministerium in Wien.

Im vorigen Jahr (1911) erhielten die in Krems und in Stein a. d. Donau domizilierenden Bediensteten für die Monate Oktober, November und Dezember Freifahrtsscheine nach Wien behufs Einkauf von Lebensmitteln für ihre Angehörigen. Die Scheine berechtigten ihre Frauen oder größere Kinder zur einmaligen Fahrt im Monat nach Wien. In Kirchberg am Wagram hatten die Bediensteten im Vorjahr für ihre Frauen eine Fahrt nach Krems und eine nach Wien in jedem Monat. Die Bediensteten dieser beiden Stationen sind diesbezüglich im heurigen Jahr gänzlich unberücksichtigt gelassen worden, sie haben kein Lebensmittelfreifahrtsscheinbeleg erhalten. Wir stellen daher an die zwei obgenannten Eisenbahnhörden die Anfrage, aus welchem Grund uns diese Freifahrtsscheine vorenthalten wurden und ob die genannten zwei Behörden nicht geneigt sind, uns dieselben Benefizien zukommen zu lassen wie den Pensionisten. Wir bedürfen dieser Benefizien dringend, da unsere Einkünfte bei der herrschenden Teuerung nicht auslangen. Die Betroffenen.

An die k. k. Nordwestbahndirektion!

Die Magazinarbeiter der Station Teilschen erlauben sich die Anfrage zu stellen, wann endlich die bewilligte Aufbesserung der Löhne und die neue Arbeitsordnung herausgegeben werden? Die betreffenden Arbeiter geben einer löblichen Direktion bekannt, daß sie im vergangenen Jahre trotz der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse eine Verringerung ihres Einkommens um 100 Kr. zu verzeichnen haben, obwohl die Arbeitszeit täglich bis in die achte Stunde abends währt. Einer baldigen Regelung dieser Verhältnisse sehen entgegen
Die Magazinarbeiter der Station Teilschen.

An die löbliche Verkehrsdirection der k. k. priv. Südbahn!

Die Schrankenwächter der Wienerstrassen-Übersetzung in Laibach haben im Monat Dezember v. J. ein Gesuch um Verbesserung des Dienstturnus dem Herrn Stationschef übergeben, mit der Bitte, dieses der löblichen Verkehrsdirection zur Erledigung zu unterbreiten.

Da bis heute in dieser für die Schrankenwächter so dringenden Angelegenheit weder eine Erledigung noch sonst eine Antwort auf dieses Ansuchen erfolgte, so bitten die Betroffenen um ehebaldige Erledigung ihres Gesuches.

An die löbliche k. k. Direktion für die Linien der St. G. G. in Wien!

In der Station Wessely a. d. M. haben 25 Hilfsbedienstete des ekeulativen Verkehrsbedienstetes die üblichen Verschubrüde, sowie die Dienstklappen nicht ausgefolgt bekommen, obwohl in anderen Stationen, wie zum Beispiel in Brünn, Kunowitz u. diese Uniformstücke den in Betracht kommenden Hilfsbediensteten schon im Herbst des Jahres 1911 ausgefolgt wurden. Aus diesem Anlaß fragen die Betroffenen hienüt an, ob diese Angelegenheit einer löblichen k. k. Direktion bekannt ist. Zugleich bitten um Abhilfe
Die Betroffenen.

An das k. k. Eisenbahnministerium!

Das Verschubpersonal der k. k. österreichischen Staatsbahnen in Trieste erlaubt sich höflichst anzufragen, wann eigentlich die verschobenen Verschubprämien zur Auszahlung gelangen werden?

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Am 5. Mai d. J. um 1/9 Uhr vormittags im Gasthaus Gaa in Ardning (Währnbahn) um 1 Uhr mittags in der Bahnhofrestauration in Spital (Währnbahn). Referent Genosse Weiser aus Ling. Alle Eisenbahner müssen erscheinen.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Teplitz. Am 5. Mai l. J. findet um 8 Uhr nachmittags die ordentliche ganzjährige Generalversammlung im Lokal des Gasthauses des Herrn Schwarz „am Bergl“ mit der Tagesordnung: Ausschuhwahl statt. Es ist Pflicht aller dienstfreien Genossen, der Generalversammlung beizuwohnen.

Ortsgruppe Nieder-Lindwiese. Am Sonntag den 19. Mai findet im Gasthaus Josef Ledel die diesjährige Generalversammlung statt. Beginn derselben um 5 Uhr nachmittags. Referent aus Jägerndorf. Die Mitglieder werden ersucht vollständig zu erscheinen.

Ortsgruppe Simberg. Sonntag den 5. Mai um 3 Uhr nachmittags findet in Grammat-Neusiedl in Stamburgers Restauration eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Referent aus Wien.

Zahlstelle Zellerndorf. Die Monatsversammlung findet Samstag den 11. Mai um 8 Uhr abends in Herrn Josef Graf Gasthaus statt. Die Mitglieder werden ersucht, in den Monatsversammlungen zahlreicher zu erscheinen.

Zahlstelle Schwechat. Am 6. Mai um 1/8 Uhr abends findet in Proibis Gasthaus die Monatsversammlung statt. Referent Genosse Göphart. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu kommen.

Ortsgruppe Wögl I. Die Generalversammlung wird am 12. Mai um 8 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Kumschir abgehalten. Die Genossen werden aufgefordert, vollständig zu erscheinen und die Frauen mitzubringen. Nach der Versammlung Konzert der Arbeitermusik. Infolge der Generalversammlung unterbleibt die für den 3. Mai anberaumte Monatsversammlung.

Ortsgruppe Brüg. Die nächste Monatsversammlung wird am 5. Mai um 8 Uhr abends im Restaurant „auf abgehalten, wo Genosse Schiller über die Personalkommission der k. k. E. Bericht erstatten wird. Sämtliche dienstfreien Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Dubweis. Die Mitglieder des Sterbefonds werden aufgefordert, für das verstorbene Mitglied Franz Sajbi 20 S. für den Sterbefonds zu erlegen.

Zahlstelle Nussee. Am 19. Mai um 9 Uhr vormittags findet in Thürmosers Restauration in Mitterndorf-Gallstette eine Eisenbahnerversammlung nach § 2 des Versammlungs-gesetzes statt. Pflicht der Mitglieder ist es, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Zahlstelle Auperschin. Die nächste Monatsversammlung wird am 4. Mai um 8 Uhr abends im Gasthaus „zum Bieltal“ in Weiborth abgehalten. Die Mitglieder wollen die Mitgliedsbücher behufs Abstempelung mitbringen.

Ortsgruppe Aigenfurt. Es diene den Mitgliedern von der Zahlstelle Rötzmansdorf bis Weizelsdorf zur Kenntnis, daß der Substanzier Johann Suttit, Weichenwächter in Maria-Main nach Uggowit versetzt wurde und an dessen Stelle Genosse Oswald Berger, Weichenwächter in Maria-Main, ab 1. Mai l. J. die Einlassierung übernimmt. Wir ersuchen, demselben die Monatsbeiträge regelmäßig abzuführen.

Ortsgruppe Rudig. Am 5. Mai um 4 Uhr nachmittags findet im Gasthaus des Herrn Seiners in Pajochowitz eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, wo über die Lage der Wächter und Oberbauarbeiter gesprochen wird. Referent aus Prag. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Gloggnitz. Die Generalversammlung wird am 4. Mai um 1/8 Uhr abends im Vereinslokal, Rosenmachers Gasthaus abgehalten. Referent aus Wien. Vollständiges Erscheinen notwendig. Gäste sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Weiskirchlich. Die nächste Monatsversammlung wird am 5. Mai um 7 Uhr abends im Vereinslokal abgehalten. Die Adresse des Obmannes ist folgende: Karl Senlich, Blocksignaldiener in Weiskirchlich Nr. 235.

Ortsgruppe Bilfen. Am 6. Mai um 8 Uhr abends findet die Monatsversammlung statt. Auszubühungen werden am 13. und 26. Mai um 8 Uhr abends im Gasthaus „Juno“ abgehalten. Vom 1. Mai bis 30. September werden Bücher aus der Bibliothek nur bei den Vereinsversammlungen ausgegeben.

Zahlstelle Teplitz. Sonntag den 5. Mai, abends 8 Uhr, Restaurant „Spalen“, Mühlstraße Teplitz, Monatsversammlung mit Vortrag: „Was lehren uns die letzten gewerkschaftlichen Kämpfe?“ Referent von der Gewerkschaftskommission Teplitz. Die Mitglieder werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Durch Mitglieder eingeführte Gäste willkommen. Alle Zuschriften sind vom 1. Mai an Josef Schmidt, Kondukteur, Duxerstraße 62, Teplitz, zu richten.

Ortsgruppe Remstau. Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Monatsversammlungen von nun an jeden ersten Sonntag nach dem dritten jeden Monats in Georgs Gasthaus in Oberdorf stattfinden. Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, dieselben mindestens dreimal jährlich zu besuchen und wird zur Kontrolle die Teilnahme an der Versammlung im Mitgliedsbuch durch Stempelaufruf ersichtlich gemacht. Die nächste Versammlung findet am Sonntag den 5. Mai, nachmittags 2 Uhr, in obgenanntem Lokale statt. Die wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist daher vollständiges Erscheinen notwendig. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Inhalt der Nummer 12 vom 20. April 1912.

Artikel: Der Verzweiflungskampf der Wiener Christlichsozialen. Das verängstigte Kapital. Die elektrische Eisenbahn als revolutionäre Gefahr. Die Bewegung der Eisenbahner in Großbritannien. Konferenz der Heizer der Südbahn. Baugenossenschaften und Wohnungsfrage. Oesterreichische Eisenbahnstatistik für das Jahr 1910.

Zeitung: Wladut. Die Pariser Untergrundbahn.

Inland: Eine Gratulation zu unserem zwanzigjährigen Bestand aus dem Ausland. Die niederösterreichischen Landesbahnen als Korruptionsfeld. Judengeld für den christlichsozialen Wahlfonds. Die Projektion der allein seligmachenden Kirche. Scharfmacherrüstungen. Etwas zum Nachdenken für die deutschnationalen Arbeiter. Wie reiche Leute noch reicher werden. Die Betriebsmaßnahmen der Aufgichader Bahn.

Ausland: Deutsche Riesengewerkschaften. Massenjustiz in Deutschland. Ein Massenmord als Verkehrsreform.

**Das gesündlichste
Koffeinmischwerk
ist seit 20 Jahren
Koffeinmisch
Dinnig-
Waldkoffin**

Ein natürliches
Koffein-Lieferant!

**Koffeinmisch
bringt Glück ins Haus.**

3.

Aus dem Gerichtssaal: Rentenerhöhung trotz ungünstiger ärztlicher Gutachten. Wieder behobene Rentenherabsetzung.

Streiflichter: Ueber die Tätigkeit der Vertrauensmänner der Bahnerhaltungsarbeiter. Die Bahnarztfrage in Kransensfeste. Zur Uniformierungsfrage. Wo man erfragen könnte!

Korrespondenzen: Bodenbach, Bodenbach, Bodenbach, Wien-Neugrund, Hall (Tirol), Floridsdorf, Brügg, Wien II, Lundenburg, Leoben, Gärznowitz, Lundenburg, Görz, Pragerhof, Selzthal, Görtal, Wischau, Obergfurt, Süßenbrunn, Deutsch-Wagram, Görz III, Penz, Oberbellach.

Versammlungsberichte: Ein Plakat der separaten Eisenbahnerorganisation in Brünn. Bahnrichter-Versammlung in Wien. Briefen. Bieng I. Leoben. Obergfurt. Zellerndorf.

Aus den Organisationen: Landeskonferenz der mährischen Ortsgruppen und Zahlstellen. Wilsen, Eggenburg, Triest II, Leoben, Fehring, Hohenstadt, Sebenico, Trautenua, Gallien, Kransensfeste, Turnau, Wien, Graz, Wien-Fünfhäus, Böhmisches Trübau, Osweein, Braunau am Inn.

Verschiedenes: Herrenhäuser. Das Garberobebudget einer Milliardarin. Vom größten Bahnhof der Welt.

Technisches: Das größte Untergrundbahnhöh der Welt.

Literatur: Unsere Matzeitung. Eine Propagandanummer des „Jugendlichen Arbeiter“. Die Elektrizität und ihre Anwendung im Eisenbahndienst.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“.

Mitteilungen der Zentrale: Verwaltungskomiteeführung. Zentralausführung.

Sprechsaal: Adresse des mährischen Sekretariats. Bahnwächtersektion Friejach. Generalversammlung des „Flugrad“. Generalversammlung Lebensmittelmagazin Wilsen.

Offene Anfragen: An das Eisenbahnministerium. An die Direktion der O. N. W. B. An das Eisenbahnministerium. An die Direktion der O. N. W. B. An die Staatsbahndirektion Olmütz.

Freie Eisenbahnerversammlungen: St. Valentin, Marburg.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein: Turnau, Stillsried, St. Michael ob Leoben, Hartberg, Jglau, Neulengbach, Bieng II, Brud a. d. W. Steyr, Lobositz, Budweis, Hannsdorf, Neumarkt-Kallham, Brerau I.

Briefkasten der Redaktion.

Spittal a. d. Drau. In dieser Form nicht verwendbar. — Amstetten, Professionistenvereine. Lassen wir einstweilen den armen Gascherln ihre Freude.

Interate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

MAGGI Würfel. Im Dienste geht nichts über eine wärmende und anregende Rindsuppe. Eine solche ergibt — nur durch Übergießen mit 1/4 Liter kochendem Wasser — MAGGI Würfel (fertige Rindsuppe) à 5 h. Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Wilhelm Beck & Söhne. k. u. k. Hoflieferanten. Wien VI, Hirschengasse 25. Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Mappen und sonstige Ausrüstungsarten. Preiskurante gratis und franko. Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen).

Für nur 60 Kronen. Klassiker-Bibliothek. gegen monatliche Teilzahlungen von 5 K die Werke von Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Faust, Xenau, Kleck, Umland, Schatepeare, Delius, Grillparzer, Ziffer, Sebber. 13 Bände, zusammen 107 Bände, in 82 eleganten Ganzleinenbänden gebunden. Klassiker-Verlag Otto & Co. Berlin-Schöneberg 120. Martin Lutherstraße Nr. 68.

Posten-tausch! Welcher Magazinsaufseher der k. l. priv. Südbahn der Strecke Wien-Marburg oder Graz-Köflach wäre geneigt, mit mir zu tauschen? Alfons Pefler Magazinsaufseher Spittal-Wilfstättersee Kärnten.

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund. Ihr allgemeines Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn Sie den echten Keller's Fluid m. d. W. „Eisfluid“ benutzen. Probedugend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker G. B. Keller in Stubica, Slavak Nr. 191 (Kroatien).

Kraft und Leben. Bedeutet die Anwendung des gleichmäßigen, galvanischen Stromes für den geschwächten Organismus. Gelehrt und ärztliche Fachautoritäten stimmen heute schon darin überein, daß wir in der galvanischen Elektrizität ein Mittel besitzen, mit welchem wir die allgemeine Nerven-schwäche, rheumatische Leiden, Neuralgien, nervöse Verdauungsstörungen, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, allerlei Schwäche-symptome, Blutarbeit und verschiedene Frauenleiden erfolgreich bekämpfen können. Wollen Sie diese überaus interessante Heilmethode kennen lernen? Auf Wunsch senden wir Ihnen gegen Einsendung einer 10 Heller-Marke gratis und franko unser 90 Seiten umfassendes, reich illustriertes Buch, ohne jede Verbindlichkeit, und Sie werden uns für diese höchst interessante Lektüre und für die wertvollen Ratsschläge, die das Buch enthält, sicherlich sehr dankbar sein. Elektro-Vitalizer, ärztliches Institut Budapest VI, Teréz-körut 7, Mezzanin 131. Ordinationsstunden an Wochentagen von 10 bis 1 und von 8 bis 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11 bis 1 Uhr. Coupon für ein Gratisbuch. Elektro-Vitalizer, ärztliches Institut Budapest VII, Teréz-körut 7, Mezzanin 131. Bitte senden Sie, mit gratis und franko das Buch über Moderne Elektrotherapie. (Anbei eine 10 Heller-Marke.) Name: Adresse: Für Frauen besondere Ausgabe.

Billige Bettfedern und Daunenn. Fertige gefüllte Betten. aus dichtem, reinem, blauem, gelbem oder weißem Füllst (Wan-fing), 1 Tüchert, ca. 190 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Stroß-boffern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, feinsten, feinsten, feinsten Bettfedern K 16, Halbdaunen K 20, Daunenn K 24, einzelne Tücherte K 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70 cm lang, 80 x 70 cm groß, K 4,50, 5, 5,50, Unterstücke aus bestem Bettgarn, 180 x 116 cm groß, K 13, — und K 15, —, verziert gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Max Berger in Deschenitz Nr. 423a, Böhmerwald. Streu Matze, da Umkauf erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige Illust. Preisliste aller Bettwaren gratis. 15

Dankagung. Anlässlich des so blühlichen und frühen Ablebens meines innigstgeliebten Vaters, des Herrn Eduard Sednák, Bahnmelster in Schreditzsch, spreche ich hiermit in meinem Namen sowie im Namen der ganzen Verwandtschaft, für die zahlreiche Beteiligung am Beerdigungsgang sowie für die Kranz- und Blumenbeigaben meinen herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank den Herren Beamten, Unterbeamten und Bediensteten der L. T. Nordwestbahn sowie dem Gelangereiten von Sednák. Sednák im April 1912. Anna Sednák.

Parteigenossen! Bestelle auch jeder für eure Familie ein Palet schleierfreier Reste, enthaltend: Prima Kanenad für Bettüberzüge, starken Hemdenstoff, Best für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blumen- und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst. Mit Parteigrub Leopold Wlcek, Handweder in Radoh Nr. 17, Böhmen. Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Gutbezahlte Stellung. fanden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunter-richtswerte „System Karnak-Dachjeid“ zu ihrer Weiter-bildung bedienten. Gründliche Ausbildung zum Monteur, Maschinisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeug-maschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, For-mer und Gießermeister, Gießertechniker, Wauschlosser und Installateur, Lokomotivführer und -führer, Eisenbahn-techniker, Elektromechaniker, Elektroingenieur. Ausführliche Prospekt und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnak-Dach-jeid“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

Um meine Waschmaschinen zu 24 Kronen mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselbe zu obigem billigen En gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Durch Selbstersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich! Größte Arbeits-erleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! Zahlar innerhalb 8 Monaten. Schreiben Sie sofort an Paul Alfred Goebel, Wien VIII/2, Albertgasse 3. Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht, Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

DRUCK- u. VERLAGS-ANSTALT VORWÄRTS. Wien V, Rechte Wienzelle 97. liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung und zu sehr coulantem Bedingungen. Telephon 2364. Telephon 3545.

Schutzmittel „OLLA“. Beste existierende Marke für Herren und Damen. Per Dutz. K 4, —, 5, —, 6, — und 10, —. Von mehr als 20.000 Aerzten begat-achtet und empfohlen. Frauenschutz, ein Ideal für jede Frau, jahrelang brauchbar, per Stück K 3, —, 5, — und 10, —. Neuheit für Herren, dauernd verwendbar, per Stück K 2, —. — Versand diskret. — Preisliste mit vielen Neuheiten gratis. (Verschlossen nur gegen 20 Heller-Marke.) J. Girner, hygien. Fabrikslager, Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E. Klage sich jedermann nur selbst an, wenn er unzufrieden ist. Wer meine Schutzmittel nur einmal versucht, glaubt gleich Kolumbus Amerika entdeckt zu haben. (Adresse beachten.)

Billige Bettfedern. Fertige gefüllte Betten. aus dichtem, reinem, blauem, gelbem oder weißem Füllst (Wan-fing), 1 Tüchert, ca. 190 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Stroß-boffern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, feinsten, feinsten, feinsten Bettfedern K 16, Halbdaunen K 20, Daunenn K 24, einzelne Tücherte K 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70 cm lang, 80 x 70 cm groß, K 4,50, 5, 5,50, Unterstücke aus bestem Bettgarn, 180 x 116 cm groß, K 13, — und K 15, —, verziert gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Max Berger in Deschenitz Nr. 423a, Böhmerwald. Streu Matze, da Umkauf erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige Illust. Preisliste aller Bettwaren gratis. 15

MÖBEL. Ausnahmungsverkauf! Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbel-käufer. Fünfhauser Möbelniederlage M. Eisenhammer 142. Wien XV, Mariahilferstrasse. (neben der Löwendrogerie Schwärzda).

Beste böhmisches Besenquell! Billige Bettfedern! 1 kg graue, gute, gefüllte 2 K, bessere 2 K 40; prima halbweiße 2 K 80; weiße 4 K; weiße, feinsten 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, gefüllte 6 K 40, 5 K; 1 kg Daunenn (flaum), grau 6 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Braußaum 12 K. Bei Nachnahme von 5 kg franko. Fertige gefüllte Betten. aus dichtem, reinem, blauem, gelbem oder weißem Füllst (Wan-fing), 1 Tüchert, 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Stroß-boffern, jeder 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, feinsten, feinsten, feinsten Bettfedern K 16, Halbdaunen K 20, Daunenn K 24, einzelne Tücherte K 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70 cm lang, 80 x 70 cm groß, K 4,50, 5, 5,50, Unterstücke aus bestem Bettgarn, 180 x 116 cm groß, K 13, — und K 15, —, verziert gegen Nachnahme von 12 K an franko. Umkauf gestattet, für Rückzahlung bei Bedarf. S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen. Reichhaltige Preisliste gratis und franko.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen. Reichhaltige Preisliste gratis und franko.

